



Pazifik aktuell

Nachrichten aus Papua-Neuguinea
und den pazifischen Inselstaaten



EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die pazifischen Staats- und Regierungschefs haben sich unzufrieden mit den Ergebnissen der Klimakonferenz gezeigt, doch ist es den pazifischen Delegationen mit spektakulären Aktionen gelungen, auf ihren buchstäblichen „Untergang“ hinzuweisen und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren für spürbare Klimawandelfolgen für die Lebens- und Ernährungssituation auf niedrig gelegenen Inseln. Um die Menschenrechte von Opfern des Klimawandels soll sich daher ein neuer Sonderberichterstatteur der UN kümmern.

Papua-Neuguinea ist weiter auf dem Weg, sich aus der finanziellen Abhängigkeit der ehemaligen Kolonialmächte zu befreien. Davor kommt das große „Aufräumen“ und das Aufdecken von Vetternwirtschaft, Korruption und „schmutzigem“ Geld. Premier Marape hegt große Visionen für sein Land, von der infrastrukturellen Erschließung bis hin zur Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Doch Reden allein reicht nicht, wie die frisch gekürte Menschenrechtspreisträgerin aus Bougainville zeigt, die es geschafft hat, einen milliardenschweren Bergbaukonzern für Umweltschäden verantwortlich zu machen.

In anderen Regionen brodelt es gewaltig. Auf den Salomonen entluden sich Frust über Armut, Arbeitslosigkeit und innerprovinzielle Querelen in Gewalt mit mehreren Toten, hier scheint die Situation jetzt unter Kontrolle. Neukaledonien hat die Chance zur Unabhängigkeit wegen eines Aufrufs zum Boykott des dritten Referendums verpasst.

Corona dominiert weiterhin die Berichterstattung pazifischer Medien. Jetzt geht es um die wirtschaftlichen Folgen der monatelangen Lockdowns. Typische Touristendestinationen versuchen den Spagat zwischen Gesundheitsschutz und der Wirtschaftlichkeit: Ohne Tourist*innen keine Arbeit und kein Geld- ein Teufelskreis.

Frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr wünscht euch und Ihnen

Julia Ratzmann, Redakteurin

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|-------------------------------|--------------------|
| Pazifik im Überblick | Seite 1-3 |
| Melanesien | Seite 4-15 |
| Papua-Neuguinea | Seite 4-6 |
| Bougainville | Seite 6-8 |
| Salomonen | Seite 8-10 |
| Fidschi | Seite 10-12 |
| Vanuatu | Seite 12-13 |
| Neukaledonien | Seite 14-15 |
| Mikronesien | Seite 15-20 |
| FSM | Seite 15 |
| Palau | Seite 15-16 |
| Guam | Seite 16-17 |
| Nauru | Seite 17-18 |
| Marshall-Inseln | Seite 18-19 |
| Kiribati | Seite 19-20 |
| Polynesien | Seite 20-25 |
| Wallis und Futuna | Seite 20 |
| Tonga | Seite 20-21 |
| Cook-Inseln | Seite 21 |
| Norfolkinsel | Seite 21-22 |
| Rapa Nui | Seite 22-23 |
| Hawai'i | Seite 23 |
| Aotearoa | Seite 23-25 |
| Indonesien/Westpapua | Seite 25-26 |
| Indonesien | Seite 25 |
| Westpapua | Seite 25-26 |
| Australien | Seite 26-27 |
| Sport | Seite 27-29 |
| „Tok bilong Pasifik“ | Seite 29-30 |
| In Memoriam | Seite 30-31 |
| Kirchliche Nachrichten | Seite 31-35 |
| Impressum | Seite 35 |

Herausgegeben von:



Weil es uns bewegt!

Mission
EineWelt

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Pazifische Delegationen enttäuscht über COP26-Ergebnisse

Vertreter*innen und Unterhändler*innen aus Ozeanien haben das Ergebnis der COP26-Klimakonferenz als "verwässert" und als "monumentales Scheitern" verurteilt, das die pazifischen Nationen in ernsthafte existenzielle Gefahr bringe.

Einige Staats- und Regierungschefs aus dem Pazifikraum äußerten sich bedingt optimistisch über das Ergebnis des 26. Klimagipfels im schottischen Glasgow, wie etwa der fidschianische Premierminister Frank Bainimarama, der twitterte: „Das 1,5-Grad-Ziel lässt Glasgow angeschlagen, verletzt, aber am Leben“.

Die pazifischen Staats- und Regierungschefs zeigten sich insbesondere enttäuscht über die abgeschwächte Formulierung zum Ausstieg aus der Kohle und das Fehlen eines starken Engagements für die Finanzierung von Verlusten und Schäden, die den pazifischen Nationen durch die Klimakrise entstanden sind.

Vor allem Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft zeigten sich enttäuscht mangels konkreter Vereinbarungen der Konferenzteilnehmenden.

„1,5 ist kaum noch zu retten“, sagte etwa Auimatagi Joe Moeonokolio, ein leitender politischer Berater der Initiative gegen die Verbreitung fossiler Brennstoffe im Pazifik. „Der erste Entwurf eines ansonsten sehr unambitionierten Textes hatte einen bemerkenswerten Lichtblick - den Ausstieg aus der Kohle. Dieser wurde weiter verwässert. Für einen Planeten, der sich in einer Krise befindet, bedeutet dies ein monumentales Versagen, wenn es darum geht, die klare und unmittelbare Gefahr zu erkennen, in der sich ganze Länder befinden, einschließlich meines eigenen,“ erklärte Moeonokolio weiter.

Für die samoanische Verhandlungsführerin Galumalemana Anne Rasmussen, offizielle Vertreterin der kleinen Inselentwicklungsstaaten (Small Island Developing States, SIDS) im COP26-Büro, können die pazifischen Inselstaaten nur sehr wenig gegen die globalen Klimawandelfolgen tun. „Die Allianz der kleinen Inselstaaten und die pazifischen SIDS haben sich wirklich stark eingesetzt, alle haben sich engagiert, aber leider liegt es immer an den entwickelten und reichen Ländern, das Schicksal und die Richtung dieser Zusagen und Ergebnisse zu bestimmen“, bedauerte die Samoanerin.

Taholo Kami, regionaler Klimaexperte aus Tonga, stimmte dem zu: „Ich denke, wir werden feststellen, dass Führung auf subnationaler und nationaler Ebene, im Privatsektor und sogar auf der Ebene der Verbraucher und Gemeinschaften derzeit mehr Hoffnung bietet als der lethargische COP-Prozess, bei dem wir gezwungen sind, schmerzhaft und minimale Veränderungen im Text zu feiern und nicht wissen, ob dies zu sinnvollen Ergebnissen führen wird.“

„Cop26 hat es auch versäumt, unsere gegenwärtige Realität angemessen anzuerkennen - wir sind gerade jetzt mit den Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert“, sagte Auimatagi Joe Moeonokolio, der mit pazifischen Regierungen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention zusammengearbeitet hat.

Dr. Hilda Heine, die ehemalige Präsidentin der Marshall-Inseln, die in den vergangenen Jahren eine Schlüsselrolle bei den Klimaverhandlungen innehatte, twitterte, sie sei „enttäuscht, dass die Mitglieder der EU und der USA sich nicht für eine Finanzierungsfazilität eingesetzt haben, um die Schwachen bei der Bewältigung der Verluste und Schäden zu unterstützen, die durch die Abhängigkeit der industrialisierten Welt von fossilen Brennstoffen und Kohle verursacht werden“.

Reverend James Bhagwan, der Generalsekretär der Pazifischen Kirchenkonferenz, äußerte sich

ähnlich enttäuscht über die Ergebnisse der Klimaverhandlungen. „Trotz der kleinen Erfolge in den Bereichen Schäden und Verluste, Klimafinanzierung und der Versuche, die 1,5-Prozent-Marke am Leben zu erhalten und die Ozeane besser zu schützen, hat diese COP viele enttäuscht, vor allem, was die Aufweichung der Kohle und fossilen Brennstoffe angeht“, bedauerte der Kirchenleitende, für den es bereits die vierte Teilnahme an einer Klimarahmenkonferenz war. Bhagwan forderte die Politiker*innen auf: „We need to work harder, together to keep our polluter **vuvale** (dt. Familie) on notice to keep their commitments from becoming just rhetoric.“

Der Finanzminister von Tuvalu, einer der Atollnationen, die als gefährdet gelten, aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels zu verschwinden, hielt auf dem Gipfel eine bewegende Rede, in der er die Auswirkungen der Klimakrise auf sein Land beschrieb. Dazu hatte sich Minister Simon Kofe im schwarzen Wickelrock mit weißem Hemd und Krawatte an ein mit den Landesflaggen geschmücktes Rednerpult ins Meer gestellt und mit dem Wasser bis zu den Knien den Teilnehmenden drastisch vor Augen geführt, wie weit das Meer ansteigen könnte. „Es ist keine Fiktion, es wird nicht für die Zukunft prognostiziert - unser Land verschwindet schnell. Tuvalu geht buchstäblich unter. Wir müssen jetzt etwas unternehmen“, forderte der Minister die Verhandlungspartner auf.

Info: Mit einer Fläche von 25 Quadratkilometern ist Tuvalu der viertkleinste Staat der Welt. Der geografisch höchste Punkt des rund 11.000 Einwohner*innen zählenden Landes liegt bei fünf Metern.

(<https://www.theguardian.com/world/2021/nov/15/cop26-pacific-delegates-condemn-monumental-failure-that-leaves-islands-in-peril>,
<https://de.euronews.com/2021/11/09/knietief-im-klima-schlamassel-starke-cop26-rede-von-tuvalu-minister>, Fiji Sun 15.11.21)

ULMWP veröffentlicht „Green State Vision“

Auf der COP26 in Glasgow haben die Mitglieder der Unabhängigkeitsbewegung *United Liberation Movement for West Papua* (ULMWP) ihre „Green State Vision“ vorgestellt und sich verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um gegen den Klimawandel und die Auswirkungen des Abbaus natürlicher Ressourcen in einem zukünftigen unabhängigen Westpapua zu kämpfen.

Die „Green State Vision“ wurde mit Unterstützung internationaler Anwälte*innen, darunter die britische Anwältin Jennifer Robinson aus der renommierten Kanzlei *Doughty Street Chambers*, verfasst. Sie enthält Verpflichtungen der ULMWP, die für die Unabhängigkeit der indonesischen Provinz eintritt.

Genannt werden drei Ziele:

- 1) Ökozid zu einem schweren Straftatbestand zu machen
- 2) Wiederherstellung der indigenen Vormundschaft über die natürlichen Ressourcen wobei westliche demokratische Normen mit den lokalen Systemen Papuas kombiniert werden sollen
- 3) Aufforderung an alle Unternehmen, die Öl, Gas, Bergbau, Holzeinschlag und Palmöl fördern, sich an internationale Umweltstandards zu halten oder ihre Tätigkeit einzustellen.

Der Interims-Vorsitzende der „Green State Vision“, Benny Wenda, sagte: *„Westpapua als grüner Staat ist eine Vision für den Frieden mit der Natur im 21. Jahrhundert, zunächst in Westpapua, dann in der gesamten pazifischen Inselwelt und schließlich auch international.“*

Hier gibt es mehr Informationen zur Vision der ULMWP:

<https://greenstatevision.info/>

Korallen bauen Mikroplastik ein

Winzige Kunststoffpartikel (so genanntes Mikroplastik) finden sich in Wasser, Boden, Luft und in unserem Körper. Besonders hoch ist die Belastung der Ozeane. Dort schwimmt das Mikroplastik nicht nur an der Oberfläche, sondern reichert sich in großen Mengen am Meeresgrund an. Selbst die Tiefseegräben und entlegene Gebiete der Polarmeere sind bereits mit Mikroplastik kontaminiert.

Was dies für die Korallenriffe bedeutet, haben nun Jessica Reichert von der *Justus-Liebig-Universität Gießen* und ihre Kolleg*innen untersucht. Sie wollten wissen, wie riffbildende Korallen in Anwesenheit von Mikroplastik gedeihen. Als Testorganismen dienten dabei vier häufige Korallenarten aus dem Indopazifik: Geweihkorallen, Pfötchenkorallen, Kleinpolygonale Steinkorallen und Blaue Korallen.

Die Korallen wurden über 18 Monate lang in Meerwasserbecken mit hoher Mikroplastik-Belastung gehalten – das Wasser enthielt rund 200 dunkle Polyethylen-Partikel pro Liter. *„Solche ungenießbaren Teilchen scheidet die Koralle normalerweise wieder aus“*, erklärt Reichert. *„Manchmal aber läuft bei der Selbstreinigung etwas schief. Die Koralle verschluckt sich sozusagen und der Partikel bleibt im Körper.“*

Tatsächlich zeigte sich: Nach Ablauf des Testzeitraums hatten die Korallen sowohl in ihrem Gewebe als auch in ihrem Kalkskelett Mikroplastik eingelagert. Im Schnitt lag die Konzentration bei 3,9 bis 37 Partikel pro Kubikzentimeter Gewebe – im Skelett war die Dichte dabei deutlich höher als im lebenden Korallengewebe. Eine Koralle im Versuch nahm sogar bis zu 600 Mikroplastik-Teilchen auf, während sie ihre Körpergröße von fünf auf zehn Zentimeter verdoppelte, wie das Team berichtet.

„Dies ist der erste experimentelle und quantitative Beleg dafür, dass riffbildende Korallen Mikroplastik permanent einlagern“, berichten

die Wissenschaftler*innen. Im Experiment konnten sie diesen Plastikeinbau bei allen Korallenarten beobachten. Die aufgenommenen Mengen seien dabei vergleichbar mit denen, die schon mancherorts im Ozean beobachtet wurden. Je höher demnach die Konzentration des Mikroplastiks im Wasser ist, desto mehr dieser Partikel landen dann auch in den Korallen.

Diese Ergebnisse legen nahe, dass tropische Korallen auch in der Natur regelmäßig Mikroplastik aufnehmen und einlagern. *„Korallen sind die ersten Organismen, die als lebende Senke für Mikroplastik im Meer entdeckt wurden“*, sagt Reichert. Rechnet man die aufgenommenen Mengen hoch, dann könnten Korallen in den Riffen weltweit bis zu 20.000 Tonnen Mikroplastik im Jahr binden, schätzen sie und ihr Team.

Allein in den Tropen könnten die Korallen damit jährlich rund 1,3 Prozent der dort im Meer schwimmenden Plastikpartikel aufnehmen. *„Unsere Zahlen liegen wahrscheinlich noch zu niedrig, weil die Partikelaufnahme und Einlagerung bei einigen Korallenarten sogar noch höher sein könnte“*, sagte das Team. Denn Studien legen nahe, dass es Korallen gibt, die nicht zwischen Futter und Plastik differenzieren können oder die sogar bevorzugt Plastik fressen.

Welche langfristigen Folgen der Einbau des Plastiks für die Korallen hat, ist bislang weitgehend ungeklärt. Im Laborversuch schien das Mikroplastik die Korallen zwar wenig zu beeinträchtigen, frühere Studien haben jedoch gezeigt, dass einige Korallenarten bei Mikroplastik-Belastung schlechter wachsen oder auch eine Korallenbleiche oder Nekrosen entwickeln. *„Wir wissen nicht, welche langfristigen Folgen die Einlagerung von Mikroplastik für die Korallen haben wird“*, betont Reichert. *„Aber es könnte die Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Riffe beeinträchtigen. Mikroplastik wäre dann eine zusätzliche Bedrohung für die ohnehin durch den Klimawandel gefährdeten Korallenriffe auf der ganzen Welt.“*

(<https://www.scinexx.de/news/biowissen/korallen-als-mikroplastik-senke/>, *Global Change Biology*, 2021; doi: 10.1111/gcb.15920)

Asia Girls Report 2020 veröffentlicht

Nach Recherchen des internationalen Kinderhilfswerks *Plan International* sind Frauen und Mädchen in Führungspositionen im Pazifik stark unterrepräsentiert. Anfang Dezember veröffentlichte das Hilfswerk den 72-seitigen Bericht „*The 2020 Asia Girls Report- Introducing the Asia Girls Leadership Index*“. Untersucht wird darin, inwieweit die asiatischen und pazifischen Staaten die Entwicklungshilfsziele der Vereinten Nationen – und hier speziell der Ziele Nr. 4 und 5 (Ziel 4: Bildung für alle – inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern und Ziel 5: Gleichstellung der Geschlechter – Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen) bereits umsetzen konnten. Schwerpunkte der Untersuchung waren dabei, inwieweit junge Frauen gleichberechtigt sind, wie sie in die (vor allem politische) Gesellschaft integriert sind und welche Art von Führungsrollen sie innehaben.

Der Bericht stellt verschiedenen Ranglisten der untersuchten Länder auf, es wird hier nach Bildung, Gesundheit, politischer Teilhabe und Schutz vor Gewalt gefragt.

Auf die ersten drei Plätze im Bereich „leadership in the Asia Pacific region“ kamen dabei Australien, Neuseeland und Kiribati. Diese drei Staaten haben bereits viele Unterziele der Ziele 4 und 5 erfolgreich umsetzen können und ermöglichen jungen Frauen eine gleichberechtigte Teilnahme an Führungspositionen.

Auf den letzten drei Plätzen landeten Papua-Neuguinea, die Marshall-Inseln und die Salomonen.

Info: Der erstmals veröffentlichte „2020 Asia Girls' Report“ stellt den aktuellen Stand der Führungsqualitäten von Mädchen in Asien und dem Pazifik dar, basierend auf Forschungsergebnissen (einschließlich Literaturrecherche, Umfrage und Interviews mit Schlüsselpersonen) und dem Asia Girls'

Leadership Index. Unter Verwendung von Daten aus offiziellen globalen Datenbanken misst der Index die Möglichkeiten von heranwachsenden Mädchen und jungen Frauen in den ASEAN-Ländern, Führungsqualitäten zu entwickeln und unter Beweis zu stellen.

Als erste Studie dieser Art gibt der Bericht Einblicke in die wichtigsten Trends und Probleme, die die Stärkung der Führungsqualitäten von Mädchen und jungen Frauen in sechs Bereichen ermöglichen oder einschränken: Bildung, Gesundheit, wirtschaftliche Chancen, Sicherheit, politische Mitsprache und Repräsentation sowie Gesetze und Politik.

Hier geht es zu dem Bericht: <https://www.ungei.org/sites/default/files/2021-02/2020-Asia-Girls-Report-2020-eng.pdf>
(<https://plan-international.org/publications/asia-girls-report-2020>, *Marshall Islands Journal* 29.10.21)

Fidschianerin in UN-Amt gewählt

Frau Unaisi Lutu Vuniwaqa von der fidschianischen Insel Totoya im Lau-Archipel wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), António Guterres, zur stellvertretenden Generalsekretärin für Sicherheit ernannt. Vuniwaqa tritt die Nachfolge von Nóirín O'Sullivan aus Irland an.

Als Stellvertreterin des Untergeneralsekretärs für Sicherheit wird Vuniwaqa für das Tagesgeschäft zuständig sein und die allgemeine Führung und Verwaltung der Abteilung unterstützen.

Vuniwaqa verfügt über mehr als 35 Jahre Erfahrung in der Strafverfolgung auf nationaler und internationaler Ebene. Zuletzt war sie Polizeichefin und Leiterin der Polizeiabteilung der Vereinten Nationen bei der Mission der Vereinten Nationen im Südsudan, wo sie maßgeblich an der Förderung von Initiativen zur geschlechtergerechten Polizeiarbeit beteiligt war, die dazu führten, dass die für 2028 angestrebte Geschlechterparität bei den Uniformierten frühzeitig erreicht wurde.

Zuvor war sie stellvertretende Kommissarin für Polizeiverwaltung bei der Polizei von Fidschi. Sie begann ihre polizeiliche Laufbahn 1986 und durchlief seither verschiedene operative und leitende Positionen, unter anderem in den Bereichen strategische Planung, Ausbildung, Personalwesen und bürgernahe Polizeiarbeit.

Vuniwaqa hat einen Master-Abschluss in Betriebswirtschaftslehre von der *University of the South Pacific* in Fidschi. Sie ist verheiratet und hat vier Kinder.
(*Fiji Village* 13.11.21, *Wikipedia*)

Neuer Posten beim Menschenrechtsrat

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat in Genf bei seiner Vollversammlung im Oktober 2021 erfolgreich darüber abgestimmt, einen „*Special Rapporteur on climate change on human rights*“ zu berufen.

Sieben Länder hatten dazu beim Rat einen Antrag eingereicht, dazu zählten neben den Bahamas, der Europäischen Union, Panama, Paraguay und dem Sudan auch Fidschi und die Marshall-Inseln.

Die Gruppe dieser sieben Länder brachte den Antrag zur Abstimmung. 42 Mitgliedsländer des Menschenrechtsrates stimmten dafür, vier Mitglieder enthielten sich und ein Land stimmte dagegen.

Der *Special Rapporteur* (dt. Sonderberichterstatter*in) soll zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt werden. Er/sie soll die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel beobachten. Der Rat ersucht ferner den Beratenden Ausschuss des UN-Menschenrechtsrates, in enger Zusammenarbeit mit dem neuen Sonderberichterstatter, eine Studie und einen Bericht über die Auswirkungen der neuen Technologien für den Klimaschutz auf die Wahrnehmung der Menschenrechte zu erstellen.

(<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/Pages/NewsDetail.aspx?NewsID=27639&LangID=E>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Banken verliehen Geld an Holzeinschlagsfirmen

Ein Anfang Dezember von der neuguineischen Nichtregierungsorganisation *Act Now!* und dem australischen *Jubilee Australia Research Centre* veröffentlichter Bericht hat festgestellt, dass Großbanken in den letzten zwei Jahrzehnten mindestens 300 Millionen Kina (120 Millionen Dollar) an die größten Holzexporteure des Landes verliehen haben.

Die Autoren des 23-seitigen Berichts *„The money behind the chainsaws- How commercial banks support destructive logging in Papua New Guinea“* fanden heraus, dass vier große Banken Finanzierungsbeziehungen zu einem oder mehreren der fünf größten Holzfällerunternehmen des Landes unterhalten.

Der Kampagnenleiter von *Act Now!*, Eddie Tanago, sagte, die Banken liefen so Gefahr, sich am illegalen Holzeinschlag zu beteiligen.

„Seit Jahrzehnten gibt es überwältigende Beweise für weit verbreitete Illegalität im Abholzungssektor in PNG“, erklärte der Aktivist.

„Es ist völlig inakzeptabel, dass Großbanken die Zerstörung lebenswichtiger tropischer Wälder unterstützen und davon profitieren“, ergänzte Tanago.

Der Gouverneur der Provinz Oro, Gary Juffa, sagte, der Bericht sei besorgniserregend. *„Ich weiß mit Sicherheit, dass im ganzen Land illegale Abholzungsaktivitäten stattfinden [...] diese Unternehmen müssen ihr Geld irgendwo unterbringen“*, beklagte Juffa die Machenschaften der Großbanken.

Der Bericht konzentrierte sich auf vier in PNG tätige Großbanken - die *Bank of South Pacific* (BSP), die *Kina Bank* sowie die australischen Banken *Westpac* und die

ANZ (Australia and New Zealand Banking Group Limited).

Obwohl die BSP den Holzeinschlag aus nicht nachhaltig bewirtschafteten Wäldern als "ausgeschlossenen Sektor" betrachtet, stellte der Bericht fest, dass sie dem Holzeinschlagsriesen *Rimbunan Hijau*, der Tochtergesellschaften in PNG betreibt, weiterhin Finanzmittel zur Verfügung stellt.

Diese Tochtergesellschaften, so der Bericht, seien in Vorwürfe von Polizeigewalt gegen Landbesitzer und Umweltzerstörung verwickelt gewesen.

Ferner heißt es in dem Bericht, Satellitenbilder hätten gezeigt, dass eine der Tochtergesellschaften Bäume in Gebieten fällt, in denen dies gesetzlich nicht erlaubt ist.

Der malaysische Konzern *Rimbunan Hijau* hat derartige Anschuldigungen öffentlich zurückgewiesen und erklärt, dass er sich an alle einschlägigen Gesetze und Vorschriften hält und die Umweltbestimmungen ernst nimmt.

Die *Kina Bank* teilte der *Australian Broadcasting Corporation* (ABC) mit, dass sie keine finanziellen Beziehungen zu *Rimbunan Hijau* unterhalte und dass eine Prüfung der umwelt- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen der Bank durchgeführt worden sei. Sie gab jedoch keine klare Antwort auf die Frage, ob sie anderen Holzfällerunternehmen Geld leiht.

Gary Juffa forderte die vier Banken auf, sich von der Finanzierung von Holzkonzernen zu trennen. *„Wir können die Tatsache nicht ignorieren, dass der Rest der Welt die Abholzung, den illegalen Holzeinschlag und diese Art von Aktivitäten beobachtet und darüber besorgt ist“*, sagte er.

Hier geht es zu dem Bericht: <https://www.jubileeaustralia.org/resources/publications/banks-logging>

(ABC Pacific Beat 06.12.21, <https://www.jubileeaustralia.org/news/latest-news-post/how-commercial-banks-supported-pngs-logging-boom>)

Rekord-Haushalt für 2022

Premierminister James Marape hat die Vorlage des Rekordhaushalts für das Jahr 2022 in Höhe von 22,175 Milliarden Kina durch Schatzmeister Ian Ling-Stuckey im Parlament von Papua-Neuguinea begrüßt.

„Der Gesamthaushalt in Höhe von 22,175 Milliarden Kina ist 9,3% höher als der Nachtragshaushalt von 2021, mit einem Einnahmenumfang von 16,190 Milliarden Kina, der wiederum 18,4% höher lag als der Nachtragshaushalt aus 2021“, erläuterte Premier Marape das den Parlamentarier*innen vorgelegte Budget im Detail.

Das Haushaltsdefizit für 2022 beträgt 5,895 Milliarden Kina, was 5,9% des Bruttoinlandsprodukts von 2022 entspricht.

Für 2022 wird ein starkes Wachstum der Wirtschaft von PNG um 5,4% prognostiziert, von 93 Mrd. Kina im Jahr 2021 auf 102 Mrd. Kina.

„Es wird mehr Entwicklungs- und Kapitalmittel für Projekte und ausreichende Mittel für wichtige soziale Sektoren geben, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln“, sagte Marape. Er betonte, der Rekordhaushalt sei ein gutes Zeichen für seine Regierungsführung und er sei stolz auf die geleistete Arbeit. (Pressemitteilung Büro von Premier Marape 26.11.21)

Geplantes Freihandelsabkommen

Der chinesische Botschafter in Papua-Neuguinea, Fanhua Zeng, erklärte Anfang November, dass der Prozess zur Beschleunigung eines Freihandelsabkommens zwischen den beiden Ländern begonnen habe.

Nach Angaben von Botschafter Fanhua würde dies sicherstellen, dass sich die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern nach dem Ausbruch des Coronavirus (Covid-19) verbessern würden. Papua-Neuguinea exportiert jährlich rund 300 Millionen Tonnen

Flüssigerdgas nach China, aber auch andere Waren wie etwa Holz.

„Es ist wichtig, dass wir auch in dieser schwierigen Zeit unseren Handelsbeziehungen neue Impulse geben“, sagte Fanhua. „PNG ist reich an Ressourcen wie Gas, Öl, Holz und Fischerei, und China hat einen großen Markt. Wir können also sehr eng zusammenarbeiten und beide Länder können davon profitieren“, erklärte der Botschafter den Nutzen eines neuen Freihandelsabkommens zwischen den beiden Staaten. Er sehe ein großes Potenzial für die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern.

Info: Nach Schätzungen der chinesischen Botschaft belief sich das Handelsvolumen zwischen PNG und China im vergangenen Jahr auf 3,21 Milliarden US-Dollar (etwa 11 Milliarden K). PNGs Exporte nach China beliefen sich auf 2,29 Milliarden US-Dollar (7,85 Milliarden K), während die Importe aus China insgesamt nur 920 Millionen US-Dollar (3,1 Milliarden K) betragen, was auf einen Handelsüberschuss für PNG hindeutet.

(The National 10.11.21)

„Connect PNG“ schafft Verbindungen

Premierminister James Marape hat die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs "Connect PNG (Funding and Implementation Arrangements) Bill 2021" begrüßt.

Das Gesetz, das mit 78 zu 5 Stimmen Ende November nahezu einstimmig vom Parlament verabschiedet wurde, wird für die Umsetzung des massiven Infrastrukturentwicklungs- und -sanierungsprogramms der Regierung Marape sorgen. Das Programm mit dem einprägsamen Titel „Connect PNG“ zielt darauf ab, das abgelegene Papua-Neuguinea mit der Außenwelt zu verbinden und die Wirtschaft in den ländlichen Gebieten aufzubauen.

Das massive 20-Milliarden-Kina-Programm, das sich über einen Zeitraum von 20 Jahren erstreckt,

ist ein zentraler Bestandteil der Vision von Premierminister Marape für den wirtschaftlichen Aufschwung der Bevölkerung von Papua-Neuguinea. Bis zum Jahr 2040 sollen mit den Maßnahmen rund acht Millionen Menschen zu 100 % an die „Außenwelt“ angebunden werden.

Das Programm verlagert den Schwerpunkt dabei weg von der Konzentration der Vorgängerregierung auf den Straßenbau in der Hauptstadt Port Moresby und hin zu den Gebieten, in denen Straßen am dringendsten benötigt werden.

Der neuguineische Bauminister Michael Nali bezeichnete das Programm bei der Vorstellung des Gesetzesentwurfs als "game changer" für PNG und begrüßte die Initiative. Er sagte: „Die Marape-Regierung hat das Connect PNG Economic Road Transport Infrastructure Development Program 2020 – 2040“, allgemein bekannt als Connect PNG, entwickelt und schrittweise umgesetzt. Es ist das größte Infrastrukturentwicklungsprogramm, das jemals von einer Regierung durchgeführt wurde.“

Info: Im Rahmen des Programms werden folgende Projekte entwickelt: 16 strategisch gelegene Straßen mit einer Gesamtlänge von 4.200 km, 1.800 km strategische Lückenschlüsse, 9.000 km Provinz- und Distriktstraßen sowie 2.000 Meter Brücken und Bauwerke zur Entwässerung.

In den Jahren 2020 und 2021 hatte die Regierung Marape bereits 2.000 km Straßen gebaut und im Haushalt 2022 sind weitere Ausbauarbeiten vorgesehen. (PNG Business News 26.11.21)

„Grüne Energie“ für PNG

Die australische Firma Fortescue Future Industries (FFI) arbeitet ab sofort mit der Regierung von Papua-Neuguinea zusammen, um die geplante Energiewende bis 2050 umzusetzen.

„Diese neue Partnerschaft markiert den Beginn der Entwicklung der grünen Industrie (eng. green industry) in PNG und wird es FFI

ermöglichen, Durchführbarkeitsstudien zur Entwicklung von bis zu sieben Wasserkraftprojekten und 11 großen geothermischen Energieprojekten in PNG durchzuführen,“ erklärte Julie Shuttleworth, geschäftsführende Direktorin von FFI.

PNG hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 100% erneuerbare Energien zu nutzen. Mit der Herstellung von grünem Wasserstoff und grünem Ammoniak könne eine neue inländische Energie- und Exportindustrie für Papua-Neuguinea geschaffen werden und die Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen stark verringert werden, meinte Shuttleworth.

Info: Fortescue Future Industries (FFI) ist ein globales Unternehmen für grüne Energie und Produkte, das sich der Herstellung von emissionsfreiem grünem Wasserstoff aus 100% erneuerbaren Quellen verschrieben hat.

FFI ist sowohl Entwickler, Finanzierer als auch Betreiber und investiert in emissionsfreie Ressourcen, um erneuerbare Energien in einer Größenordnung zu produzieren, die den großen Öl- und Gasunternehmen entspricht. (The National 12.11.21, <https://ffi.com.au/about/>)

Ok Tedi beruft einheimische Führungskräfte

Im Rahmen seines Organisationsentwicklungsprozesses „Vision 2025“ hat der neuguineische Bergbaukonzern Ok Tedi Mining Limited (OTML) mehrere einheimische Mitarbeitende in Führungspositionen gehoben. Ziel sei es nach Angaben des geschäftsführenden Direktors Musje Werror, bis zum Jahr 2025 möglichst viele einheimische Fachkräfte in leitende Positionen zu bringen, um unabhängiger vom Fachkräftemangel zu werden und die Ausbildungs- und Aufstiegschancen für Einheimische in der Region zu verbessern.

So wurde etwa Herr Mek Kelly mit Wirkung vom 19. November 2021 zum Manager Mine Maintenance ernannt. Er ist damit neuer Leiter der Abteilung für Mineninstandhal-

tung innerhalb des Geschäftsberichts Bergbau und folgt auf James Lees. Kelly begann vor 18 Jahren bei OTML als Auszubildender und trat dann als Monteur für schweres Gerät in die Minenwartungsabteilung ein, wo er fünf Jahre lang arbeitete. Während seiner Tätigkeit bei OTML erwarb Mek auch zusätzliche technische Qualifikationen am *Australia Pacific Technical College*. Danach wechselte er in leitende Positionen und hatte in den letzten vier Jahren die Funktion der Mine Abteilung *Maintenance* inne.

Info: Im Einklang mit der „Vision 2025“ von OTML wurden in diesem Jahr mehrere nationale Mitarbeiter in Führungspositionen berufen.

Dazu gehören Isaac Kwetok als Deputy General Manager Processing, Anna Ila als Manager Safety, Robin August als Manager ICT, Francis Karogo als Manager Power Services, Oala Rarua als Manager Geology & Exploration, Masket Siune als Manager Mine Support Services und Iga Au als Manager Bige Operations.
(Pressemitteilung Ok Tedi Mining Limited 25.11.21)

Erfolgreicher IT-Gipfel

Im November organisierte das *Ministerium für Informations- und Kommunikationstechnologie* (IKT) in Port Moresby einen dreitägigen nationalen IKT-Gipfel mit verschiedenen Akteur*innen aus der Politik und der Informationstechnologiebranche.

Laut Ministeriumsmitarbeiter und Organisator Steven Matainaho war der Gipfel erfolgreich bei der Sammlung dringend benötigter Daten und der Formulierung geeigneter politischer Maßnahmen zur Beschleunigung des Übergangs von einer analog geprägten zu einer digitalen Wirtschaft.

Das Ministerium könne nun die Ziele für die Informations- und Kommunikationstechnologie der Regierung für das Jahr 2022 festlegen, zeigte sich Matainaho begeistert.

IKT-Minister Timothy Masiu informierte alle Beteiligten am Gipfel darüber, dass dem Kabinett bereits Anfang 2022 ein Entwurf der „Nationalen IKT-Politik 2022“ vorgelegt werden soll. Minister Masiu sagte: *„Der Gipfel ist ein Meilenstein für das IKT-Ministerium, da wir nun die Agenda zur digitalen Transformation der Regierung von 2020 bis 2021 fortführen können.“* Die IKT-Branche sei ein Motor für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes, erklärte der Minister weiter.

Wegen des großen Erfolges des diesjährigen Gipfels werde sein Ministerium auch für den November kommenden Jahres wieder ein Treffen organisieren, hieß es weiter. (*The National* 15.11.21)

BOUGAINVILLE

Parlamentsabgeordnete bekommt Menschenrechtspreis

Frau Theonila Roka Matbob, Gemeindevorsteherin von Makosi (Bougainville) und Parlamentsabgeordnete, hat den *Gwynne Skinner Human Rights Award* erhalten. Damit wird ihre herausragende Advocacy-Arbeit gewürdigt, mit der sie den britisch-australischen Bergbaukonzern *Rio Tinto* für die durch die ehemalige Panguna-Mine verursachte Umweltzerstörung zur Verantwortung gezogen hat.

Theonila ist eine traditionelle Landbesitzerin aus dem Ort Makosi, der flussabwärts der Panguna-Mine liegt. Sie war eine von 156 Einwohner*innen von Bougainville, die, vertreten durch das australische *Human Rights Law Centre*, im vergangenen Jahr eine Menschenrechtsbeschwerde gegen das Unternehmen bei der australischen Regierung eingereicht hatte.

Die Beschwerde erregte weltweites Medieninteresse und führte dazu, dass sich *Rio Tinto* im Juli 2021 öffentlich verpflichtete, eine unabhängige Menschenrechts- und Umweltverträglichkeitsprüfung der

Mine zu finanzieren.

Theonila Matbob erklärte angesichts der Ehrung: *„Wir leben seit vielen Jahren mit den katastrophalen Auswirkungen von Panguna, und die Situation wird immer schlimmer. Unsere Gemeinden leben inmitten der riesigen Abfallberge, die die Mine hinterlassen hat und die unsere Flüsse weiterhin mit Kupfer vergiften. Kinder werden durch die Verschmutzung krank. Die Bauernhöfe und Dörfer der flussabwärts gelegenen Gemeinden werden mit Minenabfällen überflutet. Viele Menschen haben keinen grundlegenden Zugang zu sauberem Wasser.“*

„Nach vielen Jahren des Kampfes haben wir nun endlich eine Vereinbarung mit Rio Tinto getroffen, um eine angemessene Untersuchung dieser dringenden Probleme zu finanzieren und Lösungen zu entwickeln. Ich möchte mich bei allen bedanken, die uns dabei unterstützt haben, diesen Punkt zu erreichen. Aber jetzt ist nicht die Zeit zum Ausruhen. Wir werden unsere Arbeit fortsetzen, bis Rio Tinto das Desaster, das es hinterlassen hat, vollständig aufgearbeitet hat“, so die engagierte Aktivistin.

Die Direktorin des *Human Rights Law Centre*, Keren Adams, sagte: *„In den letzten Jahren hat Theonila unermüdlich daran gearbeitet, die Welt auf diese Probleme aufmerksam zu machen und Rio Tinto zu zwingen, die Verheerenden Folgen zu übernehmen, die der Betrieb in Panguna hinterlassen hat. Es ist zu einem großen Teil ihrer Führung und ihrem Einsatz zu verdanken, dass das Unternehmen nun den ersten wichtigen Schritt zur Bewältigung dieser Hinterlassenschaft getan hat. Gleichzeitig kandidierte sie für das Parlament und wurde als eine der jüngsten und einzigen weiblichen Abgeordneten Bougainvilles zur Bildungsministerin ernannt. Sie ist eine inspirierende Menschenrechtsverteidigerin und eine absolut verdiente Gewinnerin des Preises.“*

Theonila Matbob hatte bereits zuvor mit dem *Human Rights Law Centre* zusammengearbeitet, um

die Geschichten der von der Mine betroffenen Gemeinden zu dokumentieren, darunter auch die vieler unzugänglicher Dorfgemeinschaften, deren Geschichten bisher kaum gehört wurden. Diese Arbeit führte im März 2020 zur Veröffentlichung des Berichts *„After the mine: Living with Rio Tinto's deadly legacy.“*

Theonila wurde die Auszeichnung im Rahmen einer virtuellen Zeremonie am 22. Oktober 2021 überreicht.

Info: Professor Gwynne Skinner († 2017) war Rechtsprofessorin an der *Willamette University* in den Vereinigten Staaten und hat sich in ihrer Laufbahn an vorderster Front für eine stärkere Rechenschaftspflicht von Unternehmen in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte eingesetzt.

Der Preis *„Gwynne Skinner Human Rights Award“* wurde vom Internationalen Runden Tisch für Unternehmensverantwortung (*International Corporate Accountability Roundtable*) ins Leben gerufen, um ihr Vermächtnis zu ehren und die Arbeit von Einzelpersonen und Organisationen zu würdigen, die einen bedeutenden Beitrag zur Unternehmensverantwortung geleistet haben. (*Pressemitteilung Human Rights Law Centre 07.10.21, Radio NZ Intern. 08.10.21*)

Zügig in Richtung Unabhängigkeit

Das *Bougainville Leaders Forum* hat bei einem Treffen im Kuri Resort in Buka Town Anfang Dezember beschlossen, gegenüber der Nationalregierung in Port Moresby mit mehr Nachdruck für die Unabhängigkeit Bougainvilles einzutreten.

Seit ihrem Amtsantritt im September letzten Jahres hat die von Toroama geführte autonome Regierung von Bougainville (ABG) einige Erfolge in den Konsultationen mit der nationalen Regierung erzielt. Dazu gehören die Unterzeichnung eines gemeinsamen Kommunikations, das Sharp-Abkommen, das

Kokopo-Abkommen und die so genannte Wabag-Roadmap, die einen Zeitplan für die politische Unabhängigkeit Bougainvilles enthält. Die praktische Umsetzung dieser mit der nationalen Regierung unterzeichneten Abkommen hängt jedoch von der gemeinsamen Umsetzung durch die beiden Regierungen ab.

Trotz des schleppenden Prozesses ist die ABG fest entschlossen, ihre Unabhängigkeitsagenda ohne weitere Verzögerungen voranzutreiben.

ABG-Präsident Ishmael Toroama erinnerte die Teilnehmer*innen des Forums an die Vereinbarungen zwischen den beiden Regierungen seit Beginn der Konsultationen zum künftigen politischen Status. Er sagte, dass das *Joint Understanding* zwar auf positive Entwicklungen hinweise, es aber auch eine Reihe von Problemen bei der Umsetzung gebe.

Einige davon sind die zwischenstaatlichen Finanzierungsvereinbarungen, die trotz der Zusicherungen der nationalen Regierung nicht zustande gekommen sind.

„Dennoch macht Bougainville weiter Fortschritte. Wir haben einen Bougainville Blue Print entwickelt, der auf der Wabag Roadmap basiert“, so Präsident Toroama. *„Dieses Dokument wird dazu dienen, die administrative und politische Kontrolle zu erlangen“,* so Präsident Toroama weiter.

„Eine weitere wichtige Aufgabe, die sich aus der Roadmap und dem Blue Print ergibt, ist die Einsetzung des Bougainville Constitutional Planning Committee“, so der Präsident.

Laut Toroama wird diese Kommission für die Ausarbeitung der Verfassung einer unabhängigen Nation Bougainville verantwortlich sein. Er bekräftigte sein Engagement für die Unabhängigkeitsbestrebungen Bougainvilles.

(<https://www.abg.gov.pg/index.php/news/read/bougainville-leaders-prepare-for-joint-government-meetings>)

ABG erhält Verwaltungsbefugnisse

Die Autonome Regierung von Bougainville (*Autonomous Bougainville Government*, ABG) und die Regierung von PNG haben Ende November ein Abkommen getroffen, das eine schnellere Übertragung von Macht und Entscheidungsbefugnissen von der nationalen Regierung in Port Moresby auf die ABG ermöglicht.

Das erklärte der stellvertretende Minister für Bougainville-Angelegenheiten, Peter Tsiamalili, beim Gipfeltreffen („Sharp Agreement Summit“) des *National Coordination Office for Bougainville Affairs* (NCOBA) am 26. November 2021 im APEC-Haus in Port Moresby.

Die Übertragung von Befugnissen bedeutet, dass die ABG die Verantwortung für die Verwaltung von Funktionen und Befugnissen von der nationalen Regierung übernimmt. Dazu gehört auch die Entscheidungspolitik.

„Ich beglückwünsche sowohl Premierminister James Marape als auch ABG-Präsident Ishmael Toroama für ihren Weitblick und ihre Führungsstärke, mit denen sie dafür gesorgt haben, dass die ABG ihre eigenen Angelegenheiten wahrnimmt und verwaltet und endlich ihre volle Autonomie in Vorbereitung auf eine künftige politische Selbständigkeit ausübt“, erklärte Tsiamalili nach zähen Verhandlungen.

Er fügte hinzu, dass die nationale Regierung als Vertragspartei des Bougainville-Abkommens die Verantwortung habe gemäß der in Teil XIV der Verfassung verankerten Vereinbarung dafür zu sorgen, dass die Übertragung von Befugnissen und Funktionen zügig vorantreibt, sowie sicherzustellen, dass die ABG als autonome Regierung fungieren kann.

Das Gipfeltreffen im APEC-Haus war einberufen worden, um mit allen Beteiligten gemeinsam zu überlegen, wie die Übertragung der Machtbefugnisse zügig umgesetzt werden kann. (*Loop PNG 27.11.21*)

Keine Impfpflicht für Staatsbedienstete

Der Präsident der autonomen Regierung von Bougainville, Ishmael Toroama, hat eine generelle Impfpflicht gegen das Corona-Virus kategorisch abgelehnt. Seine Regierung werde keine Politik des „No jab, no job“ (dt. Keine Impfung, kein Job) verfolgen, sagte Toroama. Trotzdem rief er vor allem Staats- und Gesundheitsbedienstete dazu auf, sich freiwillig impfen zu lassen.

Wörtlich sagte Toroama: „*Vaccination is voluntary and no one will be forced to take it. However, those who opt not to receive the vaccine must not impede the rights of those who are willing to take it; everyone is entitled to health care on Bougainville.*“

Der Präsident verteidigte auch den von Gesundheitsminister und Pandemie-Beauftragten Clement Totavun verhängten mindestens 14-tägigen Lockdown für Bougainville. Die Lage sei dramatisch und es müssten nun alle zusammenhelfen, um eine weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern. Es könne nicht sein, dass sich Verschwörungsmymen durchsetzen und sich die Menschen deshalb nicht impfen ließen. Gerade auf dem Weg in ein „neues Bougainville“ (Initiative „Niupela Pasin“) sei es wichtig, die Ausbreitung des Virus zu verhindern, so Präsident Toroama Mitte November. (One PNG 14.11.21)

Häfen in Buka und Kieta bleiben in Betrieb

Die PNG Ports Corporation Limited (PNG Ports) bleibt der Bevölkerung der Autonomen Region Bougainville verpflichtet. Ein Sprecher von PNG Ports sagte während eines Treffens mit Interessenvertretern in Buka und Kieta, dass die Präsenz von PNG Ports in Bougainville bestehen bleibt, um weiterhin den Warenfluss in die Region zu ermöglichen.

PNG Ports besitzt und betreibt die Häfen Buka und Kieta in Bougainville im Rahmen ihrer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung.

Der geschäftsführende Direktor von PNG Ports, Fego Kiniafa, bekräftigte die Haltung des Unternehmens und forderte die Stakeholder auf, mit PNG Ports zusammenzuarbeiten und die Häfen als Einnahmequelle für das Unternehmen und die Region zu nutzen. Der Betrieb beider Häfen sei unabhängig von der politischen Zukunft der autonomen Region, sagte Kiniafa. Man werde die Häfen so lange weiter betreiben, wie die Zustimmung dazu von der Regierung käme. (Loop PNG 28.10.21)

SALOMONEN

Proteste und Ausschreitungen – geopolitische Dimensionen

Im Zuge der gewaltsamen und zum Teil tödlichen Ausschreitungen auf den Salomonen, haben mehrere Staaten, darunter Australien, Fidschi, Papua-Neuguinea und Neuseeland, Sicherheitskräfte im Rahmen einer internationalen Friedensmission auf die Inseln entsandt. Die Regierung der Salomonen, gegen die sich die Unruhen hauptsächlich richten, baten um internationale Unterstützung, um Ruhe und Ordnung im Land wiederherstellen zu können.

Die Situation eskalierte Ende November/Anfang Dezember, als Proteste gegen die Regierung und Präsident Sogavare in Gewalt umschlugen. Angeheizt wurde die Krise von der anhaltend hohen Armut, Arbeitslosigkeit und innerstaatlichen Rivalitäten. Die Protestierenden versuchten, das Parlament zu stürmen und zerstörten große Teile eines Stadtviertels von Honoria, in dem vor allem Chines*innen leben. Mobs zogen tagelang durch die Stadt und sorgten für chaotische Zustände. Es kam zu Plünderungen und Brandanschlägen auf chinesische Geschäfte mit insgesamt drei Toten. Mittlerweile hat sich die Lage durch die Unterstützung der ausländischen Truppen aber stabilisiert und es wurden über hundert Menschen festgenommen.

Ein Grund warum ausgerechnet die chinesische Minderheit Ziel der

Gewalt wurde, sind die anhaltenden Spannungen zwischen Peking (China) und Taipeh (Taiwan), in die auch die Salomonen verwickelt sind. Dabei fühlen sich die meisten Chines*innen, die auf den Salomonen leben, keiner der beiden Seiten besonders verbunden. 2019 beschloss die Regierung in Honiara, diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China aufzunehmen. Da Pekings Ein-China-Politik verlangt, Taiwan als chinesische Provinz anzuerkennen, musste die Regierung Sogavare die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbrechen. Vor allem in der Provinz Malaita ist diese Entscheidung nach wie vor hochumstritten, da die Insel enge Beziehungen zu Taiwan pflegte und von Entwicklungsgeldern aus Taipeh abhängig ist. Zudem haben sich die Versprechungen Pekings und die Zusage chinesischer Investitionen bisher nicht erfüllt, weshalb Malaita die dringend benötigten Gelder nun fehlen. Der Lokalpolitiker Daniel Suidani, Premier der Insel Malaita, beschuldigt Sogavare daher, dass er sich von der Regierung in Peking habe bestechen lassen und forderte, die Beziehungen zu Taiwan wiederaufzunehmen.

Vor etwa einem Monat wurde im Provinzparlament von Malaita ein Misstrauensantrag gegen Suidani gestellt und es besteht der Verdacht, dass dies hauptsächlich auf Druck der Zentralregierung hin geschah. Vor allem die Lokalbevölkerung empfand den Schritt als unangebrachte Einmischung von außen und viele Menschen gingen auf die Straße, um gegen den Misstrauensantrag zu protestieren. Auch ein Festakt Mitte November in Gedenken an das Malaita-Massaker von 1927 schürte die Ressentiments weiter an. Eigentlich sollte die Feier verfeindete Bevölkerungsgruppen miteinander versöhnen und angesichts der tiefen Spaltungen im Land, die noch aus der Kolonialzeit rühren, wären die Feierlichkeiten für Sogavare eine Chance gewesen, das Land zusammenzubringen. Dennoch waren weder er selbst, noch seine Parteimitglieder anwesend und auch Großbritannien und Australien, die als Kolonialmächte damals

das Massaker verübt hatten, waren nicht vertreten. Die scheinbare Machtlosigkeit gegen die Einmischung der Zentralregierung und ausländischer Mächte wie China schürten die Frustrationen vieler Menschen auf Malaita und führten letztendlich zu den Protesten in Honiara, die zum Schluss so dramatisch eskalierten.

Ein weiterer Akteur in dem Konflikt sind die USA. Um dem wachsenden Einfluss Chinas im Pazifik entgegenzuwirken, unterstützte Washington die Insel Malaita im vergangenen Jahr mit Entwicklungshilfegeldern in Höhe von 25 Millionen Dollar – vorbei an der pekingfreundlichen Sogavare-Regierung, was zu weiteren innerstaatlichen Spannungen zwischen Zentral- und Provinzregierung geführt hat.

Bedauerlich in dieser ganzen Krisensituation ist vor allem, dass es ernsthafte Bemühungen gab, die tiefe Spaltung in der Bevölkerung aufzuarbeiten und einen gemeinsamen Versöhnungsprozess zu starten. Gleichzeitig sind wichtige Akteure wie die Zentralregierung und Australien nicht an einer ernsthaften Lösung der tiefsitzenden Konflikte interessiert, weshalb im Moment auch nicht von einer nachhaltigen Entspannung oder Stabilisierung der Lage die Rede sein kann.

Es besteht jedoch die Hoffnung, dass Fidschi nun eine Vermittlerrolle einnimmt, da der Inselstaat im Gegensatz zu Australien in weiten Teilen der Bevölkerung hohes Ansehen genießt und mit kulturell angemessenen Methoden auf Konflikte zu reagieren weiß. Denn die Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und das Misstrauen gegenüber politisch Verantwortlichen lassen sich nur Schritt für Schritt mit der Beteiligung aller und im respektvollen Umgang miteinander bewältigen.

(Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle
<https://www.theguardian.com/world/2021/dec/01/solomon-islands-unrest-new-zealand-send-dozens-of-peacekeepers>,
<https://taz.de/Unruhen-in-den-Salomonen/!5818385/>,
<https://thediplomat.com/2021/11/foreign-intervention-complicates-solomon-islands-unrest/>)

Premierminister übersteht Misstrauensvotum

Der Premierminister der Salomonen, Manasseh Sogavare, hat ein Misstrauensvotum gegen ihn im Parlament erfolgreich abweisen können. Die große Mehrheit der Parlamentarier (32:15, 2 Enthaltungen) sprach sich gegen das von Oppositionsführer Matthew Wale am 6. Dezember eingebrachte Misstrauensvotum aus.

Wale machte Sogavare für die tödlichen regierungsfeindlichen Proteste und Unruhen verantwortlich, die das Land in den letzten Wochen erschüttert haben. Am 24. November marschierten Demonstranten auf das Parlamentsgelände im Osten von Honiara, wo sie angeblich eine Laubhütte neben dem Parlamentsgebäude in Brand setzten, in der Abgeordnete und Mitarbeiter rauchen und zu Mittag essen. Es folgten stundenlange Unruhen, bei denen Gebäude in Chinatown sowie eine Polizeistation und eine Schule in Brand gesteckt wurden.

Die Unruhen hielten tagelang an. Drei Leichen wurden in einem ausgebrannten Gebäude in einem Laden im Chinatown-Viertel von Honiara gefunden.

Viele der Demonstrierenden stammen aus der Provinz Malaita, der bevölkerungsreichsten Provinz des Landes, in der die Provinzregierung seit Jahren angespannte Beziehungen zur Zentralregierung pflegt.

In der Parlamentssitzung am Nikolaustag verteidigte Sogavare die Entscheidung seiner Regierung, diplomatische Beziehungen zu China aufzunehmen, und beschuldigte namentlich nicht genannte „Agenten Taiwans“ (Zitat), zu versuchen, die Regierung zu destabilisieren. Er begründete die Entscheidung damit, dass die traditionellen Geberpartner nicht in der Lage gewesen seien, die Salomonen bei der Bewältigung ihrer Entwicklungsprobleme zu unterstützen.

In seiner über 90-minütigen emotionalen Entgegnung auf den Misstrauensantrag sagte der Premier, dass er nichts Falsches getan ha-

be und sich „den Mächten des Bösen“ nicht beugen werde. An einer Stelle seiner Rede hob er sogar seinen Stuhl auf und schlug ihn auf den Boden des Parlaments, um seine Aussagen zu unterstreichen.

„China als Wirtschaftsmacht bietet uns die Möglichkeit, uns zu engagieren und unsere Entwicklungsbedürfnisse und Herausforderungen anzugehen“, sagte der Premierminister.

„Die nationale Regierung hat es nicht nötig, sich den Interessen Taiwans und seiner Vertreter in dieser Angelegenheit zu beugen [...] Die Salomonen haben die Volksrepublik China anerkannt, und damit ist die Sache erledigt“, führte Sogavare weiter aus.

„Die Salomonen als souveräner demokratischer Staat bekräftigen ihre Entscheidung und stehen zu ihren traditionellen bilateralen Partnern: Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Australien, Japan und Neuseeland und der Rest der Welt [...] bei der Anerkennung der Volksrepublik China als legitime Regierung Chinas“, erklärte Sogavare.

Info: Sogavare, eine umstrittene Figur im Parlament der Salomonen, wurde erstmals im Jahr 2000 nach einem Putsch gegen die Regierung zum Premierminister gewählt. Er hat vier Amtszeiten absolviert.

Es war nicht der erste Antrag im Parlament, Sogavare abzusetzen. Im Jahr 2017 wurde er abgewählt, nachdem ihm vorgeworfen worden war, er höre nicht mehr auf seine Abgeordnetenkollegen und dulde keine abweichenden Meinungen.

In der Hauptstadt Honiara war es relativ ruhig, als der Misstrauensantrag im Parlament abgelehnt wurde. Mehr als 200 Friedenssoldaten aus Papua-Neuguinea, Fidschi, Australien und Neuseeland waren in den vergangenen zwei Wochen eingeflogen worden, um die örtliche Polizei bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung zu unterstützen.

(The Guardian 06.12.21,
<https://abcnews.go.com/International/wireStory/solomon-islands-leader-faces-confidence-vote-riots-81576324>)

Ehrung für Wissenschaftler

Der Wirbeltierökologe und Feldbiologe Dr. Patrick Pikacha von den Salomonen wurde Anfang Oktober vom Sekretariat des regionalen Umweltprogramms für den Pazifik (SPREP) mit dem „National Leadership in Environmental Sustainability and Conservation Award“ ausgezeichnet. Mit dem Preis werden seine Bemühungen um den Erhalt der Ökosysteme auf den Salomon-Inseln geehrt.

Dr. Pikacha ist derzeit leitender Dozent für Ökologie an der Fakultät für Naturwissenschaften und Technik der Pacific Adventist University, der Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Papua-Neuguinea. Zuvor war er Lehrbeauftragter für internationale Programme an der School of Biological Sciences an der University of Queensland, Australien.

Der promovierte Biologe arbeitet seit über 20 Jahren mit kommunalen Naturschutzorganisationen auf den Salomonen zusammen. „Ich engagiere mich leidenschaftlich für gemeinschaftliche Initiativen zum Ressourcenmanagement, die dazu beitragen, Ökosysteme und Dienstleistungen zu erhalten und gleichzeitig die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen“, so der engagierte Wissenschaftler bei der Preisvergabe.

Er freue sich über den Preis auch stellvertretend für die Organisation „Ecological Solutions Solomon Islands“, mit der er vor Ort zusammenarbeitet.

(<https://adventist.news/news/adventists-recognized-for-environmental-achievements>, Solomon Times 04.10.21)

Zwei Tote durch Weltkriegsbombe

Gleich zwei Opfer hat die Explosion einer scharfen Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg gekostet. Die Bombe explodierte in Honiara, der Hauptstadt der Salomonen, im Garten einer mehrköpfigen Familie. Diese hatte ein Lagerfeuer entzündet und sich zum Essen rund um das Feuer niedergelassen, als die Bombe hochging. Der Famili-

envater starb an Ort und Stelle, sein Sohn erlag wenig später im National Referral Hospital seinen schweren Verletzungen. Die Mutter und ein weiterer Sohn kamen mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus. Zwei weitere Familienmitglieder ertaubten bei der Explosion.

Immer wieder werden Bomben aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges auf den Salomonen entdeckt. Erst kürzlich hatte ein Mann bei Gartenarbeiten in seinem Garten in der Hauptstadt eine scharfe 300 Kilo Bombe entdeckt, die jedoch von einem Bombenentschärfungskommando der Polizei erfolgreich entschärft werden konnte. (Radio NZ Intern. 26.10.21)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Oliver Hasenkamp, Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerkes, Berlin.]

Ratu Wiliame Katonivere zum neuen Präsidenten gewählt

Seit dem 12. November 2021 ist Ratu Wiliame Katonivere neuer Präsident von Fidschi. Er folgt auf Jioji "George" Konrote, der das Amt seit dem Jahr 2015 innehatte. Der Präsident bekleidet das protokollarisch höchste Amt in Fidschi, das aber ähnlich wie in Deutschland vor allem repräsentative Funktionen besitzt, während die tatsächliche politische Macht in den Händen der Regierung liegt.

Katonivere, der von der Fraktion der Regierungspartei FijiFirst ins Rennen für das Amt geschickt worden war, setzte sich in einer Abstimmung im Parlament mit 28 Stimmen (54,9 %) knapp gegen die Kandidatin der Opposition, die frühere Oppositionsführerin Ro Teimumu Kepa, die 23 Stimmen (45,1 %) erhielt, durch. Katonivere erhielt jedoch auch eine Stimme aus den Reihen der größten Oppositionspartei SODELPA.

Katonivere war seit 2013 „Häuptling“ der Macuata-Provinz auf der Insel Vanua Levu. Ähnlich wie viele seiner Vorgänger im Amt blickt er auf eine militärische Karriere zu-

rück und war unter anderem in UN-Blauhelmeinsätzen im Libanon aktiv. Er bringt jedoch auch Erfahrungen aus der Wirtschaft, vor allem aus der Holzindustrie, sowie aus lokalen Meeresschutzprojekten mit. Anders als sein Vorgänger war er vor seiner Wahl zum Präsidenten nicht in der nationalen Politik aktiv und gehört selbst auch nicht der Regierungspartei, die ihn nominiert hat, an. Mit 57 Jahren ist er der jüngste Amtsinhaber, der in Fidschi je in das Amt des Präsidenten gewählt worden ist.

Lange galt auch der frühere Kommandant der fidschianischen Streitkräfte General Viliame Naupoto als einer der Favoriten für das Präsidentenamt. Die Nominierung des militärisch mehrere Ränge niedriger stehenden Katonivere könnte also durchaus ein Versuch der dem Militär nahestehenden und zunehmend unbeliebten Regierung sein, Wähler*innen anzusprechen, die eigentlich zu anderen Parteien tendieren und denen vor allem die traditionellen Häuptlings-Hierarchien wichtig sind, die durch Premierminister Voreqe Bainimarama in ihrer Rolle geschwächt worden sind. (RNZ 21.10.2021, Fiji Sun 8.10.2021, 12.10.2021, 14.11.2021, Wikipedia)

Corona-Situation stabilisiert sich nach massivem Ausbruch wieder

Nach dem schweren Covid-19-Ausbruch in Fidschi, der seinen Höhepunkt im Juli und August 2021 mit den damals weltweit höchsten Neuinfektionsraten pro Kopf erreicht hatte (siehe vorherige Ausgaben der Pazifik aktuell), hat sich die pandemische Lage in Fidschi ab September zunehmend beruhigt und sich seit Oktober auf vergleichsweise niedrigem Niveau stabilisiert. Die John-Hopkins-Universität, welche die weltweiten Covid-19-Ansteckungen dokumentiert, gab die Zahl der Neuinfektionen in Fidschi zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (13.12.2021) in der zurückliegenden Woche noch mit 34 Fällen an – das entspricht in der in Deutschland üblichen Inzidenzerfassung pro

100.000 Einwohner*innen einen Inzidenzwert unter 4. Im zurückliegenden Monat sind demnach 180 neue Covid-19-Fälle gemeldet worden. Der Rekord an wöchentlichen Neuinfektionen lag in Fidschi Ende Juli bei mehr als 7.250, der Monatshöchstwert ebenfalls im Juli bei mehr als 25.300 Personen. Insgesamt haben sich offiziellen Zahlen zur Folge mittlerweile mehr als 52.500 Menschen mit dem Coronavirus angesteckt, etwa 700 Menschen starben im Zusammenhang mit einer Infektion. Damit hat sich etwa jede 17. Einwohnerin bzw. jeder 17. Einwohner bereits mit Corona angesteckt (im Vergleich zu etwa jeder 12. Person in Deutschland). Die Dunkelziffer dürfte allerdings deutlich höher liegen. Neben einer zunehmenden „Durchseuchung“ von Teilen der fidschianischen Bevölkerung dürfte vor allem die relativ hohe Impfquote, die auch mit einer Impfpflicht für verschiedene Berufsgruppen und Entlassungen von ungeimpften Beamtinnen und Beamten durchgesetzt worden ist, zum Rückgang der Infektionen beigetragen haben.

Die fidschianische Regierung gibt die Impfquote unter den Volljährigen mit über 90 % an. Aufgrund der relativ jungen Bevölkerung des Landes haben insgesamt zwar erst etwa 66 % der gesamten Bevölkerung zwei Impfdosen erhalten, hinzukommen aber etwa weitere 50.000 Kinder über 12 Jahre (ca. 18 %), die in den zurückliegenden Wochen ihre erste Impfdosis erhalten haben. Mitte November wurde auch der Präsenzunterricht an vielen fidschianischen Schulen wieder aufgenommen, nachdem dem Bildungsministerium zur Folge etwa 99 % aller Lehrer*innen des Landes vollständig geimpft worden seien.

Anfang Dezember wurden in Fidschi auch die ersten beiden Fälle der neuen Omikron-Variante des Coronavirus bei zwei Personen nachgewiesen, die am 25. November aus Nigeria eingereist waren. Die fidschianischen Behörden hoffen darauf, eine Verbreitung der Omikron-Variante zu unterbinden. Die beiden ersten Fälle seien in einer Quarantäneeinrichtung festgestellt worden. Unter anderem zur Eindämmung der neuen Variation

gelten in Fidschi auch weiterhin Maßnahmen wie etwa eine Maskenpflicht. Zunehmend berichtet die Polizei jedoch von massiven Verstößen gegen diese Maßnahmen, sodass nun höhere Bußgelder verhängt werden sollen. James Fong, Staatssekretär im Gesundheitsministerium und oberster Covid-19-Manager in Fidschi, stellt sich bereits auf eine dritte und vierte Welle in Fidschi ein, mit denen er ab Januar oder Februar 2022 rechnet – vor allem dann, wenn die Maßnahmen nicht wieder besser umgesetzt werden. (RNZ 19.11.2021, 25.11.2021, 27.11.2021, 2.12.2021, 7.12.2021, 8.12.2021, 10.12.2021, Wikipedia, John-Hopkins-Universität)

Fidschi öffnet seine internationalen Grenzen – auch für Tourist*innen

Fidschi hat am 11. November seine Grenzen für vollständig geimpfte fidschianische Staatsbürger*innen sowie Menschen, die eine Aufenthaltserlaubnis für Fidschi besitzen, geöffnet. Damit können diese Menschen wieder leichter in das Land einreisen. Weiterhin muss zwei Tage nach Ankunft in Fidschi zwar ein Corona-Test gemacht werden und sollen sich Einreisende bis dahin in Selbstisolation begeben, die bisherigen strengen Einreisebestimmungen für heimkehrende Staatsbürger*innen mit zweiwöchiger Quarantäne in einer Quarantäneeinrichtung entfallen jedoch. Die erleichterte Einreise gilt auch für Diplomatinen und Diplomaten. Zuvor war die Grenze formal 18 Monate geschlossen gewesen, dennoch gab es regelmäßige Rückholflüge für Fidschianer*innen und vor dem großen Corona-Ausbruch in der ersten Jahreshälfte 2021 auch Ausnahmen für einzelne Reisende, die trotz der Pandemie ins Land gelockt werden sollten.

Seit dem 1. Dezember 2021 sind die fidschianischen Grenzen nun auch für vollständig geimpfte Tourist*innen aus einer Vielzahl von Ländern wieder geöffnet. Auch sie müssen nach der Ankunft nun nicht mehr in Quarantäne. Mit dem ersten Flug der Fluggesellschaft

Fiji Airways landeten etwa 200 Reisende aus Sydney auf dem internationalen Flughafen in Nadi, insgesamt sollten etwa 800 Reisende noch am Tag der Grenzöffnung für den Tourismus in Fidschi begrüßt werden. Zu den Ländern, aus denen Menschen wieder nach Fidschi einreisen dürfen, zählen etwa Australien, Neuseeland, die USA und auch verschiedene europäische Länder. Aufgrund des starken Anstiegs an Coronainfektionen hierzulande, dürfen Urlauber*innen aus Deutschland jedoch weiterhin nicht ohne Quarantäne nach Fidschi. Außerdem wird die Einreise nach Fidschi dadurch erschwert, dass einige Staaten wie etwa Neuseeland bis zum kommenden Jahr noch relativ strikte Regeln für die Rückreise von Reisenden ins eigene Land aufrecht halten wollen.

Die Tourismusbehörde von Fidschi geht davon aus, dass die Zahl der Tourist*innen, die im Dezember und Januar nach Fidschi kommen, dennoch bereits wieder bei etwa 75.000 Menschen liegen werde. Diese Zahlen ließen sich aufgrund der bereits vorhandenen Buchungen erwarten. Die Fluggesellschaft *Fiji Airways* spricht davon, dass sie für die kommenden Monate bereits über 200.000 Flugbuchungen erhalten hat. (RNZ 11.11.2021, 1.12.2021, 13.12.2021, Social Media, Fiji Ministry of Commerce, Trade, Tourism and Transport)

Fidschi erneut als „schwache“ Demokratie eingestuft

Fidschi ist im „*Global State of Democracy Report*“ des schwedischen *Institute for Democracy and Electoral Assistance* erneut als „schwache Demokratie“ eingestuft worden. Als „schwache Demokratien“ werden in dem Bericht solche Regierungsformen eingestuft, die in mindestens einer der grundlegenden Kategorien „repräsentative Regierung“, „grundlegende Rechte“, „Kontrollmechanismen für die Regierung“, „unparteiische Verwaltung“ und „Beteiligungsmöglichkeiten“ nur schwach abschneiden. Laut dem Bericht habe sich Fidschi in keiner der Kategorien seit der

letzten Erhebung vor einem Jahr verbessert. Besonders schlecht schneidet Fidschi in den Kategorien „grundlegende Rechte“ – dazu zählen etwa Meinungsfreiheit, das Versammlungsrecht oder Gleichberechtigung in politischen Prozessen – und „Kontrollmechanismen für die Regierung“ ab, in welche auch die Unabhängigkeit von Medien und Justiz einfließt.

Fidschi ist neben Papua-Neuguinea und den Salomonen, die ebenfalls als „schwache Demokratien“ eingestuft wurden, Timor-Leste als „mittlerer Demokratie“ sowie Australien und Neuseeland, die beide als starke Demokratien gelten, der einzige pazifische Staat, der in dem Bericht untersucht wurde. (RNZ 25.11.2021, Bericht: <https://www.idea.int/our-work/what-we-do/global-state-democracy>)

Rücktritte und Entlassungen sorgen für Verunsicherung: Sorgen vor Manipulationen bei Vorbereitung der Parlamentswahl 2022

Weniger als 12 Monate vor der nächsten Parlamentswahl ist der Leiter der fidschianischen Wahlkommission, die bereits im Vorfeld der Wahl unter anderem die Aufgabe der Registrierung von Wähler*innen hat, von seinem Amt zurückgetreten. Suresh Chandra gab seinen Rücktritt am 24. November 2021 bekannt, nachdem die Anführer mehrerer Oppositionsparteien – darunter der frühere fidschianische Premierminister Mahendra Chaudhry – seine Absetzung und eine Untersuchung gefordert hatten, da er vorgetäuscht haben soll, eine gültige Zulassung als Rechtsanwalt zu besitzen. Chandra hat die Position seit 2017 inne und war im zurückliegenden Jahr für weitere drei Jahre im Amt bestätigt worden.

Bereits im Oktober hatte eine weitere Personalie für Unruhe gesorgt: Generalstaatsanwalt Sharvada Sharma war vom scheidenden fidschianischen Präsidenten Jioji Konrote seines Amtes enthoben worden, kurz nachdem oppositionelle Politiker ihn aufgefordert hatten, Ermittlungen wegen Fehlver-

haltens gegen den seit 2014 amtierenden „Wahlleiter“ („supervisor of elections“) Mohammed Shaanem einzuleiten. Mittlerweile klagt Sharma gegen seine Entlassung. Er, mehrere Oppositionsparteien und die Vereinigung der fidschianischen Richter und Rechtsanwälte glauben, die Entlassung stelle einen Verfassungsbruch dar. Außerdem fordert ein internationaler Verband für Statistik die fidschianische Regierung auf, die Entlassung des Leiters des fidschianischen Statistikbüros (in etwa vergleichbar mit dem Statistischem Bundesamt), Kemueli Naiqama, zu erklären. Aus ihrer Sicht ist die Entlassung politisch motiviert und damit ein Verstoß gegen UN-Abkommen zur Neutralität von Daten.

Einige Beobachter*innen fürchten, dass sich die demokratische Lage in Fidschi in den kommenden Monaten und mit dem beginnenden Wahlkampf weiter zuspitzen könnte. Die aktuelle Regierung steht unter anderem wegen ihres Managements der Covid-19-Pandemie in der Kritik. Schon bei der letzten Wahl im Jahr 2018 hatte sie trotz Einschränkungen der Medienfreiheit und starker Einschüchterungen politischer Gegner nur knapp ihre absolute Mehrheit im Parlament verteidigen können. Es gilt jedoch als unwahrscheinlich, dass sie eine mögliche Wahlniederlage ohne weiteres akzeptieren würde. Deshalb dürfte die Gefahr, die Wahl zu manipulieren, im kommenden Jahr besonders hoch sein.

Durchaus in die Hände spielen könnte der derzeitigen Regierungspartei *FijiFirst* jedoch, dass die größte Oppositionspartei *SODELPA* weiterhin mit internen Machtkämpfen (siehe Berichterstattung in den letzten Ausgaben der *Pazifik aktuell*) zu schaffen hat, auch wenn sich die parteiinterne Lage zuletzt etwas beruhigt hatte. So legte Ende November ein stellvertretender Vorsitzender der Partei sein Amt nieder, um einer anderen Oppositionspartei beizutreten, für welche er nun auch für das Parlament kandidieren möchte. (RNZ 14.10.2021, 15.11.2021, 30.11.2021, Pacific News Agency 25.11.2021, Fiji Times 14.11.2021, Fijian Elections Office)

VANUATU

Gesundheitsministerium gründet IPC-Koordinierungsstelle

Das Gesundheitsministerium von Vanuatu hat im August dieses Jahres eine nationale IPC-Koordinierungsstelle (Infection – Prevention - Control) eingerichtet und die Einrichtung eines nationalen „Ausschusses für Infektionsprävention und –kontrolle“ gebilligt, um die Reaktionsfähigkeit des Landes auf die aktuelle COVID-19-Pandemie und künftige Ausbrüche anderer Infektionskrankheiten zu stärken.

Das nationale IPC-Komitee besteht aus Fachleuten des Gesundheitswesens, die sich verpflichtet haben, zur Entwicklung eines nationalen IPC-Programmplans beizutragen.

Das neu eingerichtete IPC-Komitee hat sich ein Pflichtenheft gegeben, das vom Direktor des staatlichen Krankenhauses geführt wird. Darin geht es u.a. um die Fertigstellung offizieller IPC-Richtlinien sowie die offizielle Einsetzung eines IPC-Beauftragten für das Central Hospital in der Hauptstadt Port Vila und in den Provinzkrankenhäusern.

Seit Beginn der Corona-Pandemie werden auch in Vanuatu IPC-Maßnahmen angewandt, um die Infektionskette im Gesundheitswesen zu unterbrechen. Dazu gehören u. a. der Zugang zu Handhygiene-Einrichtungen, Schulungen und Aufklärung über das richtige Tragen und Entfernen von persönlicher Schutzausrüstung, Schulungen über die Husten- und Niesetikette sowie auch die Abfallentsorgung gebrauchter Schutzkleidung und Testmaterials.

Info: Die Pazifische Gemeinschaft (SPC) hat diesen Prozess im März 2020 in Zusammenarbeit mit dem Länderbüro der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Vanuatu als Reaktion auf die Bewertung der IPC-Kapazitäten für die Corona-Pandemie einberufen. Es wurde eine IPC-Bewertung durchgeführt, gefolgt von Schulungen, an denen

medizinische Fachkräfte, Hebammen und Krankenschwestern teilnahmen.

Die SPC hat IPC-Ressourcen wie Videos und Poster auf ihrer zum Download eingestellt und unterstützt die pazifischen Inselstaaten mit medizinischen Schulungen und entsprechender technischer Unterstützung. (*Pressemitteilung SPC 05.10.21*)

Provinz engagiert sich für Geschlechtergerechtigkeit

Das Ministerium für Justiz und Gemeinschaftsdienste von Vanuatu hat am 22. November 2021 den SHEFA-Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter (engl. *SHEFA Gender Equality Action Plan*) gestartet. Benannt ist der Aktionsplan nach der Provinz Shefa. Sie liegt südlich der Provinz Malampa und nördlich von Tafea und umfasst die Inseln Epi, Efate und die Shepherd Islands.

Der Plan ist ein gezieltes Instrument zur Umsetzung und Überwachung der nationalen Gleichstellungspolitik, die am 24. August dieses Jahres von der Regierung eingeführt wurde.

Der Aktionsplan wurde in Absprache mit den Akteur*innen in den verschiedenen Provinzen erstellt. Darin sollen Ziele entwickelt werden, auf die jede einzelne Provinz hinarbeiten kann, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen.

Der neuseeländische Hochkommissar Jonathan Schwass, die vanuatische Staatssekretärin Esther Jens und der Gender-Beauftragte Isaac Savua vom neuseeländischen Hochkommissariat nahmen gemeinsam mit Vertreter*innen aus dem Department of Women's Affairs und dem Ministerium für Justiz und Gemeinschaftsdienste an der Feier zur Aufnahme des Aktionsplans in der Provinz Shefa teil.

Info: Die Durchführung des SHEFA-Aktionsplans wird von der Abteilung für Frauenangelegenheiten und weiteren Partnern im Land koordiniert und von der Pazifischen Gemeinschaft sowie von UN-

Women, der neuseeländischen und australischen Regierung sowie der Europäischen Union finanziell unterstützt. (*Loop Vanuatu 29.11.21, <https://www.sista.com.vu/shefa-gender-equality-action-plan-launched/>*)

Gründe für hohe Kindersterblichkeit in Provinz Sanma

Lungenentzündung und Durchfall waren im vergangenen Jahr nach Angaben des Gesundheitsministeriums die häufigste Todesursache bei Kindern in der Provinz Sanma.

Dies erklärte Pierrick Lesines bei der kürzlich erfolgten Einführung von Impfstoffen gegen das Rotavirus (Rota), den Gebärmutterhalskrebs und gegen Pneumokokken (PVC) in der Region.

„Wir hoffen, dass die eingeführten Impfstoffe die Zahl der Todesfälle unter Kindern in der Provinz Sanma und in ganz Vanuatu reduzieren“, sagte der hochrangige Regierungsvertreter bei der Vorstellung der neuen Impfstoffe im Gesundheitsministerium.

Der Konjugatimpfstoff PCV (engl. *pneumococcal conjugate vaccine*) wird durch eine Injektion verabreicht, um Lungenentzündungen zu verhindern. Der Impfstoff kann auch andere Ohr- und Racheninfektionen bei Babys verhindern. Die Bakterien, die Pneumokokkeninfektionen verursachen, verbreiten sich durch den Kontakt von Mensch zu Mensch.

Das Rota-Virus verursacht bei Säuglingen und Kleinkindern schweren Durchfall und Erbrechen und führt zu rascher Dehydrierung, die meist einen stationären Krankenhausaufenthalt nötig macht.

Der dritte Impfstoff, der bei der Präsentation des Ministeriums vorgestellt wurde, ist der Impfstoff gegen das humane Papillomavirus (HPV). Das Virus ist für über 50 % der Gebärmutterhalskrebsfälle verantwortlich.

Info: Sanma ist eine Provinz im Nordwesten des südpazifischen

Inselstaats Vanuatu. Die Region besteht aus der Insel Espiritu Santo, mit 3.955,5 km² Landfläche die größte Insel Vanuatus, der kleineren Insel Malo sowie einigen Eilanden vor den Küsten der beiden Hauptinseln. (*Loop Vanuatu 26.11.21, Wikipedia*)

Krankenhaus begeht Weltfrühchentag

Das medizinische Personal des General Hospitals in der Hauptstadt Port Vila hat sich an Aktionen zum Weltfrühchentag beteiligt.

Der „*Internationale Tag der Frühgeborenen*“ am 17. November stand in diesem Jahr unter dem Motto: *„Zero Separation! Act now! Keep parents and babies born too soon together“*.

Die Stationschwester der Säuglingsstation im staatlichen Krankenhaus, Intensiv-Krankenschwester Angeline Namu, wies auf die Bedeutung des Körperkontakts zwischen Eltern und ihren zu früh geborenen Kindern hin. Auch wenn viele kleine Krankstationen und Krankenhäuser in Vanuatu nicht über intensivmedizinische Versorgungsmöglichkeiten für Frühchen verfügten, sollten Eltern versuchen, das Frühchen eng am Körper mit Hautkontakt zu halten.

Info: Beschlossen wurde das Datum für den „Tag der Frühgeborenen“ auf dem von der EFCNI (*European Foundation for the Care of Newborn Infants*) initiierten ersten Europäischen Elterngruppentreffen am 18. November 2008 in Rom (Italien). Dieses Datum hatte für einen der Stiftungsgründer der EFCNI eine besondere Bedeutung: Nach dem Verlust von Drillingsfrühchen im Dezember 2006 wurde er am 17. November 2008 Vater einer gesund geborenen Tochter.

Wenn ein Kind vor der abgeschlossenen 37. Schwangerschaftswoche zur Welt kommt, gilt es als Frühgeborenes. In Deutschland werden jährlich ca. 60.000 Kinder zu früh geboren.

(*Loop Vanuatu 24.11.21, Wikipedia, <http://www.efcni.org/>*)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Das dritte Referendum über die Unabhängigkeit – ohne Bedeutung?

Für unterschiedliche Unabhängigkeitsbefürworter*innen Kanaky-Neukaledoniens war das am 12. Dezember 2021 stattgefunden dritte Referendum über die politische Unabhängigkeit des Landes undemokratisch und ein Wortbruch des französischen Staates gegenüber dem Volk der Kanak. Die französische Regierung hingegen bestätigte, dass die Abstimmung legal war und ohne Zwischenfälle abgelaufen ist. Das Ergebnis war mit 96,5 % gegen die Unabhängigkeit eindeutig, jedoch lag die Wahlbeteiligung bei nur 43,87 %. Beim letzten Referendum im Jahr 2020 lag die Wahlbeteiligung noch bei 85,69 % – einer Rekordbeteiligung –, dabei hatten 53,26 % gegen die Unabhängigkeit gestimmt. Der Abstand zwischen dem „Ja“ und dem „Nein“ war im Vergleich zum ersten Referendum in 2018 zusammengeschnitten (56,67 %).

Beobachter*innen wie der Jura-Professor Mathias Chauchat von der *Université de la Nouvelle-Calédonie* und andere Forscher*innen aus Frankreich und Australien stimmten zwar zu, dass die Abstimmung rechtskonform, aber trotzdem unrechtmäßig bzw. ungerecht gewesen sei (im Französischen „légal“, aber „illégitime“). Die Kanak-Studierende Marylou Mahé schrieb in einem Beitrag für das *Radio New Zealand* am 11. Dezember: *„Ich habe den Eindruck, dass meine Kultur ignoriert wird, dass meine Kanak-Identität verleugnet wird. Wir werden um mehr als 30 Jahre zurückgeworfen, in eine Zeit, in der unsere Stimme nicht zählt. Es ist, als ob wir nicht existierten.“*

Trotz der Proteste von Kanak-Politikern und -Communities wurde das Unabhängigkeitsreferendum in Neukaledonien für Samstag, den 12. Dezember, angesetzt und daran festgehalten. Die Befürworter*innen einer Unabhängigkeit forderten, dass das Referendum

auf die Zeit nach August 2022 – d.h. nach den französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen – verschoben wird, wie vom ehemaligen französischen Premierminister Edouard Philippe einst zugesagt.

Der Termin am 12. Dezember war vor allem wegen der schwerwiegenden Auswirkungen der Covid-19-Pandemie problematisch. Bis Ende August 2021 war Neukaledonien nahezu Covid-free. Doch ein heftiger Ausbruch des Virus führte zu fast 300 Todesfällen innerhalb von nur drei Monaten, insbesondere in Kanak-Communities – bei einer Gesamtbevölkerung von nur 271.000.

Mit den Einschränkungen und Maßnahmen infolge des Covid-Ausbruchs wurden demokratische Rahmenbedingungen für eine faire und legitime Wahlkampagne extrem erschwert. Bei früheren Abstimmungen mobilisierte sich die Unabhängigkeitsbewegung mit großen Kundgebungen. Ab September waren derartige Versammlungen nicht mehr möglich. Die Menschen fürchteten auch zu Recht die Möglichkeit einer Ansteckung in den Wahllokalen. Die Pandemie war und ist zudem keine Zeit für politische Kampagnen bei den Kanak, sondern eine Zeit für die traditionellen Trauerpraktiken. Bei diesen traditionellen Zeremonien begleiten die Kanak ihre Toten zu ihrer letzten Ruhestätte.

Der „Sénat Coutumier“, das Vertretungsorgan der Kanak-Communities in Kanaky-Neukaledonien, hat eine einjährige Trauerzeit ausgerufen, um der Verstorbenen zu gedenken. Die französische Regierung jedoch hat diese kulturellen Fragen abgetan. Die Kanak werteten das Festhalten am 12. Dezember für das Referendum daher als ein Zeichen der Verachtung ihrer Kultur.

Viele Kanak-Communities haben zudem einen schlechten Zugang zum Internet. Die digitale Kluft ist real, und die Vorstellung von einem „fairen“ Online-Wahlkampf eine Illusion.

Obwohl der französische Staat sich als Schiedsrichter darstellt, ist

er historisch gesehen immer noch der Kolonisator. Die bei den bisherigen Abstimmungen 2018 und 2020 trotzdem eingehaltene „Neutralität“ hat der französische Präsident dieses Jahr selbst gebrochen. Er verkündete in einer Ansprache im August in Tahiti, dass Frankreich ohne Neukaledonien „weniger schön“ wäre. Bereits im Frühjahr gab die französische Regierung eine Studie in Auftrag, welche die Auswirkungen und Folgen einer eventuellen Unabhängigkeit beleuchten sollte. Diese Studie blieb einseitig auf mögliche negative Folgen fixiert und stellte sich als wenig „neutral“ heraus.

Die Forderungen nach einer Verschiebung des Datums wurden weltweit unterstützt. Etwa 64 Akademiker*innen aus Frankreich, Australien und anderen Ländern hatten einen offenen Brief in der französischen Tageszeitung „*Le Monde*“ veröffentlicht: Frankreich muss das Selbstbestimmungsrecht der kolonisierten Völker respektieren. Die französische Regierung jedoch hielt am Datum des 12. Dezember fest und führte Neukaledonien somit in eine politische Sackgasse. Die Frage stellt sich folglich, welche politische und moralische Legitimität ein Unabhängigkeitsreferendum ohne die Beteiligung der kolonisierten Bevölkerung hat? Der französische Staat untergrub mit Unterstützung der „Loyalisten“ den vor 30 Jahren begonnenen Entkolonialisierungsprozess und den Aufbau eines „*destin commun*“ (gemeinsame Zukunft) und einer geeinten, neukaledonischen Gesellschaft.

Nun scheint der Dialog zwischen den Unabhängigkeitsbefürwortern und -gegnern sowie dem französischen Staat (vorläufig) abgebrochen. Die Möglichkeit einer neuen Partnerschaft bzw. die Möglichkeit eines assoziierten Staates wurde aus den Augen verloren. Stattdessen wird sich Frankreich international einen abgebrochenen Entkolonialisierungsprozess vorwerfen lassen müssen. Die Unabhängigkeitsbefürworter*innen fühlen sich verraten und möchten den Dialog mit der französischen Regierung erst nach den Präsidentschaftswahlen 2022 wiederaufnehmen.

Eine „historische Gerechtigkeit“ muss warten.

(Artikel von Prof. Dr. Matthias Kowasch, Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk, Graz. Quellen: Marylou Mahé (2021), *Opinion: The New Caledonian Independence Referendum is Undemocratic*. Radio NZ 11.12.2021. https://www.rmz.co.nz/international/pacific-news/457720/opinion-the-new-caledonian-independence-referendum-is-undemocratic?fbclid=IwAR1VvZKOWAUjyqXHWvNMGM13ETQGL_bdgT-c3_b5MpSIYNQi2350cqiv1wQ (letzter Zugriff 13.12.2021)
 CALEDONIA: *Édition Spécial Référendum 2021*. <https://www.youtube.com/watch?v=nNF-ntTofCg>
 Batterbury, S.P.J., & Kowasch, M. (2021). *New Caledonia referendum: A flashpoint for decolonization*, University of Melbourne, Pursuit. <https://pursuit.unimelb.edu.au/articles/new-caledonia-referendum-a-flashpoint-for-decolonisation> (letzter Zugriff 13.12.2021)

MIKRONESIEN

Erste Frau im Kongress

FSM: Bei Neuwahlen für den Sitz der Insel Chuuk im Kongress der Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) am 12. November konnte sich erstmals seit der Unabhängigkeit 1979 eine Frau durchsetzen. Die Wahl für einen Vertreter des Wahlbezirks Chuuk war nötig geworden, weil der amtierende Kongressabgeordnete Derensio Konman plötzlich verstorben war. Um seine Nachfolge hatte sich neben zwei männlichen Kandidaten auch Frau Dr. Perpetua Sappa Konman, die Witwe des Verstorbenen, beworben. Als erste Frau überhaupt wurde sie mit großer Mehrheit in den Kongress der Föderierten Staaten gewählt.

Dr. Konman ist ehemalige Stipendiatin Australiens. Sie studierte Medizin an der *School of Medicine* in Fidschi.

(<https://www.facebook.com/AustralianEmbassyPNI/>, *Marshall Islands Journal* 26.11.21)

Studie zu hitzebeständigen Korallen wird fortgesetzt

Palau: Korallen mit der Eigenschaft, auch wärmeres Klima gut zu überstehen, könnten die Lösung

für eine Revitalisierung von gefährdeten Korallenriffen sein. Denn seitdem weltweit die Wassertemperaturen in den Ozeanen aufgrund des Klimawandels steigen, ist dieser Lebensraum zunehmend für tausende von Meereslebewesen bedroht.

Bereits seit drei Jahren stehen hitzebeständige Korallen daher im Mittelpunkt einer Studie auf Palau. Vor einem Monat hat ein Forscherteam der *Stanford Universität*, angeleitet von Professor Stephen Palumbi, gemeinsam mit Forscher*innen des *Palau International Coral Reef Center* (PICRC) die finale Phase des Projekts eingeleitet. Bei diesem jüngsten Besuch wurde vor allem die Hitzebeständigkeit der Korallen untersucht. Auch in den kommenden Monaten wird es noch weitere solcher Experimente geben, die in eine detaillierte Datenauswertung miteinfließen. Anhand der Auswertung der Feldforschung sollen neue Empfehlungen für den Schutz von Korallenriffen entwickelt werden.

Die Menschen auf Palau sind wie viele andere Insel- und Küstenbewohner*innen weltweit auf Fische und maritime Lebewesen angewiesen, die besonders die Korallenriffe als Lebensraum nutzen. Dieses empfindliche Ökosystem ist ein wesentlicher Bestandteil der Subsistenzfischerei, aber auch der Tourismusindustrie, von der Palau stark abhängig ist.

Das Forscherteam fand heraus, dass hitzebeständige Korallen auf den 39 untersuchten Riffen weit verbreitet sind. Auf einigen Riffen in Aimeliik war die Konzentration dieser Korallenart besonders hoch. Auf den nördlichen Riffen hingegen zeigten sich die Korallen deutlich hitzeempfindlicher. Insgesamt untersuchten die Forschenden hunderte von Korallen auf den Riffen rund um Palau und setzten die Organismen im Labor hohen Wassertemperaturen aus, um so die Erwärmung der Ozeane zu simulieren. Einige Korallenproben, die diese hohen Temperaturen überlebten, zeigten, dass sie besser an ein Leben in sich erwärmenden Weltmeeren angepasst sind. Hitzebeständige Arten könnten somit

in Zukunft eine wichtige Rolle für die Regenerierung angeschlagener Korallenriffe spielen.

(Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle. https://www.postguam.com/news/local/study-of-heat-tolerant-corals-in-palau-continues/article_d7dcc404-4950-11ec-8b5b-a73ecb41d2eb.html)

90-Tage-Challenge von der COP26 bis zur OOC-Konferenz

Palau: Gemeinsam mit dem Umweltbeauftragten des amerikanischen Außenministeriums John Kerry hat Palau bei der COP26-Konferenz einen Aufruf gestartet – eine 90-Tage-Challenge – für die bis zur 7. *Our Ocean-Konferenz* (OOC) Mitte Februar 2022 weitere Meeresschutzprojekte initiiert werden sollen. Das Thema der Konferenz lautet *Our Ocean, Our People, Our Prosperity*, es geht also um den Ozean als Lebensgrundlage von Millionen von Menschen weltweit. Bisher wurden bereits etwa 1.400 individuelle Zusagen einzelner Ländern, zivilgesellschaftlicher Organisation und der Industrie verabschiedet, den Ozean durch konkrete Aktionen zu schützen. Die bereitgestellten Gelder für diese Aktionen umfassen mittlerweile einen Wert von fast 100 Milliarden Dollar. Allerdings sind Zusagen auch nur so viel wert, wie schlussendlich umgesetzt werden, weshalb die Konferenz sehr großen Wert darauflegt, den Fortschritt und die Vollendung von Projekten im Auge zu behalten und zu überprüfen.

Die 90-Tage-Challenge möchte auf diesen Fortschritten und Maßnahmen aufbauen und auch auf Initiativen der COP26-Konferenz, die sich mit vielen OOC-Schwerpunkten überschneiden: Meeresschutzgebiete ausweiten, nachhaltige „blaue“ Wirtschaftssysteme aufbauen, den Klimawandel bekämpfen, nachhaltigen Fischfang stärken, Meeresverschmutzung eindämmen und für maritime Sicherheit sorgen. Der Präsident von Palau, Surangel Whipps Jr., äußerte sich zu dem Aufruf bei der COP26-Konferenz wie folgt:

„Unser Leben ist unzertrennlich mit dem Ozean verbunden. Das Meer reguliert das Klima, unser Wetter, es produziert die Hälfte des benötigten Sauerstoffs und es bietet Milliarden von Menschen ausreichend Nahrung und einen Lebensunterhalt. Das Meer hat großen Einfluss auf unsere gesamte Existenz, vor allem für uns auf Palau und für alle anderen großen Ozeanationen. Für uns ist das Meer der Mittelpunkt unserer Kultur und unseres Lebens.“

Die OOC-Konferenz wurde mit Absicht auf den 17. Februar gelegt, denn durch den Vollmond steigt die Flut in diesen Tagen besonders hoch. Als Austragungsort für die OOC-Konferenz bekommt die Welt daher unmittelbar mit, welche Gefahr der steigende Meeresspiegel für die Inselrepublik Palau birgt. Dabei gehen Palaus eigene Meeresschutzmaßnahmen bereits tausende Jahre zurück. Im Rahmen verschiedener kultureller Bräuche werden bestimmte Meereszonen von den Stammesvorsitzenden der traditionellen Gemeinschaften abgegrenzt, damit sich der Ozean an diesen Stellen erholen und regenerieren kann.

Auch der US-Umweltbeauftragte John Kerry wies auf die Gefährdung der Ozeane hin. Über die Hälfte des Sauerstoffs, den wir zum Atmen benötigen, komme aus den Meeren und gleichzeitig werde die chemische Zusammensetzung des Ozeans aktuell schneller und drastischer durch den Menschen verändert, als je zuvor. „Wir zerstören ganze Ökosysteme und behandeln das Meer nicht als das, was es ist, nämlich unsere essenzielle Lebensgrundlage und essenziell für die Bekämpfung des Klimawandels.“ (Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle. <https://www.mz.co.nz/international/pacific-news/455340/palau-and-us-climate-envoy-lay-a-90-day-challenge-at-cop26>)

Einführung der digitalen Staatsbürgerschaft nach estnischem Modell

Palau: Laut Präsident Surangel Whipps Jr. soll auf Palau demnächst ein neues Verfahren zur di-

gitalen Einbürgerung von Ausländer*innen eingeführt werden. Ziel des neuen Systems ist es, den Standort Palau für Unternehmenstransaktionen attraktiver zu machen. Aktuell entscheidet das Parlament noch über den neuen Gesetzesvorschlag, für den das estnische Modell als Vorbild dient. Estland ermöglicht Unternehmer*innen aus dem Ausland bereits seit 2014 eine digitale Aufenthaltsgenehmigung, um so eine EU-ansässige Firma gründen zu können. Die Unternehmen können dann komplett digital und von jedem beliebigen Ort aus geleitet werden. Wenn das Parlament dem Gesetzesvorschlag zustimmt, können ausländische Unternehmer*innen auch auf Palau eine digitale Aufenthaltsgenehmigung erwerben.

Das Gesetz beschränkt sich allerdings nur auf den digitalen Bereich. Physische Aufenthaltsgenehmigungen werden von dem Gesetz nicht abgedeckt.

Aktuell verfügt Palau noch nicht über die Kapazitäten, eine derart technologisch komplexe Plattform aufzusetzen, die für das neue System nötig wäre. Das Gesetzesvorhaben dient laut Präsident Whipps Jr. deshalb zunächst nur dazu, Maßnahmen für öffentlich-private Kooperationen in die Wege zu leiten. Er betonte außerdem, dass gleichzeitig alle Protokolle bezüglich der Bekämpfung von Geldwäschegesellschaften eingehalten werden sollen.

Die digitale Staatsbürgerschaft soll Palau hauptsächlich dazu verhelfen, seine Wirtschaft zu diversifizieren.

(Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle. <https://www.aa.com.tr/en/asia-pacific/palau-aims-to-replicate-estonia-s-digital-citizenship-system/2415807>)

Einführung eines LGBTQ+-Stipendienprogramms

Guam: Das *Community College Guam* (GCC) führt ein neues LGBTQ+-Stipendienprogramm ein. Das Programm ist das Ergebnis eines Symposiums zu Engagement und Stärkung der Rechte von Minderheiten im vergangenen

Jahr.

Bei der jährlichen Veranstaltung diskutieren Akteure und Interessierte aus Guam, Mikronesien und den Marshall-Inseln gesellschaftliche Herausforderungen und die Situation marginalisierter Gruppen. Eine zentrale Frage bei der letzten Veranstaltung drehte sich darum, wie das GCC die LGBTQ+-Community unterstützen kann. Der Vorschlag, der schlussendlich angenommen wurde und sich jetzt in der Umsetzung befindet, ist das Förderprogramm für LGBTQ+-Studierende. Das Stipendium umfasst einen finanziellen Rahmen von 4.000 Dollar und wurde kürzlich von der dafür zuständigen Stiftung genehmigt, womit es das erste Stipendienprogramm ist, das aktiv Studierende der LGBTQ+-Community unterstützt.

Das GCC hofft, das Programm noch im Frühling 2022 einführen zu können. Bereits eingeschriebene, sowie zukünftige Studierende können sich dann für das Stipendium bewerben.

(Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.

<https://www.kuam.com/story/45310240/gcc-developing-scholarship-for-lgbtq-community>)

Studiengang Nachhaltige Entwicklung

Guam: Ein neues Programm der *Guam Green Growth Initiative* (G3) bildet junge Menschen dazu aus, nachhaltige Entwicklung in ihrem Arbeitsumfeld zu unterstützen und zu fördern. Im November hat der erste Studierendenjahrgang die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen.

Die G3-Initiative wird von der Universität Guam und dem Gouverneursbüro getragen. Die 12 Absolvent*innen haben in den vergangenen fünf Monaten eine praktische Ausbildung in den unterschiedlichsten Bereichen der Nachhaltigkeit erhalten: Landwirtschaft, Aquakultur, Inselverschönerung, Bekämpfung von invasiven Arten, Aufforstung, Kreiswirtschaft, Recycling und erneuerbare Energien. Ziel des Programmes ist es, dass die Absolvent*innen sich nun in Firmen, Organisationen und Einrichtungen dafür einsetzen, Guams Wirtschaft „grüner“ und nachhaltiger zu machen.

ger zu gestalten. Letztendlich soll eine Veränderung hin zu mehr Nachhaltigkeit aber in allen Sektoren und Lebensbereichen der Insel stattfinden.

Info: Die *Guam Green Growth Initiative* ist die umfassendste Kooperation öffentlicher und privater Akteure für die langfristige Entwicklung Guams. In Anlehnung an die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN fördert die Initiative Aktionen für eine nachhaltigere und gerechtere Zukunft auf der Insel. Mitgestaltet wird G3 außerdem von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus 99 Vertreter*innen aus allen Gesellschaftsbereichen.

(Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.

<https://www.pncguam.com/guam-green-growth-recognizes-first-cohort-of-conservation-corps-graduates/>)

Begräbnisritual auf Marinestützpunkt

Guam: Ende November fand auf dem Marinestützpunkt Camp Blaz und der früheren Sabanan Fadang Grabstätte eine traditionelle Begräbniszeremonie statt. Anlass waren Ausgrabungsfunde während der Bauarbeiten für die Errichtung eines Denkmals. Auf dem Truppenstützpunkt wurden bereits sieben Gräber entdeckt und es wird von weiteren ausgegangen.

Das geplante Denkmal soll an das reiche kulturelle Erbe von Guam erinnern und wird von der Gouverneursregierung sowie dem Marinestützpunkt Camp Blaz finanziell gefördert. Aktuell wird außerdem der Bau einer neuen Grabstätte geplant, wohin die Gräber umgesiedelt werden sollen. Der Gouverneursregierung unter Lou Leon Guerrero ist es wichtig, dass auch die militärischen Partner Guams die Traditionen und Rituale der einheimischen Bevölkerung respektieren. Die Zeremonie symbolisiert eine traditionelle Pflicht der CHamoru-Stämme ihren Ahnen gegenüber und ist ein Ausdruck der kulturellen Verehrung der Vorfahren.

Das Ritual begann mit traditionellem Gesang, gefolgt von einer Prozession um die mit Kalksteinen

und Farnen gesäumte Grabstätte herum. Die Teilnehmenden honorierten die sterblichen Überreste, indem sie eine Handvoll Erde von der ursprünglichen Grabstätte auf die neuen Gräber warfen. Die Gemeinde stellte dadurch sicher, dass die Ruhe der Toten nicht weiter gestört wird.

An der Zeremonie nahmen außerdem Vertreter*innen verschiedener kultureller Stiftungen sowie Historiker*innen und Archäolog*innen teil. Die Verantwortlichen des Marinestützpunktes möchten auch in Zukunft eng mit den Behörden und der lokalen Bevölkerung zusammenarbeiten, um das kulturelle Erbe Guams für künftige Generationen zu bewahren.

(Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.

<https://www.pncguam.com/cultural-ritual-honors-ancestral-burials-at-sabanan-fadang-area-of-camp-blaz/>)

Seebehörde genehmigt Hafenausbau

Guam: Trotz des Anstiegs von Corona-Fällen, konnte der Hafenbetrieb auf Guam bisher vollständig aufrechterhalten werden und damit auch die Versorgung der Insel, die hauptsächlich über den Seeweg erfolgt.

Ende November wurden von der US-Regierung Renovierungs- und Ausbaurbeiten in Höhe von 17 Millionen Dollar für Guam genehmigt. Der Hafen von Guam wird damit im Rahmen des „*Rebuilding America Infrastructure with Sustainability and Equity Grant*“ modernisiert. Vor allem die Kaianlagen müssen regelmäßig in Stand gesetzt werden, da sie für den reibungslosen Hafenbetrieb und die Versorgung Guams essenziell sind. Die Gelder garantieren den Erhalt der Hafeninfrastruktur und ermöglichen der Insel auch weiterhin den Import von 90 % seiner Güter und Waren über den Seeweg. (Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.

<https://www.kuam.com/story/45255270/maritime-administration-approves-port-for-federal-grant>)

Build Back Better – Investitionen für Guam

Guam: Wenn das neue Infrastruktur-Paket der US-Regierung bald in Kraft tritt, kann auch Guam mit Investitionen im Rahmen von etwa eine Milliarde Dollar rechnen. Der Gesetzesvorschlag der Biden-Regierung sieht vor, ca. 1,75 Billion Dollar in Infrastrukturprojekte, den Kampf gegen den Klimawandel und in den Ausbau des Sozialstaats zu investieren. Laut Delegiertem Michael San Nicolas, dem einzigen gewählten Vertreter Guams im US-Kongress, könnte der Senat bereits im Dezember über den Gesetzesvorschlag abstimmen. Es sei aber sehr unwahrscheinlich, dass der Senat den Provisionen, die Guam betreffen, nicht zustimmen wird, hieß es aus einschlägigen Kreisen.

Guam wird voraussichtlich in den folgenden Bereichen von den Investitionen profitieren: Kritische Infrastruktur, wie der Bau eines neuen Krankenhauses, soziale Wohnungsbauprogramme, Gemeindeentwicklung, technische Unterstützung für Klimaschutzprojekte, eine Verlängerung des Grundabsicherungsprogramms und vieles mehr.

Angesichts der Corona-Krise hat vor allem der Bau des Krankenhauses oberste Priorität. Zugang zu Bildung ist ein weiterer Schwerpunkt des so genannten „*Build Back Better*“-Programms in Guam, wofür Betreuungseinrichtungen und Schulen finanziell unterstützt werden sollen, sodass Familien bei der Bezahlung des Schulgeldes entlastet werden können.

(Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.

https://www.postguam.com/news/local/more-than-1b-for-guam-from-build-back-better-act/article_73503f28-49ca-11ec-8352-f377d47b1df6.html)

Flüchtlingslager bleibt in Betrieb

Nauru: Nachdem Australien im September 2021 mit Nauru das Abkommen über das Flüchtlingslager auf der Insel auf unbestimmte Zeit verlängert hat, sind kürzlich weitere Details zu den Vereinba-

rungen und den anfallenden Kosten bekannt geworden.

Schutzsuchende, die auf illegalem Weg nach Australien einreisen, wurden in der Vergangenheit automatisch in das Lager auf Nauru abgeschoben und dort festgehalten, bis ihr Schutzstatus geklärt war.

Momentan befinden sich immer noch etwa 108 Menschen in dem Lager, obwohl seit 2014 keine Asylbewerber*innen mehr nach Nauru deportiert worden sind. Die meisten von ihnen werden also bereits seit acht Jahren festgehalten, teilweise unter katastrophalen Bedingungen, die von der UN und dem Internationalen Strafgerichtshof als folterähnlich beschrieben wurden. Berichten zufolge kommt es regelmäßig zu Gewalt und sexuellen Übergriffen. Mindestens 12 Menschen sind in dem Lager bereits umgekommen, unter anderem durch Folterung von Wachpersonal, durch medizinische Vernachlässigung sowie durch Suizid. Angesichts dieser unmenschlichen Zustände zeigten sich viele Menschenrechtsaktivist*innen bestürzt über die Entscheidung der australischen Regierung, das Flüchtlingslager auf unbestimmte Zeit weiter betreiben zu wollen.

Bei einem Großteil der Menschen auf Nauru wurde der Schutzstatus und ein Anrecht auf Asyl bereits anerkannt. Australien ist deshalb eigentlich gesetzlich dazu verpflichtet, diese Menschen als Geflüchtete aufzunehmen. Nur wenige der Menschen in den Lagern warten noch auf eine Entscheidung zu ihrem Schutzstatus oder haben keinen Anspruch auf Asyl.

Zusätzlich wurde kürzlich bekannt, dass die Kosten pro Asylbewerber*in in den letzten fünf Jahren um das zehnfache auf 4,3 Millionen Dollar im Jahr angestiegen sind. Die Regierung hüllt sich zu den Vorwürfen bisher in Schweigen und hat sich noch nicht zu den Ursachen für die Kostenexplosion geäußert. Auch dem Senat gegenüber hat sich die Regierung geweigert, die Verwendung der jährlichen 400 Millionen Dollar offenzulegen. Die Kosten verteilen sich hauptsächlich auf drei Bereiche: An die Gebäudemanagementfirma

Canstruct International, den Gesundheitsdienstleister *IHMS* und die Regierung von Nauru. Wenn diese Kosten von den jährlichen Gesamtausgaben abgezogen werden, ergibt sich allerdings für die letzten fünf Jahre ein gewaltiges Defizit: Die Verwendung von 398,8 Millionen Dollar bleibt ungeklärt.

Die Opposition zeigte sich außerdem von dem Vergabeverfahren der Bauaufträge entsetzt. Zum Vergabezeitpunkt betrug das Vermögen von *Canstruct International* gerade einmal acht Dollar und die Firma war noch nicht in den Handel eingestiegen, als sie den Auftrag im Wert von 1,6 Milliarden Dollar übernommen hat. Die standardmäßige Due-Diligence-Prüfung wurde zudem nicht an *Canstruct International*, sondern an einem anderen Unternehmen durchgeführt. Die Verträge werden deshalb aktuell vom Senat überprüft. (Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.
<https://www.theguardian.com/australia-news/2021/nov/07/cost-of-australia-holding-each-refugee-on-nauru-balloons-to-43m-a-year>
<https://www.theguardian.com/australia-news/2021/nov/26/brisbane-company-worth-just-8-when-awarded-385m-nauru-offshore-processing-contract>
<https://www.theguardian.com/australia-news/2021/sep/24/australia-signs-deal-with-nauru-to-keep-asylum-seeker-detention-centre-open-indefinitely>)

MARSHALL-INSELN

Starker Bevölkerungsrückgang

Nach der ersten vorläufigen Auswertung der diesjährigen Volkszählung auf den Marshall-Inseln ist die Bevölkerung in den letzten zehn Jahren um 26 % geschrumpft. Bei der Volkszählung im Jahr 2011 konnten noch 53.158 Menschen verzeichnet werden, in diesem Jahr wurden nur 39.262 Menschen gezählt.

Ein Grund für den Bevölkerungsrückgang ist laut Frederik deBrum, Direktor des „Economic Policy, Planning and Statistics Office“, die hohe Migrationsrate.

Außerdem nahm die Zahl der Einwohner*innen auf den Außeninseln stark ab. Auch das bisher starke Bevölkerungswachstum auf den

dicht besiedelten Atollen Majuro und Ebeye kam zu einem Stillstand. Auf Enewetak sank die Bevölkerung von 664 auf 292 (- 56 Prozent).

Der größte Rückgang konnte auf dem Lae Atoll festgestellt werden. Lebten dort im Jahr 2011 noch 348 Menschen, sind es heutzutage nur noch 55.

Bis zum ersten Quartal 2022 sollen die endgültigen Zahlen feststehen, erklärte deBrum. Noch fehlt die Auswertung einiger Haushalte auf den Außeninseln, doch dürften sich die Zahlen nicht mehr drastisch ändern.

Info: Die erste Volkszählung führten die US-Amerikaner 1958 durch. Damals lebten 13.928 Menschen auf den Inseln. Bis dato war die Bevölkerung jährlich angestiegen. Erstmals seit dem letzten Zensus 2011 konnte nun ein Rückgang aufgrund der Auswanderung in die USA oder andere Staaten beobachtet werden. (*Marshall Islands Journal* 12.11.21)

Generalstaatsanwalt verabschiedet

Nach zwei Jahren Amtszeit ist Generalstaatsanwalt Richard Hickson verabschiedet worden. Der Australier wurde im Beisein hochrangiger Politiker*innen und Geschäftsleute Anfang Dezember mit einem festlichen Abendessen im Hotel Marshall Island Resort in Majuro von seinem Amt entbunden. Zu dem Abendessen und dem anschließenden Fest im Hotel hatte Justizminister Kessai Note geladen. An der Feier nahm auch der australische Botschafter für die Marshall-Inseln, Brek Batley, teil. (*Marshall Islands Journal* 03.12.21)

Einreise nur für Geimpfte

Ab dem 1. Januar 2022 dürfen nur Menschen auf die Marshall-Inseln reisen, die mindestens zweimal geimpft sind. Das erklärte Regierungssprecher Kino Kabua. Die Impfpflicht bezieht sich dabei auf alle Personen ab fünf Jahren.

Bis Januar ist noch eine 14-tägige Quarantäne vor der Einreise verpflichtend. Dazu hat die Regierung in Honolulu (Hawai'i) eigene Quarantäneeinrichtungen geschaffen. Die Quarantäne ist vor allem für Familien mit Kindern unter 11 Jahren gedacht, da einige Staaten (darunter auch Deutschland) Kinder ab 5 Jahren erst nach dem 13. Dezember impfen werden. Für vollständig Geimpfte entfällt ab Januar die Quarantäne vor Einreise. (*Marshall Islands Journal* 26.11.21)

Heine in Uni-Ämter gewählt

Die ehemalige Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine, ist kürzlich zur Pro-Kanzlerin der *University of the South Pacific* gewählt worden. In diesem Amt, das sie zum 1. Januar 2022 antreten wird, ist sie für die Verwaltung der Universität und ihrer Angestellten zuständig. Außerdem wurde Heine zur Ratsvorsitzenden der Universität gewählt. Zudem ist sie seit Mai 2021 Mitglied im 18-köpfigen Aufsichtsrat des *East-West Center* in Honolulu (Hawai'i).

Info: Hilda Cathy Heine (geb. 06. April 1951 auf dem Atoll Jaluit) studierte an der *University of Oregon*, an der *University of Hawai'i* in Mānoa (Honolulu) und an der *University of Southern California*. Sie promovierte in Erziehungswissenschaften und war zu dieser Zeit die erste promovierte Frau auf den Marshall-Inseln. Von 1975 bis 1982 arbeitete sie als Lehrerin an der *Marshall Islands High School*. 1987 gründete sie die Frauenrechtsorganisation *Women United Together Marshall Islands* (WUTMI) gemeinsam mit anderen Frauen. Sie war auch Bildungsministerin. Als Nachfolgerin von Casten Nemra war Heine ab dem 28. Januar 2016 die erste weibliche Präsidentin der Marshallinseln. Am 6. Januar 2020 wurde David Kabua zu ihrem Nachfolger im Präsidentenamt gewählt.

Derzeit ist Heine als Vertreterin des Aur Atolls im Parlament der Marshall-Inseln. Sie ist verheiratet mit Thomas Kijiner und hat vier Kinder. (*Marshall Islands Journal* 19.11.,

26.11.21, <https://www.eastwestcenter.org/news-center/news-releases/former-marshall-islands-president-hilda-heine-joins-ewc-board>)

Anschubfinanzierung für Frauen

Estella Mattheu und Chessika Jim sind die beiden ersten Empfängerinnen einer Anschubfinanzierung zum Aufbau touristischer Einrichtungen auf den Atollen Majuro und Arno. Beide Frauen waren erfolgreich bei der Antragstellung bei dem neuen „*Ao Kapjuknen Women-Led Domestic Tourism Pilot Program*“. Die Frauen durchliefen ein Assessment-Center, bei dem sie ihre Start-up-Projekte zur Belebung des Tourismus auf den Atollen vorstellen mussten und qualifizierten sich dadurch für die Teilnahme an einem Programm, das gemeinsam vom marshallesischen *Office of Commerce Investment and Tourism* und der *International Organization for Migration* (IOM) angeboten wird.

Zusätzlich zu den Geldern erhalten die Frauen Unterricht in Betriebswirtschaft sowie dem Gast- und Hotelgewerbe, um ihre Ideen zur Beherbergung von Tourist*innen auf den Atollen im Jahr 2022 erfolgreich implementieren zu können. (*Marshall Islands Journal* 22.10.21)

KIRIBATI

Für Engagement gegen Klimawandel ausgezeichnet

Frau Pelenise Alofa aus Kiribati wurde Anfang Oktober vom Büro des britischen Premierministers mit dem „*Commonwealth Points of Light Award*“ für ihre Arbeit zur Unterstützung von Gemeinden bei der Bewältigung des Klimawandels und zur Sensibilisierung für dieses Thema auf internationaler Ebene ausgezeichnet.

Die Siebenten-Tags-Adventistin Alofa stammt ursprünglich aus Fid-schi und besuchte dort die *Vatuvonu Adventist High School* und das *Fulton College*. Sie studierte anschließend an der *Pacific Adventist University* (PAU) in Papua-

Neuguinea und an der *Avondale University* in Australien. Sie unterrichtete auch an der PAU und arbeitete an der *University of the South Pacific*.

Seit mehr als 13 Jahren leitet Alofa als freiwillige Koordinatorin das *Kiribati Climate Action Network*. Das Netzwerk unterstützt die Gemeinden bei der Entwicklung und dem Bau von Süßwassertanks und Unterkünften und bietet Bildungsmaßnahmen an, um die Menschen besser auf eine mögliche Abwanderung aufgrund des steigenden Meeresspiegels vorzubereiten.

Info: Mit dem britischen *Points of Light Award* werden herausragende Ehrenamtliche ausgezeichnet - Menschen, die in ihren Gemeinden etwas verändern. Der britische Hochkommissar in Kiribati, George Edgar, beglückwünschte Alofa zu ihrer Auszeichnung, mit der er „ihre Arbeit zur Sensibilisierung für die existenzielle Bedrohung, die der Klimawandel für ihr Land darstellt“ würdigte.

(<https://adventist.news/news/adventists-recognized-for-environmental-achievements>)

Aufnahme von Klima-Flüchtlingen gefordert

Anoto Tong, der ehemalige Präsident von Kiribati, berichtete gemeinsam mit der Doktorandin Akka Rimon über die existenzielle Gefahr des Klimawandels für die Bevölkerung von Kiribati und appellierte eindringlich an die globale Gemeinschaft.

Kiribati liegt nur knapp zwei Meter über dem Meeresspiegel und das Meer rückt immer näher. Trotz zahlreicher Klimagipfel wie zum Beispiel der COP26-Konferenz im November, können die Auswirkungen des Klimawandels nicht für alle Menschen komplett verhindert werden. Die vereinbarten gemeinsamen Anstrengungen wie der schrittweise Kohleausstieg sind ermutigend, werden aber für Länder wie Kiribati zu spät kommen, sagte Tong.

Das Problem liegt vor allem in der Geschwindigkeit. Kleine Inselstaa-

ten verschwinden schneller als aktuelle Anstrengungen voranschreiten, wodurch die Existenzen der Inselbevölkerung massiv bedroht sind. Folglich müssen sich ganze Staaten Gedanken über eine potenzielle Umsiedlung machen. Für die Menschen ist es sehr schwer, ihre Heimat zu verlassen, aber meist bleibt ihnen keine andere Wahl.

Für Menschen, deren Heimat nicht mehr bewohnbar ist, bedarf es daher eines funktionierenden Systems, durch das sie in andere Länder ohne größere Probleme auswandern können. Eine wichtige Rolle für Pazifikstaaten in der Umsiedlungsfrage spielt Australien. Die zugrundeliegende Überlegung ist simpel: Australien braucht zunehmend Arbeitskräfte und gleichzeitig brauchen Bewohner*innen der Pazifikstaaten ein neues Zuhause. Allerdings ist fragwürdig, wie ernsthaft sich Australien in der Pflicht sieht, diesen Menschen zu helfen. Das Land ist nach wie vor größter Flüssiggasexporteur und zweitgrößter Kohleexporteur. Damit trägt Australien unmittelbar zu der wachsenden Gefahr für seine Nachbarn im Pazifik bei. Es besteht Anlass zur Sorge, dass sich Australien außerdem nicht an die im Abschlussvertrag von Glasgow getroffenen Vereinbarungen halten wird, da sich die aktuelle Regierung nach wie vor weigert, den Kohleausstieg in die Wege zu leiten. Wenn Australien also durch die Verbrennung von Kohle und Gas unmittelbar zur Bedrohung der Pazifikinseln beiträgt, sollte sich aus Sicht von Tonga und Rionon die Regierung in Canberra daher zumindest bereit erklären, die Bewohner*innen der Pazifikstaaten aufzunehmen und ihnen eine Zukunft zu bieten. *(Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle. <https://theconversation.com/the-seas-are-coming-for-us-in-kiribati-will-australia-rehome-us-172137>)*

Kommerzieller Fischfang im Meeresschutzgebiet?

Die Regierung von Kiribati hat angekündigt, eines der weltweit größten Meeresschutzgebiete rund um die Phönix-Inseln (PIPA) für den

kommerziellen Fischfang freizugeben. Grund dafür sei der immense ökonomische Nutzen für die Bevölkerung.

Das betroffene Schutzgebiet umfasst eine Fläche, die in etwa der Größe Kaliforniens entspricht und steht bereits seit 2006 unter besonderem Schutz. Laut Regierung soll dieser Schutz nun aufgehoben werden, da der damit verbundene Fischfang für die Wirtschaft des Landes sehr wichtig sei und der Wegfall in den vergangenen Jahren eine hohe ökonomische Belastung für die Lokalbevölkerung bedeutet hatte. Die Wirtschaft von Kiribati ist zu 70% vom Fischfang abhängig und laut Regierungsvertreter*innen auf die zusätzlichen Fischereizonen angewiesen.

Allerdings hat das Parlament bisher noch nicht über den Gesetzesvorschlag abgestimmt. Eine Entscheidung ist frühestens im nächsten Jahr zu erwarten. Expert*innen und Umweltschützer*innen hoffen deshalb, dass das Schutzgebiet weiterhin erhalten bleibt und Kiribati sich auch in Zukunft als Vorreiter für den Umweltschutz einsetzt.

(Artikel von Clara Groth, Praktikantin der in der Pazifik-Infostelle. <https://www.theguardian.com/world/2021/nov/16/kiribati-to-open-one-of-worlds-largest-marine-protected-areas-to-commercial-fishing>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Erster Corona-Fall

Wallis und Futuna: Das französische Überseegebiet Wallis und Futuna hat seinen ersten Fall von Covid-19 unter den Passagieren des ersten Fluges aus Neukaledonien seit der Wiedereröffnung seiner Grenze Anfang November registriert.

75 Reisende kamen in Wallis an, nachdem sie sieben Tage vor der Abreise in Quarantäne in Nouméa

(Neukaledonien) verbracht und bei Abflug am Flughafen negative Tests abgegeben hatten.

Nach ihrer Ankunft mussten sich die Reisenden drei Tage lang in häusliche Isolation begeben. Danach wurde ein weiterer Test durchgeführt, bei dem festgestellt wurde, dass ein Bewohner von Futuna Covid-19 hatte.

Nach Angaben des öffentlichen Rundfunks wurde die Person in ein Krankenhaus verlegt.

Info: Wallis und Futuna ist ein französisches Überseegebiet im südlichen Pazifik, das aus zwei zwischen Fidschi und Samoa gelegenen Inselgruppen besteht. Die Hauptstadt ist Mata-Utu auf Uvea. Das Gebiet besteht aus den drei seit 1961 anerkannten Königreichen Uvea, Sigave und Alo. Auf den Inseln leben rund 15.000 Menschen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat es bisher abgelehnt, sich impfen zu lassen. Bereits im Juni mussten deshalb einige der Impfdosen zurückgegeben werden. *(Radio NZ Intern. 23.11.21, Wikipedia)*

Keine Frau im Parlament

Tonga: Am 18. November fanden in Tonga Parlamentswahlen statt. Von den 26 Sitzen im Parlament (Fale Alea 'o Tonga) wurden 17 als Vertreter des Volkes gewählt. Neun Abgeordnete kommen traditionell aus dem Kreis der Adelligen.

Das bisherige Parlament war am 16. September aufgelöst worden. 75 Kandidaten, darunter 12 Frauen, meldeten sich für die Wahl an. Ein Kandidat, Sione Fonua, zog sich später zurück, während ein zweiter starb, so dass insgesamt 73 Kandidaten übrigblieben.

Die Wähler*innen wählten ein rein männliches Parlament mit neun neuen Volksvertretern. Die beiden Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Friendly Islands (PTOA), Semisi Sika und Siasoi Pōhiva, verloren ihre Sitze, ebenso wie andere führende PTOA-Abgeordnete. Während die PTOA in den meisten Wahlkreisen Mehrheiten errang, verlor sie durch die Aufteilung der

Stimmen zwischen den rivalisierenden Fraktionen Sitze an unabhängige Kandidaten. Nur drei PTOA-Kandidaten wurden gewählt: Semisi Fakahau, Veivosa Taka und Saia Piukala.

Die Volkspartei behielt offiziell nur einen Sitz, darf aber nach den Wahlen ihre Mitglieder benennen.

Die Wahlkommission meldete eine Wahlbeteiligung von 62 % der insgesamt rund 60.000 Wahlberechtigten. Trotz eines einwöchigen Lockdowns aufgrund eines COVID-19-Falls war die Wahl nicht verschoben worden.

Der nächste Premierminister Tongas wird nun aus den Reihen der 26 neuen Parlamentsabgeordneten bestimmt und die neue Regierung noch vor Weihnachten gebildet. Der tongaische König Tupou VI. hat den Adligen Lord Tangi zum Interimssprecher der Legislativversammlung von Tonga ernannt. Er soll den verfassungsmäßigen Prozess zur Wahl des designierten Premierministers leiten.

Info: Das Parlament hat bis zu 30 Mitglieder, von denen 17 durch Mehrheitswahl aus jeweils einem Wahlkreis gewählt werden. Tongatapu hat 10, Vava'u drei, Ha'apai zwei und 'Eua sowie Niuatoputapu/Niuafu'ou jeweils einen Wahlkreis. Neun Sitze werden vom Adel durch interne Wahlen besetzt. Der König verzichtet seit dem Jahr 2010 auf eigenen Wunsch auf die Entsendung von Abgeordneten. (*Matangi Tonga online 30.11.21, Wikipedia*)

Reiseblase mit Neuseeland

Cook-Inseln: Der quarantäne- und isolationsfreie Reiseverkehr zwischen Neuseeland und den Cookinseln wird am 14. Januar 2022 wiederaufgenommen. Das gab Graeme West von der *Cook Islands Tourism Corporation* Anfang Dezember bekannt.

Die Reisenden müssen 72 Stunden vor der Abreise einen Covid-Test machen und das negative Ergebnis bei der Abreise und bei der Ankunft vorweisen. Außerdem müssen sie spätestens 72 Stunden

vor der Abreise die Cooksafe-App herunterladen sowie ihren persönlichen Cooksafe-QR-Code verwenden, den sie bei der Ankunft erhalten.

West erklärte, die oberste Priorität der Regierung sei es, für die Gesundheit und Sicherheit von Einheimischen und Besuchern zu sorgen.

„99% der Bevölkerung ab 12 Jahren haben ihre erste Impfung erhalten und 96% sind vollständig geimpft. Die Auffrischungsimpfungen beginnen bald und die Impfungen für Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren sollen Anfang nächsten Jahres beginnen“, sagte er und fügte hinzu, dass die Reiseblase zwischen den Cook-Inseln und Neuseeland vielen Tourist*innen endlich wieder die Möglichkeit zu einem unbeschwerten Urlaub ohne Quarantäneregelungen böte. (*Radio NZ intern. 05.12.21*)

Panik nach erstem „falschem“ Corona-Fall

Cook-Inseln: Die Bekanntgabe eines angeblich ersten registrierten Corona-Falls am 6. Dezember hat auf Rarotonga (größte Insel der Cook-Inseln) zu einer öffentlichen Massenpanik geführt. Betroffen von der Infektion mit dem Virus sollte ein zehnjähriger einheimischer Junge sein, der mit einem sogenannten „Repatriierungs-Flug“ aus Auckland (Neuseeland) nach Avarua (Rarotonga) geflogen war. An Bord waren 176 Bürger*innen der Cook-Inseln, die mit Sondergenehmigung in ihre Heimat zurückkehren durften.

Der Junge hatte zwei „schwach positive“ Covid-19-Tests abgegeben, als er nach seiner Ankunft in Rarotonga sofort unter Quarantäne gestellt wurde, aber sein letzter Test war negativ und er galt damit nicht mehr als ansteckend. Das Land gilt deshalb seit dem 8. Dezember weiterhin als „Covid-free“.

Bevor der Junge sich mit dem negativen PCR-Test aus der Quarantäne freigesetzt hatte, war es in den Straßen von Avarua zu einer

Panik gekommen. Menschen hatten sich vor Geschäften versammelt, um das Geschehen zu diskutieren. Die Situation geriet nahezu außer Kontrolle, als Shop-Inhaber*innen und Restaurant-Besitzer*innen kurz davor waren, ihre Geschäfte zu schließen. Daraufhin stürmten die Passanten die Läden und tätigten „Hamsterkäufe“ aus Sorge vor einer drohenden Schließung und eines Shutdowns.

Gesundheitsminister Bob Williams erklärte, der angebliche erste Corona-Fall auf den Inseln habe deutlich gemacht, dass man wachsam bleiben müsse und die geltenden (Hygiene-)Regeln bei einer Einreise von Staatsbürger*innen strikt beachten müsse.

Info: Durch strenge Grenzsicherungen haben es die Cook-Inseln mit ihren rund 17.000 Einwohner*innen bisher geschafft, das Land Corona-frei zu halten. Die Abschottungspolitik sorgte jedoch für einen massiven Einbruch im Tourismus, von dem die Inseln wirtschaftlich abhängig sind. Mit einer Impfquote von 96 % (nach anderen Quellen: 98 %) in der erwachsenen Bevölkerung hatte das Gesundheitsamt erwogen, die Inseln bald wieder für den internationalen Tourismus zu öffnen. Dieser Plan ist zunächst vom Tisch. (*Stuff NZ 06.12.21, The Guardian, EuroNews Travel 07.12.21*)

Protest gegen Zutrittsbeschränkungen

Norfolkinsel: Die Bewohner*innen der Norfolk-Inseln (Nachfahren der Pitcairner) sind verärgert über die Behauptung des australischen Insel-Verwalters Eric Hutchinson, sie hätten sich an den Schlössern der historischen Gebäude auf der Insel zu schaffen gemacht.

Der Vorsitzende des Ältestenrates, David Buffett, sagte, dass ein Schloss ausgetauscht wurde und die Nachfahren der Pitcairn-Insulaner*innen nun die Gebäude nicht mehr betreten könnten, obwohl sie jedes Recht hätten, die für ihre Vergangenheit so wichtigen Gebäude zu betreten.

Die *Old Military Barracks* auf Norfolk gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe „Norfolk Island Heritage Area“. Die OMB sind Schauplatz eines Zeltprotests, der seit der umstrittenen Übernahme der Inselverwaltung durch Canberra vor mehr als fünf Jahren andauert. Die Demonstrierenden beklagen einerseits die Übernahme der Inselverwaltung durch den von Australien eingesetzten Verwalter und sind außerdem verärgert darüber, dass die Weltkulturerbestätte mit Schlössern abgesichert wurde.

Hutchinson erklärte, die australische Verwaltung habe jedes Recht dazu, die unter Denkmalschutz stehenden Gebäude vor illegalem Zutritt zu schützen. Es könne nicht angehen, dass Unbefugte im Weltkulturerbe willkürlich herumlaufen, erklärte der Verwalter.

Der Ältestenrat der Norfolkinsel behauptet jedoch, dass er besondere ererbte Rechte an den Gebäuden hat und es nicht Sache der australischen Verwaltung ist, ihm vorzuschreiben, was er an der historischen Stätte tun darf und was nicht. Der Ältestenrat begründet seine Zutrittsrechte mit der Geschichte der Norfolkinsel.

Info: Die britische Krone nahm die von James Cook entdeckte Insel 1788 in Besitz. Aufgrund ihrer abgelegenen Lage sowie der zahlreichen für die Seefahrt nützlichen Ressourcen war die Insel gut zur Anlage einer Sträflingskolonie geeignet, weshalb am 2. März 1788 eine Gruppe von 15 Gefangenen auf der Norfolkinsel landete und die erste Siedlung gründete.

Anfangs ein Sträflingslager für Verbrecher, die sich durch gute Führung auf dem Festland die Versetzung verdient hatten, entwickelte sich die Insel zur am meisten gefürchteten Sträflingsanstalt des Pazifiks. Der permanente Nachschub an Sträflingen sorgte für Platzmangel und Hungersnöte, die Kommandanten reagierten mit drakonischen Strafen auf jede Form von Widerstand. Mit dem Zusammenbruch der Holz- und Flachsverarbeitung wurde die Sträflingskolonie 1813 komplett aufgegeben; alle Gebäude wurden abgerissen und alle Güter in die

Heimat verschifft.

Zwölf Jahre vergingen, bis die Norfolkinsel abermals für die britische Regierung interessant wurde. Bedingt durch den sprunghaften Anstieg der Kriminalitätsrate im eigenen Land wurden erneut Rufe nach einer Sträflingskolonie in den Weiten des Ozeans laut. Wieder wurde die Norfolkinsel auserkoren, diesmal jedoch als Gefängnis für Schwerstkriminelle. Fortan war die Umsiedlung auf die Insel mit ihrer 1825 wieder eingerichteten Sträflingskolonie die Höchststrafe für jeden Verbrecher. In einem Arbeitslager ließ man die Gefangenen unter extremen Bedingungen schuften. Es gab Unmengen an Verletzten und Toten zu beklagen. 1844 wurde die Norfolkinsel Teil des Van-Diemens-Lands.

Am 8. Juni 1856 trafen die 194 Nachkommen der *Bounty*-Meuterer („Pitcairner“ genannt), die bis dato auf der 6.000 km entfernten Insel Pitcairn gelebt hatten, auf der Norfolkinsel ein, da das karge Pitcairn diese große Menge an Bewohner*innen kaum mehr ernähren konnte. Insgesamt fünf Familien kehrten zwar 1858 und 1864 nach Pitcairn zurück, die meisten blieben jedoch und betrachteten die Norfolkinsel fortan als ihre Heimat.

Die *Kingston and Arthur's Vale Historic Area* (KAVHA) auf der Insel Norfolk ist eine der wichtigsten Kulturerbestätten Australiens. Die Stätte ist ein traditioneller Anlaufpunkt für die Gemeinschaft der Norfolkinsel. Als lebendige Stätte des Kulturerbes trägt KAVHA zum Leben, zur Identität und zur Kultur der Norfolk-Inselgemeinschaft bei.

KAVHA gilt als eines der besten erhaltenen Beispiele für groß angelegte Sträflingstransporte und die koloniale Expansion der europäischen Mächte durch Sträflinge und deren Arbeit.

Es ist eine von elf Stätten, die zum australischen Weltkulturerbe der Sträflingsstätten gehören.

(Radio NZ Intern. 07.12.21, Wikipedia, <https://kingston.norfolkisland.gov.au/>)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Volksabstimmung: Osterinsel isoliert sich bis Februar

Rapa Nui: Bei einer Volksabstimmung Ende Oktober haben sich 67 Prozent aller Bewohner*innen von Rapa Nui (Osterinsel) dafür ausgesprochen, die Insel vom Rest der Welt abzuschotten und niemanden mehr auf die Insel zu lassen. Grund ist die Furcht, das Corona-Virus auf die Insel zu holen. Nur acht Corona-Fälle wurden bisher dort bekannt, der letzte im September des vorigen Jahres. Gestorben ist an der Infektion niemand. Und so soll es nach dem Willen der Bevölkerung auch bleiben.

Heute leben knapp zehntausend Menschen auf der Osterinsel, die meisten von ihnen sind seit dem Bau eines Flughafens in den Achtzigerjahren zugezogen. Haupteinkommensquelle ist der Tourismus. Und so war die eigentliche Frage hinter dem Referendum die Frage, wie man sich die Zukunft vorstelle.

Die fehlenden Einnahmen durch ausbleibende Tourist*innen führten Anfang Dezember dazu, dass die Inselregierung das Ende der Abschottungspolitik auf Februar 2022 datierte. Ab dem 3. Februar wird die Insel ihre Grenzen also wieder für den Tourismus öffnen und die im März 2020 eingestellten regelmäßigen Latam-Flüge wiederaufnehmen. Die Entscheidung wurde nach mehreren Treffen mit der Gemeinde getroffen. Zu den Anforderungen für Reisende gehören die Vorlage des vollständigen Impfpasses, des Mobilitätspasses und das negative Ergebnis eines PCR-Tests, der spätestens 48 Stunden vor dem Einsteigen durchgeführt wurde.

In einem Video teilte der Staatssekretär für Tourismus, José Luis Uriarte, mit, dass die Öffnung „eine sehr gute Nachricht nicht nur für den Tourismus, sondern auch für die Familien der Insel ist, die auf

diese Verbindung mit dem Festland angewiesen sind“.

Letztendlich hätten die wirtschaftlichen Einbußen zu einer Kehrtwende in der öffentlichen Meinung geführt und man habe das Ergebnis der Volksabstimmung ausgesetzt, hieß es weiter.

Es seien bereits 77 % der Erwachsenen geimpft. Sobald diese Quote bei 80 % liege, werde man auch die obligatorische fünftägige Quarantäne nach der Landung auf der Insel beenden, sagte der Tourismus-Minister. (FAZ Reiseblatt 26.10.21, Panrotas online 29.11.21, <https://www.elmostrador.cl/dia/2021/11/19/go-bierno-anuncia-la-reapertura-del-turismo-en-rapa-nui-a-partir-del-3-de-febrero/>)

HAWAI'I

Angriff auf Pearl Harbour vor 80 Jahren

Am Dienstag, den 7. Dezember kamen zu einer Gedenkfeier in Erinnerung an den Angriff auf Pearl Harbour vor 80 Jahren Überlebende, Kriegsveteranen und Angehörige der Opfer zusammen. Viele von ihnen nehmen regelmäßig an der jährlichen Veranstaltung teil, um der vielen Toten zu gedenken und um das schreckliche Ereignis zu verarbeiten.

Bei dem Bombenangriff der japanischen Luftwaffe am 7. Dezember 1941 kamen insgesamt mehr als 2.300 Soldaten, Zivilist*innen und nicht-militärische Hilfskräfte ums Leben. (Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle. https://www.washingtontimes.com/news/2021/dec/7/survivors-gather-to-remember-those-lost-at-pearl-h/?utm_source=RSS_Feed&utm_medium=RSS)

Tanklecks verursachen Trinkwasserverschmutzung

Die US-amerikanische Marine wehrt sich gegen Anweisungen der hawai'ianischen Landesregierung, die Verwendung und Säuberung von Treibstoffbehältern vorübergehend auszusetzen. Die Behälter werden momentan in der Nähe eines Grundwasserspeichers ent-

leert, der fast 20 % der Haushalte von Honolulu mit Trinkwasser versorgt. Die Behörden fordern, dass die Entsorgungsanlage erst wieder genutzt werden soll, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind und eine unabhängige Untersuchung stattgefunden hat.

Einen ähnlichen Verdacht auf Grundwasserverseuchung gab es bereits in der Nähe von Pearl Harbour. Die Marine musste auch dort die Treibstofflagerung aussetzen, da Anwohner über verschmutztes Wasser und Gesundheitsprobleme geklagt hatten.

Die Forderungen kommen für die Marine zu einem ungünstigen Zeitpunkt, denn die Treibstoffspeicher sind für den reibungslosen Ablauf von Militäroperationen im Pazifik essenziell, insbesondere angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen Taiwan und China.

Der Betrieb der beiden Anlagen wurde inzwischen ausgesetzt und das Gesundheitsministerium erließ eine Notverordnung, gegen die die Marine rechtlich vorgehen will.

Grund für die behördlichen Maßnahmen sind Petroleumspuren, die in den getesteten Wasserproben nachgewiesen werden konnten und aus einer unterirdischen Treibstoffanlage ausgelaufen sein müssen. Das Wassersystem der Marine versorgt in und um Pearl Harbour herum ungefähr 93.000 Menschen mit Trinkwasser und bereits 1.000 Haushalte haben sich über die Wasserqualität beschwert. Marine-Sekretär Carlos Del Toro entschuldigte sich daraufhin bei den betroffenen Personen und kündigte strengere Vorschriften an. (Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.

https://www.seattletimes.com/nation-world/nation/navy-contests-hawaii-orders-to-suspend-drain-fuel-tanks/?utm_source=RSS&utm_medium=Referral&utm_campaign=RSS_nation)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Neuseeland will bis 2025 rauchfrei werden

Neuseeland will für die heutigen Jugendlichen des Landes und die kommenden Generationen ein lebenslanges Rauchverbot erlassen. Nach einem neuen Gesetz, das die Regierung am 9. Dezember öffentlichkeitswirksam als „Smokefree Aotearoa 2025 Action Plan“ ankündigte, soll das Mindestalter für den Kauf von Zigaretten und ähnlichen Tabakprodukten 14 Jahre betragen und jedes Jahr um ein Jahr heraufgesetzt werden. Das Gesetz soll im kommenden Jahr vom Parlament in Wellington verabschiedet werden.

Jugendliche, die bei Inkrafttreten des Gesetzes im nächsten Jahr jünger als 14 Jahre seien, könnten in dem Pazifikstaat damit niemals legal Tabakprodukte kaufen, sagte die stellvertretende Gesundheitsministerin Ayesha Verrall.

Wer über dem stetig steigenden Mindestalter liegt, darf laut dem Gesetzentwurf weiter rauchen. In der Theorie könnten Raucher also auch 65 Jahre nach Inkrafttreten noch Zigaretten kaufen - allerdings nur, wenn sie dann mindestens 80 Jahre alt sind. Die Regierung hofft allerdings, das Rauchen in der Praxis schon Jahrzehnte früher abzuschaffen. Ihr Plan sieht vor, dass bis zum Jahr 2025 weniger als fünf Prozent der Neuseeländer*innen sich noch als „Raucher*innen“ bezeichnen.

Dem Plan zufolge können Raucher*innen auch nur noch Tabakwaren mit sehr niedrigem Nikotingehalt kaufen. Zudem sollen immer weniger Geschäfte die Erlaubnis erhalten, Tabakwaren anzubieten. Außerdem sollen die Tabakwaren stetig teurer werden. Diese Änderungen sollen schrittweise eingeführt werden, um den Einzelhändlern die Anpassung zu erleichtern.

Info: Die Raucherquoten gehen zwar ständig zurück, aber es gibt immer noch erhebliche Ungleichheiten bei den Māori, Pazifik-Insulaner*innen und diejenigen bei Menschen, die in sozioökonomisch

benachteiligten Gebieten leben.

Die aktuelle Raucherquote der erwachsenen Neuseeländer lag 2019/2020 bei 13,4 % und ist damit von 16,6 % im Jahr 2014/15 und von 18,2 % im Jahr 2011/12 zurückgegangen. Die aktuelle Raucherquote der Māori lag 2019/20 bei 31,4 % und ist damit von 38,1 % im Jahr 2015/15 und 40,2 % im Jahr 2011/12 zurückgegangen.

Die Raucherquote der Māori ist nach wie vor viel höher als die der Gesamtbevölkerung. Māori-Frauen haben mit 32 % die höchsten Raucherquoten Neuseelands. Māori-Männer haben ebenfalls eine unverhältnismäßig hohe aktuelle Raucherquote von 25 % (laut Gesundheitsministerium aus dem Jahr 2020). Das Rauchen sei die häufigste vermeidbare Todesursache in Neuseeland, so die stellvertretende Ministerin Verrall. Die durch das Rauchen verursachten Schäden seien besonders bei den Maori und in Gemeinden mit niedrigem Einkommen spürbar. (*Tageschau, Redaktionsnetzwerk Deutschland* 09.12.21, <https://www.health.govt.nz/our-work/preventative-health-wellness/tobacco-control/smokefree-aotearoa-2025-action-plan/history-smokefree-aotearoa-2025>)

Lieferengpässe durch Corona-Pandemie

Ein Massenrückruf von braunem Zucker, ausgelöst durch die Befürchtung einer Bleiverunreinigung, hat dazu geführt, dass die Familien in der privaten „Weihnachtsbäckerei“ vor den Feiertagen händelnd nach Alternativen suchen, während die Unterbrechung der weltweiten Lieferketten auch zu weiteren Lücken in den Supermarktregalen geführt hat.

Die einzige Zuckerraffinerie des Landes, *NZ Sugar Limited*, sah sich gezwungen, vier Rückrufe ihrer Zuckerprodukte vorzunehmen, nachdem in einigen ihrer Chargen geringe Bleikonzentrationen festgestellt worden waren. Die neuseeländische Behörde für Lebensmittelsicherheit untersucht die Abwicklung des Rückrufs, nachdem in drei Fällen zurückgerufene

Produkte wieder in den Supermarktregalen gelandet waren.

Das Unternehmen geht davon aus, dass der Zucker bis Weihnachten wieder lieferbar sein wird, aber bis dahin müssen die Bäcker*innen in der heimischen Küche ohne den braunen Zucker auskommen.

Die backwilligen Familien sind nicht die einzigen Betroffenen. Einige kleine Bäckereien und Imbissbudenbetreiber haben ihre Kunden über die Sozialen Medien informiert, dass sie die Produktion von Backwaren einstellen müssen, bis der Zucker wieder in den Regalen steht. In der Zwischenzeit bieten industrielle Groß-Bäckereien an, ihre großen Zuckersäcke zu portionieren und kleine Packungen an diejenigen zu verkaufen, die Zucker dringend benötigen.

Nicht nur brauner Zucker ist schwer zu bekommen, auch Kakao, Pflaumen und Trockenfrüchte sind schwer zu finden. Auch bei Katzenfutter wird es eng, hier sind die Vorräte der Supermärkte fast aufgebraucht.

Die größte neuseeländische Supermarktkette, Countdown, sagte dazu: *„Seit über eineinhalb Jahren gibt es Probleme mit der globalen Fracht, was zu längeren Wartezeiten und höheren Kosten bei der Lieferung von Produkten nach Neuseeland geführt hat.“*

Nach Aussage von Tava Olsen, Direktorin für Lieferkettenmanagement an der Universität Auckland, ist die geographische Lage Neuseelands ein großer Nachteil bei der Aufrechterhaltung der Lieferketten. *„Wir befinden uns sozusagen am Ende der Welt und sind im Hinblick auf das weltweite Volumen sehr klein. Daher haben wir oft keine hohe Priorität, und unsere eigenen Exporteure haben manchmal Schwierigkeiten, Produkte auf die Schiffe zu bekommen, die in die Welt hinausfahren“,* so Olsen.

Die Neuseeländer*innen könnten damit rechnen, dass sich die Unterbrechung der Lieferkette in den nächsten sechs Monaten etwas abschwächt, so Olsen, aber sie

müssten im Gegenzug auch mit weiteren Preissteigerungen bei Lebensmitteln rechnen. (*The Guardian* 10.12.21)

Neues Gesetz erleichtert Änderung des Geschlechts in amtlichen Dokumenten

Neuseeland hat sich rund 15 anderen Ländern weltweit (u.a. Dänemark und Spanien) angeschlossen und die Verfahren zur Änderung des biologischen Geschlechts auf offiziellen Dokumenten vereinfacht.

Es ist künftig also erlaubt, das in der Geburtsurkunde eingetragene Geschlecht ändern zu lassen, ohne einen medizinischen Eingriff nachweisen zu müssen, nachdem Anfang Dezember ein Gesetzesentwurf verabschiedet wurde, der das Recht von geschlechtlichen Minderheiten auf Selbstidentifizierung anerkennt.

Nachdem die Selbstidentifizierung auf Geburtsurkunden im Jahr 2017 eingeführt worden war, mussten Antragsteller*innen nachweisen, dass sie sich einer medizinischen Behandlung unterzogen hatten, um ihr Geschlecht und ihre Geschlechtsidentität anzugleichen. Mit dem Gesetzesentwurf zur Registrierung von Geburten, Todesfällen, Eheschließungen und Beziehungen (*Births, Deaths, Marriages and Relationships Registration Bill*), der einstimmig verabschiedet wurde, entfällt künftig diese Anforderung.

Die Sprecherin der Partei „Die Grünen“ für die LGBTQ-Gemeinde, Frau Dr. Elizabeth Kerekere, bezeichnete das Gesetz als „weltweit führend“, da es das Recht auf Selbstbestimmung des Geschlechts aufrechterhalte.

Dr. Kerekere zeigte sich jedoch darüber enttäuscht, dass die Gesetzesänderung Flüchtlinge, Asylbewerber*innen und Neuzuwanderer ausschließt.

Info: Die erste umfassende nationale Umfrage zur Gesundheit und zum Wohlbefinden von trans- und nicht-binären Menschen wurde 2018 durchgeführt. Sie ergab, dass

fünf von sechs Teilnehmenden, d. h. 83 % der Befragten, in ihrer neuseeländischen Geburtsurkunde nicht das richtige Geschlecht angegeben hatten.

Die Bestimmungen über die Selbstauskunft sollen in 18 Monaten in Kraft treten. (*The Guardian* 09.12.21, *Radio NZ Intern.* 09.12.21)

INDONESIEN WESTPAPUA

Verfassungsgericht erklärt Omnibusgesetz für verfassungswidrig

Indonesien: In ihrem am 25. November 2021 verkündeten Urteil stellten die Richter des indonesischen Verfassungsgerichts fest, dass das Omnibusgesetz für die Schaffung von Arbeitsplätzen oder das Gesetz Nr. 11/2020 über die Schaffung von Arbeitsplätzen der Verfassung von 1945 widerspreche. Das Richtergremium hob das Gesetz nicht auf, sondern gab der Regierung und dem indonesischen Parlament zwei Jahre Zeit, das Gesetz zu ändern. Das Gesetz wird jedoch noch zwei Jahre in Kraft bleiben. Die Richter führten aus, dass die Regierung keine neuen Durchführungsbestimmungen für das Omnibusgesetz erlassen dürfe, solange das Gesetz nicht überarbeitet sei.

Menschenrechtsbeobachter*innen werteten die Entscheidung als „rechtlichen Kompromiss“, da die Richter das Gesetz nicht sofort aufhoben. Dieser Kompromiss spiegele sich auch in der Abstimmung der Richter über das Urteil wider. Vier der neun Richter vertraten die Auffassung, dass das Gesetz nicht im Widerspruch zur Verfassung stünde. Sie argumentierten, dass das Omnibusgesetz wirklich notwendig sei. Andernfalls müsste das Parlament 78 Gesetze in einem langwierigen Verfahren verabschieden.

„Wenn wir uns die Erfolgsbilanz des Verfassungsgerichts ansehen,

können wir feststellen, dass das Verfassungsgericht oft politische Erwägungen anstellt, nicht nur rechtliche Erwägungen. Daher bestand die Lösung darin, das Gesetz für zwei Jahre für 'bedingte verfassungswidrig' zu erklären“, sagte der Verfassungsrechtsexperte Bivitri Susanti in einem Interview mit dem Medienunternehmen *BBC Indonesia*.

Die Regierung, vertreten durch den koordinierenden Wirtschaftsminister Airlangga Hartarto und die Ministerin für Recht und Menschenrechte, Yasonna H. Laoly, erklärte in einem Interview, dass die Regierung das Urteil anerkenne und das Gesetz in den kommenden zwei Jahren gemäß den Vorgaben des Verfassungsgerichts ändern werde. Wenn die Regierung und das Parlament das Omnibus-Gesetz nicht innerhalb dieser Frist ändern, wird das Omnibusgesetz dauerhaft verfassungswidrig und die frühere Gesetzgebung wird automatisch wieder gültig.

Info: Das indonesische Parlament hatte das umstrittene Omnibusgesetz am 5. Oktober 2020 verabschiedet und dabei die Ängste, Bedenken und Warnungen ignoriert, die die indonesische Zivilgesellschaft in zahlreichen groß angelegten Protesten in fast allen Teilen des Archipels zum Ausdruck gebracht hat. Nach Angaben der indonesischen Zeitung Kompas wurden 5.918 Demonstranten festgenommen und mindestens 204 Sicherheitskräfte verletzt.

Der ursprüngliche Gesetzentwurf war 1.035 Seiten lang, wurde aber später auf 812 Seiten gekürzt. Das Omnibusgesetz enthält Änderungen an 78 bestehenden Gesetzen in verschiedenen Bereichen, darunter Fischerei, Land- und Forstwirtschaft, Energie und Bodenschätze, Industrie und Handel. Das Gesetz ist Teil der langfristigen Strategie der Regierung, Indonesien bis 2045 zu einer der fünf größten Wirtschaftsmächte der Welt zu machen.

Das Omnibusgesetz ändert dutzende bestehende Gesetze. Im Kern hat es zum Ziel, Arbeits- und Umweltgesetze zu deregulieren,

um mehr Investitionen zu generieren und die Wirtschaft zu stärken. Die Erreichung dieses Ziels ist, laut Argumentation der Regierung, durch die COVID-19 Pandemie und ihre ökonomischen Folgen noch dringender geworden. Arbeitsplätze sollen zum Beispiel durch eine Verlagerung des produzierenden Gewerbes aus China nach Indonesien geschaffen werden.

Dabei werden jedoch auch branchenweite Mindestlöhne abgeschafft und durch solche ersetzt, die von den Regionalgouverneuren festgelegt werden. Zudem werden Abfindungen für Arbeitnehmer*innen von maximal 32 Monatslöhnen auf 19 gesenkt. Eine Erhöhung der zulässigen Überstunden erfolgt auf vier Stunden pro Tag und 18 Stunden pro Woche. Zudem sinkt die Anzahl der garantiert arbeitsfreien Tage von zwei auf einen pro Woche. Auch die Umweltstandards werden durch das Gesetz abgesenkt. Unternehmen sind nur noch dann zur Einreichung einer Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtet, wenn ihre Projekte als risikoreich eingestuft werden. Umweltschützer*innen sagen, dass der Gesetzentwurf bestehende Schutzverordnungen gegen Brandrodungen schwächt. (*Asienhaus* 10.10.20, *Westpapua Netzwerk online* 03.12.21, *eigene Recherche*)

Neue Rechtshilfe-Agentur gegründet

Westpapua: Journalist*innen und Presseorganisationen in Jayapura haben die *Press Legal Aid Association* (PBH Pers) gegründet, um auf die steigende Zahl von Fällen von Einschüchterung, Behinderung und physischen Angriffen sowie Cyberangriffen gegen Journalist*innen in Westpapua zu reagieren.

Die *Indonesian Alliance of Independent Journalists* (AJI Indonesia) dokumentierte insgesamt 114 Fälle von Gewalt gegen Journalist*innen in Westpapua in den letzten 20 Jahren. 90 dieser Fälle ereigneten sich Berichten zufolge allein zwischen Mai 2020 und Mai 2021. Zu den Übergriffen gehörten

verbale Einschüchterungen, die Zerstörung von Arbeitsausrüstung und Berichterstattung sowie körperliche Gewalt.

Das *Press Legal Aid Institute* (LBH Pers) in Jakarta stellte fest, dass sich die Pressefreiheit in Indonesien seit 2019 deutlich verschlechtert habe. Dies zeige sich nicht nur an der hohen Zahl von Angriffen, sondern auch an der Zunahme von Fällen, in denen versucht werde, Journalist*innen mit Hilfe des indonesischen *Gesetzes über elektronische Informationen und Transaktionen* (UU ITE) und vager gesetzlicher Bestimmungen im indonesischen Strafgesetzbuch zu kriminalisieren. Nach Angaben des LBH Pers ist die Polizei mit 65% aller begangener Übergriffe gegen Journalist*innen nach wie vor der Hauptverursacher.

Die Gründung der *PBH Pers* soll das Bewusstsein der Öffentlichkeit für das gesetzliche Mandat von Journalist*innen schärfen, den rechtlichen Schutz von Journalisten verbessern und dem weit verbreiteten Klima der Straflosigkeit in Westpapua entgegenwirken. Wenn Angriffe auf Journalist*innen bei der Polizei angezeigt werden, werden die meisten Fälle außerhalb des Gesetzes geregelt, insbesondere wenn die mutmaßlichen Täter mit der Polizei oder dem Militär in Verbindung stehen. Dieser Zustand nährt die Straflosigkeit in Westpapua, da die Täter keine rechtlichen Konsequenzen fürchten müssen. (*Jubi Westpapua und Westpapua-Netzwerk online 24.11.21*)

Zahl der Binnenvertriebenen steigt

Westpapua: Seit seiner Verschärfung im Dezember 2018 hat sich der bewaffnete Konflikt in Westpapua auf die sieben Bezirke Intan Jaya, Pegunungan Bintang, Mimika, Nduga, Maybrat, Yahukimo und Puncak ausgeweitet.

Die Operationen der indonesischen Sicherheitskräfte, die mit Menschenrechtsverletzungen einhergingen, haben in den letzten drei Jahren zu einer großen Zahl von Binnenvertreibungen geführt.

Die Gesamtzahl der Binnenvertriebenen schwankt zwischen 50.000 und 60.000 Menschen (Stand November 2021).

Die Nichtregierungsorganisation „*Papuan People's Solidarity Rejecting State Violence*“ (SORAKPATOK) dokumentierte eine Gesamtzahl von 13.687 neuen Vertriebenen allein zwischen Januar und November 2021.

Die Mehrheit der Binnenvertriebenen in Westpapua ist aufgrund der starken Präsenz der Sicherheitskräfte und der anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen in den Konfliktgebieten nicht in ihre Häuser zurückgekehrt. Die Flüchtlinge leben weiterhin in provisorischen Unterkünften oder wohnen bei Verwandten in anderen Gebieten, die sie als sicher betrachten. Abgesehen von vereinzelten Initiativen für Hilfslieferungen ignoriert die indonesische Zentralregierung die Anwesenheit von Tausenden von Binnenvertriebenen in Westpapua, während sie gleichzeitig zusätzliche Truppen in die Region entsendet. (*International Coalition for Papua 28.11.21*)

AUSTRALIEN

Einbußen durch Lockdown

Die pandemiebedingten Schließungen im Jahr 2021 ließen die australische Wirtschaft im dritten Quartal dieses Jahres um 1,9% schrumpfen.

Das australische Statistikamt meldete im Dezember die zweite vierteljährliche Schrumpfung der Wirtschaftskraft des Landes seit Beginn der Pandemie, ausgelöst durch langanhaltende Corona-Eindämmungsmaßnahmen in drei bevölkerungsreichen Bundesstaaten.

Sydney, Melbourne und Canberra waren während eines Teils des dritten Quartals im totalen Lockdown, so dass die Haushalte deutlich weniger für Dienstleistungen ausgeben konnten. Die Ausgaben

für Hotels, Cafés und Restaurants sanken um 21%, die für Verkehrsmittel sogar um 40%.

Wirtschaftswissenschaftler hatten einen Rückgang von 2,8% prognostiziert, doch die gestiegenen Exporte scheinen die Wirtschaft gerettet zu haben. Dabei kamen der Wirtschaft auch die gestiegenen Kohle- und Gaspreise zugute. Es wird allgemein erwartet, dass die Wirtschaft im letzten Quartal des Jahres wieder anspringt, wie der australische Chefökonom Alan Oster sagte.

Da inzwischen 87% der über 16-Jährigen vollständig geimpft sind, besteht die Hoffnung, dass weitere Schließungen vermieden werden können, hieß es weiter aus dem Statistikamt.

Oster erklärte aber auch, man „müsse jetzt auf Sicht fahren“. Australien gehört nämlich zu den Ländern, die aufgrund der Entdeckung der Corona-Virusvariante Omikron bereits die Reisebeschränkungen verschärft haben. (*Agence France Press 01.12.21*)

Erste indigene Professorin

Katerina Teaiwa ist die erste indigene Pazifikinsulanerin, die eine ordentliche Professur an der *School of Culture, History & Language* der *Australian National University* (ANU) in Canberra erhält. Ihre neue Stelle tritt sie am 1. Januar 2022 an.

Info: Katerina Teaiwa ist eine interdisziplinäre Wissenschaftlerin und Künstlerin mit Banaban-, I-Kiribati- und afroamerikanischer Herkunft, die in Fidschi geboren und aufgewachsen ist. Sie ist derzeit noch außerordentliche Professorin für Pazifikstudien und stellvertretende Direktorin an der *School of Culture, History and Language* und Senior Fellow der *Higher Education Academy*.

Sie war Gründerin und Organisatorin des Lehrprogramms für Pazifikstudien an der ANU von 2007 bis 2015, Leiterin des Fachbereichs Gender, Medien und Kulturstudien,

Gründerin des *Pasifika Australia Outreach Program* und Mitbegründerin und Mitvorsitzende des *ANU Family Friendly Committee*.

Katerinas Kommentare zu pazifischen Themen wurden bereits in zahlreichen australischen und internationalen Medien veröffentlicht. Sie war Beraterin des Sekretariats der Pazifischen Gemeinschaft, der UNESCO und des australischen Außenministeriums für Kulturpolitik und nachhaltige Entwicklung sowie von Austraining International für interkulturelles und entwicklungspolitisches Training für australische Freiwilligenprogramme. Im Jahr 2020 wurde sie Mitglied des Vorstands der neuseeländischen *Pacific Cooperation Foundation*.

Teaiwa hat auch einen Hintergrund im zeitgenössischen pazifischen Tanz und war Gründungsmitglied des *Oceania Dance Theatre* an der University of the South Pacific. Derzeit arbeitet sie als bildende Künstlerin mit einer laufenden forschungsbasierten Ausstellung "Project Banaba", die ursprünglich von Carriageworks, Sydney, in Auftrag gegeben und von Yuki Kihara kuratiert wurde.

Katerina Teaiwa war von 2012 bis 2017 Präsidentin der *Australian Association for Pacific Studies* und ist derzeit deren Vizepräsidentin.

Sie ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ozeanien des *Australian Dictionary of Biography*, Kunstredakteurin für *The Contemporary Pacific: a journal of Island Affairs* und Mitglied des Redaktionsausschusses des *Journal of the Royal Anthropological Institute* und des *Asia Pacific Journal of Anthropology*.

Im Jahr 2019 wurde sie mit dem *Teaching Excellence Award* des *College of Asia and the Pacific* ausgezeichnet. Das *Pacific Women's Professional and Business Network* im Bundesstaat New South Wales zeichnete sie letztes Jahr als "Educator 2020" aus. (ABC 02.12.21, <https://researchprofiles.anu.edu.au/en/persons/katerina-teaiwa>)

Kava-Konferenz

Bei einer regionalen Kava-Konferenz in Australien Mitte November hat das *Office of Drug Control* (ODC) über ein Pilotprojekt zum kommerziellen Import von Kava aus Pazifikstaaten informiert. Seit dem 1. Dezember dieses Jahres läuft das Pilotprojekt für die Dauer von zwei Jahren.

Kava-Pflanzer*innen aus dem Pazifik können beim ODC einen Antrag stellen. Voraussetzung für den Import ist die Registrierung des Kava-Pflanzers als gewerbetreibender Betrieb beim ODC in Australien sowie der Erhalt einer Importlizenz durch das ODC. Die Lizenz ist kostenlos. Für den Import der Kava soll es keine Obergrenzen geben. Ziel ist es, Kava kontrollierter nach Australien einzuführen. Während des Testzeitraums soll beobachtet werden, wie viel Kava importiert wird und wie das Angebot der importierten Kava bei pazifischen Gemeinden in Australien angenommen wird.

Bereits seit Dezember 2019 war es Erwachsenen ab 18 Jahren möglich, legal vier Kilo Kava nach Australien zu importieren. In der zweiten Phase des Pilotprojekts soll der Kava-Import weiter kommerzialisiert werden, indem die Kilo-Obergrenze fällt und jeder lizenzierte und in Australien registrierte Betrieb nun Kava einführen darf.

Info: Die Einfuhr von Kava nach Australien war ab 2007 bis 2019 verboten, weil man befürchtete, dass Kava in abgelegenen indigenen Gemeinden missbraucht werden könnte.

Doch die Regierungen der Kava-exportierenden Staaten wie die Salomonen, Fidschi und Vanuatu hatten sich bei Australien für eine Änderung der Gesetze eingesetzt und argumentiert, Kava sei nicht nur kulturell wichtig, sondern auch eine wertvolle Ware.

Während der Reisebeschränkungen im australischen Corona-Lockdown war Kava zu exorbitanten Preisen nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich. (*Pacific Beat* 23.11.21, <https://www.odc.gov.au/import-requirements-kava>, <https://www.fijivillage.com/news/Australia-to-trial-commercial-importation-of-kava-from-1st-December-58rx4/>)

SPORT

Beitritt zur Oceania Cycling Confederation

Salomonen: Im Oktober dieses Jahres fand der Kongress der *International Cycling Union* (dt.: Internationale Vereinigung für Radsport) in der Stadt Leuven in Belgien statt. Dabei wurden die Salomonen als neues Mitglied in der OCC, der *Oceania Cycling Confederation* (dt. Ozeanische Konföderation für Radsport), begrüßt. Das Land ist somit das 11. Mitglied der Vereinigung, wobei nur acht Länder als vollwertige Mitglieder betrachtet werden – die Salomonen eingeschlossen.

Der Präsident der OCC, Tony Mitchell, äußerte sich gegenüber dem Zuwachs sehr positiv und gab sich bezüglich der zukünftigen Zusammenarbeit zuversichtlich: Er sagte: „Die UCI (*International Cycling Union*) und die OCC heißen die Salomonen als neues Mitglied herzlich willkommen und freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Radsportverband der Salomonen, um das Radfahren als Sportart im gesamten ozeanischen Raum zu etablieren.“

Die Aufnahme der Salomonen in die OCC bedeutet für den Radsport noch einen weiteren wichtigen Erfolg. Denn durch die neu gewonnene Reichweite der OCC im Pazifikraum gibt es eine größere Chance für Radfahrende, dass ihre Disziplin zukünftig bei den „Pazifikspielen“ vertreten wird. Als regelmäßig wiederkehrendes Sportevent haben die „Pacific Games“ einen großen Einfluss auf die Sportwelt im pazifischen Raum, sodass sich, sollte es das Radfahren als Disziplin in die Spiele schaffen, die Kultur des Radsports im Pazifik weiterverbreiten und weiterentwickeln könnte.

(Artikel von Jakob Renner. *Inside the Games* 23.11.21, Wikipedia, *Oceania Cycling Confederation*)

Cricket for Good

Fidschi: Nachdem Fidschi im Juni 2021 zusammen mit der Organisation „*ChildFund Sports for Development*“ eine Partnerschaft ins Leben gerufen hatte, startete nun im November ein neues Projekt. „*Cricket for Good*“ wird bis Dezember nächstes Jahr veranstaltet werden, wobei das Projekt sich zum Ziel gesetzt hat, sich gegen Gewalt und Ungleichheiten zu richten, insbesondere zwischen Frauen und Männern. Außerdem sollen junge Menschen soziale und emotionale Kompetenzen erwerben, die ihnen im Umgang mit Konflikten helfen können.

Das Projekt wird zusammen von dem „*International Cricket Council*“ und „*Cricket Australia*“ unterstützt und richtet sich an insgesamt 3.000 Jugendliche im Alter von 13 bis 17 Jahren. Durchgeführt wird „*Cricket for Good*“ anhand eines speziell erprobten Lernmodells, welches mehrfach getestet und überarbeitet wurde. Hierfür werden 28 Trainer*innen ausgewählt, von denen mindestens die Hälfte weiblich ist. Die Teilnehmer*innen sollen während des Projektes sowohl Cricket spielen lernen, als auch Fähigkeiten in diversen lebensnahen Bereichen wie Sicherheit, erste Hilfe, Datenerfassung und Eventmanagement. Durch die spezielle Geschlechterverteilung soll zudem eine Möglichkeit geschaffen werden, gesellschaftliche Rollenbilder aufzubrechen.

*„Als Frau ist es nicht einfach, eine führende Rolle einzunehmen – manche Menschen sagen, du bist eine Frau, also kannst du keine Leitung übernehmen, schau zu und lass die Jungs machen. Ich denke, gute Leiter*innen sollten Menschen ermutigen, ihnen zeigen, was gut und was schlecht ist. Und sie sollten ein vorbildhaftes Verhalten an den Tag legen und freundlich zu anderen sein.“* Mit diesen Worten äußerte sich eine Teilnehmerin von „*Cricket for Good*“. Und aus diesem Grund wurde „*Cricket for Good*“ ins Leben gerufen, um Jugendliche zu ermutigen, aus den gesellschaftlich aufgezwungenen Rollen auszubrechen und sich in einem geschützten Rahmen auszuprobieren.

Ein wichtiges Signal sollte mit dem Zeitpunkt der Initiative gesetzt werden. Denn in der Mitte des Jahres 2021 wurde Fidschi von der zweiten Welle der COVID-19 Pandemie überrollt, die viel Chaos verursachte. Als Zeichen der Hoffnung und als „Licht am Ende des Tunnels“ wurde deshalb das Projekt „*Cricket for Good*“ ins Leben gerufen, um jungen Menschen ihr Potenzial zu zeigen. (Artikel von Jakob Renner. Organisation of Sports Federations of Oceania; Team Up – Australian Government 07.12.21)

Vierfache Weltmeisterin erhält Merit Award

Neuseeland: Die vierfache Weltmeisterin im Kugelstoßen, Valerie Adams, erhielt im Oktober diesen Jahres einen *Merit Award* der „*Oceania Athletics Association*“ für ihre herausragenden Leistungen als Sportlerin.

Als Kind wuchs die gebürtige Neuseeländerin unter 17 Geschwistern auf, darunter auch der NBA-Basketballspieler Steven Adams. Schon in ihrer Schulzeit fiel sie mit ihrem sportlichen Talent auf, als sie den Rekord im Kugelstoßen ihrer Schule erstmalig nach 20 Jahren brach. Allerdings hatte sie oft mit unschönen Bemerkungen hinsichtlich ihrer Körpergröße zu kämpfen. Weiter ging es im Jahr 1999, als sie mit einer Wurfweite von 12,82 m den zehnten Platz bei der Jugendweltmeisterschaft in Polen erreichte. Dieses Ereignis war der Start ihrer erfolgreichen Karriere als Profisportlerin im Kugelstoßen und später auch im Diskus- und Hammerwurf.

Insgesamt konnte die 37-jährige Neuseeländerin vier Weltmeisterschaften und weitere vier Indoor-Weltmeisterschaften für sich entscheiden. Zusätzlich wurde sie zweifache olympische Meisterin und blieb fünf Jahre lang bis zum Jahr 2015 über insgesamt 56 Wettkämpfe hinweg ungeschlagen. Ihren persönlichen Rekord erzielte Valerie im Jahr 2011 bei der Weltmeisterschaft in Südkorea mit einem Ergebnis von 21,24 Metern. Mit diesem Ergebnis stellte sie damals einen Rekord auf, der bis dato in Ozeanien ungeschlagen bleibt.

In den letzten Jahren begann Valerie zudem eine Karriere als Trainee, indem sie ihre Schwester bei den Paralympics zur Goldmedailensiegerin machte.

Mit diesen vielen Errungenschaften stellt Valerie Adams in der „*World Athletics' Athlete Commition*“ eine unvergleichbare Ikone dar, weshalb ihr die „*Oceania Athletics Association*“ mit dem Merit Award ihre Anerkennung aussprach. (Artikel von Jakob Renner. Oceania Athletics, Worldathletics, Wikipedia 07.12.21)

Athlet*innen aus Ozeanien bei den „Asian Games“ 2022

Mehr als 300 Athlet*innen aus ganz Ozeanien haben seit kurzem die Chance, bei den 19. Asienspielen im September nächsten Jahres anzutreten. Diese Neuigkeit wurde bei der 40. Generalversammlung des „*Olympic Council of Asia*“ (OCA), welcher dieses Jahr im November in den Vereinigten Arabischen Emiraten abgehalten wurde, angekündigt. Bisher war es den ozeanischen Staaten inklusive Australien nicht gestattet, an diesem zweitgrößten Sportevent nach den olympischen Sommerspielen teilzunehmen. Nun dürfen Sportler*innen aus Ozeanien in insgesamt fünf Disziplinen antreten: Triathlon, Leichtathletik, Kampfkunst, Rollschuhfahren und Gewichtheben. Als kleine Besonderheit erhalten Wettkämpfer*innen aus Ozeanien und Australien, die in einer Disziplin mindestens Dritte*r werden, eine Ehrenmedaille, welche allerdings nicht in die finale Medailenwertung mit einfließt.

Eine weitere Besonderheit ist, dass bei den Asienspielen im nächsten Jahr erstmalig die Kategorien „Breakdancing“ und „E-Sports“ eingeführt werden.

Es gab auch Bedenken ob dieser Neurungen: *„Ich hoffe einfach, dass all diese Veränderungen richtig kommuniziert und durchdacht worden sind, weil es für uns [Sportler*innen] äußerst wichtige Asienspiele sein werden, um uns für die Olympischen Spiele [2024] in Paris zu qualifizieren.“* Mit diesen Worten

äußerte der Triathlet Oscar Coggins aus Hong Kong seine Sorge um den Einfluss, den die Neuerungen auf die Asienspiele im Herbst haben könnten. Denn letztes Jahr musste der Wettkämpfer hinter drei Australier*innen beim Triathlon zurückstecken.

Und auch bei den „Summer Games“ fiel Australien als starker Konkurrent auf, indem die Antretenden insgesamt 46 Medaillen, darunter 17 Goldene, für ihr Land erzielen konnten.

Info: Die 19. Asienspiele sollen vom 10. bis 25. September 2022 in der ostchinesischen Stadt Hangzhou stattfinden. Nach 1990 und 2010 ist die Volksrepublik China damit zum dritten Mal Ausrichter der Asienspiele. (Artikel von Jakob Renner. *South China Morning Post* 08.12.21)

Verschiebung der Micronesian Games

Marshall-Inseln: Auf Anraten des Nationalen Olympischen Komitees hat der Vorsitzende des Ausschusses für die mikronesischen Spiele, Joey Miranda, diese aufgrund der anhaltenden Coronapandemie von 2022 ins Jahr 2023 verschoben. Voraussichtlich im Juli 2023 sollen die Spiele nun in Majuro stattfinden.

Info: Die Mikronesischen Spiele sind eine alle vier Jahre stattfindende internationale Multisportveranstaltung mit olympischem Charakter in der mikronesischen Region. Die Spiele wurden erstmals 1969 in Saipan (Nördliche Marianen) ausgetragen. (*Marshall Islands Journal* 03.12.21, *Wikipedia*)

„TOK BILONG PASIFIK“

PNG sucht beste Musikgruppe für Weltausstellung

Papua-Neuguinea: Die Tourismusbehörde (*Tourism Promotion Authority*) hat im November in Zusammenarbeit mit der Nationalen Kulturkommission von Papua-

Neuguinea 13 zeitgenössische Musikanzgruppen im *Hotel Cosmopolitan* in Port Moresby vorsehen lassen, um eine Gruppe zu finden, die PNG am besten repräsentiert. Die Gruppe soll die Marke „PNG-Tourismus“ auf der Weltausstellung in Dubai repräsentieren. Sie soll zeitgenössische neuguineische Musik spielen und dabei moderne und traditionelle Tänze aufführen.

Info: Die Weltausstellung EXPO hat am 1. Oktober 2021 in Dubai eröffnet und dauert bis zum 31. März 2022. Im Programmbereich „Arts and Culture“ zeigen Künstler*innen und Tänzer*innen aus der ganzen Welt ihr Können. Die aus dem Jahr 2020 verschobene „Expo 2020“ steht unter dem Motto „Connecting Minds, Creating the Future“. Inhaltlich soll es vor allem um das Thema Nachhaltigkeit gehen. Es werden bis März 25.000 Besucher*innen erwartet.

(*One PNG* 04.11.21, <https://www.expo2020dubai.com/>)

Milliardärin fordert mehr Anlegestellen für Luxus-Yachten

Australien: Die australische Milliardärin Gina Rinehart hat die Spitzenpolitiker*innen im Bundesstaat Queensland aufgefordert, mehr Anlegestellen für Luxus-Yachten zu bauen, um „den Lebensstandard zu erhöhen“.

Bei einem festlichen Mittagessen zur Planung der Olympischen Spiele 2032 in Brisbane, an dem Queensland's Premierministerin Anastacia Palaszczuk, mit Goldmedaillen ausgezeichnete Athlet*innen und Hunderte von führenden Wirtschaftsvertreter*innen des Bundestaates teilnahmen, forderte die Bergbaumagnatin weniger bürokratische Hürden für die Entwicklung von Häfen und Anlegestellen.

In einer Videobotschaft, die während der Veranstaltung ausgestrahlt wurde, sprach Rinehart vom Deck einer Superyacht aus und beschwor die politischen Entscheidungsträger*innen, zu verhindern,

dass das geplante große Sport-spektakel im Jahr 2023 durch „Klebeband und Mittelmäßigkeit“ getrübt wird.

„Wir haben zum Beispiel gerade tagelang sehr raues Wasser von der südlichen Grenze Queenslands bis zur Capricorn Coast erlebt“, sagte Australiens reichste Frau beim *Future Brisbane Luncheon* der Tageszeitung „*The Courier-Mail*“.

„Als wir dann an der Küste ankamen, lagen viele Yachten außerhalb der Yachthäfen, weil es keine Häfen gab. Und nicht zu vergessen die Superyachten, die aus Übersee kommen und Passagiere mitbringen, die in Australien bleiben wollen. Diese Superjachten brauchen auch Yachthäfen, die für Schiffe über 50 m leider nicht vorhanden sind. Es ist an der Zeit, dass es mehr Yachthäfen gibt, die groß genug sind, um nicht nur kleine und mittlere, sondern auch größere Yachten zu versorgen“, forderte die Milliardärin die illustre Runde in ihrer Videobotschaft auf.

Rinehart plädierte auch für mehr Strandclubs und Verbesserungen der Küsteninfrastruktur und erklärte, Queensland sei reif, den Segeltourismusmarkt von Europa abzuwerben.

„Einige unserer Hotel-Resorts haben angesichts der Naturereignisse vor Ort Probleme mit der Instandhaltung“, sagte sie mit Blick auf die Küste von Queensland. „Sie können sehen, was früher ein wunderschöner Strandbereich war, der aber jeden Tag mit dem Meer kämpft - das schreit geradezu nach einer Stützmauer anstelle dieser unattraktiven Sandsäcke.“

„Was für eine Verbesserung wäre das, wenn die Regierung es zuließe, die benötigte Stützmauer mit einem Strandclub internationaler Klasse zu kombinieren, der die Schwimmer*innen das ganze Jahr über vor Haien, Krokodilen, gefährlichen Quallen und Stacheln schützt?“, fragte sie provokant.

„Vor allem, wenn die Erlaubnis erteilt würde, auch eine Unterwasserbar im internationalen Stil einzurichten, die die Besucher genie-

ßen können“, machte die umtriebige Geschäftsfrau gleich weitere Verbesserungsvorschläge für den Tourismus in Queensland.

Mit Blick auf die Olympischen Spiele 2023 in Queensland forder- te die Milliardärin: „Wir dürfen diese Chance nicht verspielen.“ (Daily Telegraph 02.12.21)

CHamoru-Ausstellung im Anthropologischen Museum

Spanien: Im Nationalen Anthropologischen Museum von Madrid (Spanien) ist am 17. November die Ausstellung „Biba CHamoru“ eröffnet worden. Im Mittelpunkt stehen die Geschichte und Kultur von Guam und den Nördlichen Marianen.

Anlass für das Projekt war der 500. Jahrestag der ersten Weltumse- gelung von 1519 bis 1522, der *Magellan-Elcano Expedition*. Das Nationale Anthropologische Museum führt die Ausstellung durch in Ko- operation mit Carlos Madrid, dem Forschungsdirektor des *Micronesi- an Area Research Center* an der Universität Guam sowie weiteren Mitarbeitenden der Universität.

Begleitend zu der Ausstellung gibt es auch einen Katalog mit dem Ti- tel „*Estoria-ta: Guam, the Mariana Islands, and Chamorro Culture*“, das den Lesenden sowohl die Ge- schichte, als auch die Kultur der Marianen näherbringen soll und online kostenlos verfügbar ist. Im Fokus der Ausstellung und des Buches stehen vor allem die The- men Kunst und Identität.

Drei Holzschnitzereien von Taitano bilden den Mittelpunkt der Biba CHamoru, gemeinsam mit Werken der Künstler Ric Castro und Sal Bidaure. Außerdem zu sehen sind Photographien von Wandmalerei- en aus Guam sowie originale Fundstücke aus spanischen Sammlungen.

„Die Ausstellung und das Buch machen es uns möglich, die Ge- schichte und die Menschen der Marianen besser kennenzulernen. So erfahren wir mehr über ihre Identität und die kulturelle Vielfalt

der Inseln,“ schreibt Miquel Iceta i Llorens, spanische Ministerin für Kultur und Sport im Vorwort. „Das bietet auch uns eine Möglichkeit, unseren Blick auf die Geschichte der Inselgruppe zu verändern.“

Finanziert wurde die Ausstellung von der spanischen Regierung durch verschiedene Institutionen und Universitäten. Sie ist noch bis zum 6. März 2022 für Besu- cher*innen geöffnet.

(Artikel von Clara Groth, Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.
<https://www.pncguam.com/chamoru-cultural-exhibit-opens-at-national-museum-in-spain/>)

IM MEMORIAM

† Ian Dunlop

Australien: Am 17. September 2021 verstarb in Canberra (Austra- lien) im Alter von 94 Jahren der Ethnologe und Filmemacher Ian Craig Dunlop (Jahrgang 1927).

Nach einigen Dokumentationen in Australien (u.a. *In Memory of Ma- lawan* (1984) und *Baniyala: The Yirrkala Film Project* (1996)) wand- te sich Dunlop Papua-Neuguinea zu und filmte und forschte hier ge- meinsam mit dem französischen Ethnologen Maurice Godelier bei den Baruya im östlichen Hochland. Maurice Godelier, der ab 1966 immer wieder lange und umfang- reiche Feldforschungen bei den Baruya durchführte, fasste sein Material 1982 unter dem Titel „*Die Produktion der Großen Männer. Macht und männliche Vorherr- schaft bei den Baruya in Neuguinea*“ zusammen. Es geht ihm da- bei explizit um die Analyse der Mechanismen und Vorstellungen, die in dieser klassenlosen und bis 1960 staatenlosen Gesellschaft die männliche Herrschaft organisieren und legitimieren. Denn ohne Füh- rungsklasse zu sein bedeutet nicht, dass es auch keine Ungleichheiten gibt.

Während Godelier seine Feldfor- schung durchführte, filmte Dunlop ab 1969 die Rituale zur Mann- Werdung bei den Baruya und ver-

öffentlichte zwei Filme: Im Jahr 1973 erschien die aus neun je 52- minütigen Filmen bestehende Do- kumentation „*Towards Baruya Manhood*“, sowie die aus 13 Teilen bestehende Doku „*Baruya Muka Archiva*“. Beide Dokumentationen führte er bei einem Besuch 1993 persönlich den Baruya vor.

Auf Bitten der Baruya-Ältesten hin, die ihre Initiations-Rituale geheim halten wollen, sind die Filme bis heute nicht in Papua-Neuguinea zugänglich, sondern können nur außerhalb des Landes angesehen und ausgeliehen werden.

Info: Für seine zahlreichen ethno- graphischen Dokumentationen wurde Dunlop 1986 mit dem austra- lischen Titel „Order of Australia Medal“ (OMA) ausgezeichnet.
(<https://shop.nfsa.gov.au/towards-baruya-manhood>, ASAO Newsletter 13.09.21)

† Alban Bensa

Am 10. Oktober 2021 verstarb nach langer Krankheit in Bobigny (Frankreich) der französische Anthropologe Alban Bensa.

Der am 18. September 1948 in Pa- ris geborene Bensa war ab 1990 30 Jahre lang Studienleiter an der *École des hautes études en sci- ences sociales* (EHESS), der fran- zösischen Elite-Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris.

Nach dem Abitur am Lycée Miche- let in Vanves entschied Bensa sich für einen Bachelor in Soziologie mit dem Schwerpunkt Ethnologie. 1968 unternahm er seine erste au- ßereuropäische Reise nach Bali und publizierte anschließend ein Buch über das Heilige und über Heiler „*Le sacré à Java et à Bali*“ (1969).

Ab 1973 bis 1975 forschte er in Neukaledonien und avancierte über die Jahre zu einem profunden Kenner der Kanak-Bevölkerung, ih- rer Kulturen und Traditionen. In den Folgejahren bis Mai 2019 folg- ten zahlreiche Feldforschungsauf- enthalte. Er veröffentlichte zahlrei- che Werke zu den Kanak, u.a. „*Chroniques Kanak: l'ethnologie en marche*“ (1995) und als Ko-Autor

„Les sanglots de l'aigle pêcheur. Nouvelle-Calédonie la Guerre kanak de 1917“ (2015).

Alban Bensa war es auch, der die Initiative ergriff, dass Forscher*innen und Linguisten die Schreibweise "Kanak" im allgemeinen Sprachgebrauch einführten. Diese Schreibweise wurde dann später von den Einheimischen übernommen, um sich gegen die durch die „Französisierung“ vorgenommene Reduzierung auf "Canaque" (mit „c“) zu wehren. Denn *kanak* ist ursprünglich ein hawaiianischer Begriff, der die „Menschen“ und nicht nur die ersten Bewohner*innen Neukaledoniens bezeichnet.

Bis zum Abkommen von Nouméa im Jahr 1998 trennte Alban Bensa sein politisches Engagement nie von seiner Arbeit als Forscher. Während seiner zahlreichen Aufenthalte (die jeweils zwischen sechs Monaten und zwei Jahren dauerten) hörte er zu, sammelte, zeichnete Genealogien, erstellte Karten, verband Clannamen mit Land, nahm an Ritualen teil und kämpfte mit den Kanak für die Rückgabe von enteignetem Land, für die Anerkennung der territorialen Vorrangstellung und für die Organisation einer Koexistenz zwischen den Gemeinschaften. Er war bei allen Demonstrationen dabei, um sich gegen das zu wehren, was er damals als echte „koloniale Apartheid“ betrachtete.

2019 unterzeichnete er neben anderen Intellektuellen einen Aufruf in der französischen Zeitung „Libération“ für die Unabhängigkeit Neukaledoniens, da er von deren historischer Notwendigkeit überzeugt war. Bis zuletzt verfolgte Alban Bensa die politischen und sozialen Entwicklungen auf der Insel und wurde selbst mehrfach von der französischen Regierung bei den Referenden 2018 und 2020 angehört. Seine letzte Reise fand im Mai 2019 statt, im Hinblick auf ein Buch, das aus schriftlichen und akustischen Dokumenten in der Sprache der Cemmuhi erstellt wurde und das er über einen Zeitraum von vier Jahren durchführen wollte.

Bereits am Tag von Bensas Tod würdigte Paul Néaoutyine, Vorsitzender der Kanak-Befreiungspartei (*Palika*) und der *Nationalen Union für Unabhängigkeit* (UNI), gewählter Abgeordneter der Versammlung der Nordprovinz und des Kongresses sowie Bürgermeister von Poindimié, diesen „Pfeiler der Solidarität mit dem Kanak-Volk“: Er sagte wörtlich: „Alban war ein Gerechter“.

(*La Libération* 13.10.21, <https://www.en attendant-nadeau.fr/2021/10/14/hommage-alban-bensa/>)

† Joseph Watawi

Bougainville: Mit Joseph Watawi hat die autonome Region Bougainville einen weiteren prominenten politischen Führer verloren.

Watawi gehörte den ersten drei Parlamenten der autonomen Region (*Autonomous Bougainville Government*, ABG) von Papua-Neuguinea als Mitglied an. Er war insgesamt 16 Jahre im Regionalparlament der Insel vertreten.

Außerdem war er Vizepräsident des ersten Präsidenten der ABG, Joseph Kabui, und später Handelsminister unter Präsident James Tanis.

In dieser Funktion war er für den Bau der ersten Kopra-Mühle auf Bougainville verantwortlich.

Watawi war auch maßgeblich an den Vorbereitungen für das Referendum im Jahr 2019 und dem laufenden Prozess nach dem Referendum beteiligt. (*Loop PNG* 19.11.21)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Die kirchlichen Nachrichten wurden zusammengestellt von Jakob Renner, FSJ'ler im Referat PPO und in der Pazifik-Infostelle.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Erntedankfest und Spendenaktion

Die Dogu One-Gemeinde der *Porebada Emmanuel United Church* veranstaltete Ende August ein kleines Erntedankfest. Eine Kirchengemeinde in Port Moresby hatte in der vergangenen Zeit einige Spenden gesammelt, um die Kirchenarbeit in der Umgebung zu unterstützen. Das Fest lief so ab, dass sich die unterschiedlichen Gemeindeglieder in ihren Klauen versammelten und insgesamt ungefähr 30.000 Kina (über 7.000 €) in Bargeld spendeten.

Diese Tradition des Erntedankfestes in der Gemeinde ist von einer Generation zur anderen weitergegeben worden und nennt sich „Boubou“. Es wird jährlich von der *United Church of Papua New Guinea* (Vereinigte Kirche von Papua-Neuguinea; UCPNG) durchgeführt. Dabei geht es darum, die Kirchengemeinden in ihrer Arbeit finanziell zu unterstützen.

Begründet wurde diese Tradition von der *London Missionary Society* (Londoner Gesellschaft für Missionare; LMS), nachdem die ersten Missionare in den 1870er Jahren in Papua-Neuguinea angekommen waren. Den großzügigen Spenden bei solchen Erntedankfesten ist es auch zu verdanken, dass die Kirche in Porebada über die Jahre hinweg überlebt hat. „Als Christen müssen wir Gottes Reich auf Erden unterstützen und das bedeutet, dass wir unserer Kirche und unseren Pastoren helfen.“ So erklärte der Gemeindeglieder Len Sogge die Tradition des „Boubou“. Er ergänzte, dass während des Ern-

tedankfestes Menschen aus allen Gesellschaftsschichten jährlich zusammenkommen, um die Kirchenarbeit in ihren Gemeinden zu unterstützen. (*The National* 29.09.21)

Feier zum National Repentance Day

Am 26. August ist in Papua-Neuguinea (PNG) der jährliche „Repentance Day“ (dt. „Tag der Reue“) begangen worden. Zuerst im Jahr 2011 eingeführt, geht es bei diesem Feiertag darum, sich als Nation darüber bewusst zu werden, was in der Gesellschaft für Probleme und Herausforderungen existieren und diesbezüglich zu Gott zu beten und ihn um Vergebung zu bitten.

Der Generalsekretär des *PNG Council of Churches*, Rev. Roger Joseph, berichtete in diesem Rahmen, in einem Rundbrief in der Wochenzeitung „*Wantok Niuspepa*“ über die jüngsten Ereignisse im Land und stellt sie in den Vordergrund des Feiertages: *„Wir dürfen nicht vergessen, dass wir diesen Tag inmitten einer noch nie dagewesenen Erfahrung begehen, die unser Land gerade durchmacht; die afrikanische Schweinepest, [...] die zunehmende Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die verschiedenen Wellen des „Corona-Virus“ mit [...] Verschwörungsmethoden über den Impfstoff; und natürlich die bevorstehenden nationalen Wahlen [...]“*.

Nicht zuletzt deshalb lautete das Thema des diesjährigen Repentance Days *„Let us unite to seek god through earnest prayer and humble repentance“* (dt.: „Vereinigen wir uns, um Gott durch ernsthaftes Gebet und demütige Reue zu suchen“). Joseph meinte, dass jede/r Christ*in diesen Tag auf seine Weise begehen darf. Jedoch sagte er auch, dass die Einheit im Glauben mit anderen Christ*innen unumgänglich und Spaltung untereinander nicht förderlich sei. Der Fokus bei diesem Tag sollte auf der bewussten geistigen Ausrichtung auf Jesus Christus liegen und darauf, von seinen derzeitigen Irrwegen umzukehren.

Rev. Roger Joseph schloss seinen Rundbrief mit den Worten „God bless PNG.“ (*Wantok Niuspepa* 29.09.21, https://en.wikipedia.org/wiki/Repentance_Day)

Feier des „Daffodil Day“

Im August diesen Jahres wurde in Port Moresby der „Daffodil Day“, zu Deutsch: „Narzissen-Tag“ gefeiert. Die Veranstaltung wurde vom „Port Moresby General Hospital“ ausgerichtet und sollte als Gedenktag für alle an Krebs erkrankten Menschen dienen. Außerdem sollte er Hoffnung für alle Betroffenen bringen. Die gelbe Blume steht als Symbol des Glaubens. Passend dazu wurden zwei Frauen eingeladen, die beide eine Krebserkrankung überlebt haben und über ihre Zeit mit dem Krebs berichteten. Eine der Frauen war Rakara Raula. Die 40-jährige Mutter studierte an der James-Cook-Universität in Australien, als sie im Jahr 2019 die Diagnose Brustkrebs erhielt. In der darauffolgenden Zeit begann sie mit ihrer Therapie. Es folgten viele schwere Monate mit Operationen, Chemotherapie und Bestrahlung, aber obwohl Rakara durch die Behandlungen zwischenzeitlich sehr schwach war, hatte sie nie aufgehört Gott zu vertrauen. Das wichtigste für sie waren ihre Kinder und deshalb, so sagte sie, konnte sie nicht aufhören zu kämpfen. Zu Beginn ihrer Krankheitsgeschichte, als sie die Diagnose erfuhr, fragte sie Gott um Hilfe und setzte ihre ganze Hoffnung auf ihn. Sie selbst sagte, dass sie den Krebs nur durch ihr Vertrauen und ihren Glauben an Gott besiegen konnte.

(*Wantok*, 29.09.21)

ELC-PNG

Ansprache zum Independence Day

Anlässlich des 46. Tags der Unabhängigkeit („Independence Day“) richtete sich der leitende Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Papua-Neuguinea (ELC PNG), Dr. Jack Urame, in einer Art Rundbrief an die Kirchenmitglieder im Land. Zunächst dankte er Gott für alle Unterstützung in den letz-

ten 46 Jahren seit der Unabhängigkeit von Papua-Neuguinea (PNG). Seit PNG am 16. September 1975 seine Unabhängigkeit von Australien erklärte, wurde dieser Tag zum nationalen Feiertag erklärt.

Jack Urame wies in seiner Nachricht auf die tiefgreifenden Entwicklungen hin, die das Land und die Bevölkerung in Papua-Neuguinea seit diesem Ereignis durchlebt hatte: Zum einen in ökonomischen Bereichen, wie die Veränderung von einem Land, das hauptsächlich Landwirtschaft betrieb, hin zu der mit Geld agierenden Wirtschaftsform, wie sie heute in PNG existiert, aber auch die Eingliederung in die internationale evangelisch-lutherische Kirche. *„Als Nation halten wir zusammen und feiern mit Freude unsere Nationalität und unsere politische Freiheit, unseren nationalen Zusammenhalt, unser kulturelles Erbe, unsere edlen Traditionen, unsere Demokratie und unsere kulturellen Werte,“* schrieb Urame.

Aber er ließ auch bedenken, mit welchen Herausforderungen die Bevölkerung und die Regierung in PNG heute konfrontiert werden, weshalb der Tag der Unabhängigkeit auch als Gedenktag eine durchaus große Bedeutung hat. Das Problem, mit dem das Land, laut Urame, zu kämpfen hat, ist eine stark wachsende Bevölkerung, durch die viele soziale und ökonomische Differenzen hervorgerufen werden. Auch ist es für die Regierung schwierig, die Infrastruktur des Landes ausreichend zu erweitern und der größeren Bevölkerung anzupassen. *„Je mehr Menschen im Land geboren werden, umso höher ist der Verbrauch und die Forderung nach Ressourcen und Weiterentwicklung, wodurch der soziale Druck auf das Land größer wird. Dieses Problem muss von uns an die Regierung herangetragen werden [...], denn Zukunftspläne, die ohne den Blick auf die wachsende Bevölkerung beschlossen werden, werden negative Auswirkungen auf das Land haben,“* so Urame.

Ein weiterer Konfliktherd, den der Bischof der ELC-PNG ansprach, ist die zunehmende Gewalt in den

Städten und Dörfern von Papua-Neuguinea. Er appellierte an den Zusammenhalt der Bevölkerung und betonte, wie wichtig gemeinsame Werte wie Nächstenliebe und Respekt für eine funktionierende Gesellschaft sind: „Gewalt verhindert positive Entwicklung [...]. Sie schafft Angst und zerstört den Sinn für Zusammenhalt, Brüderlichkeit und das Gefühl, zu einer Nation zu gehören. Deshalb ist es unsere Pflicht, das Böse in unserer Gesellschaft zu überwinden [...].“

Zuletzt warf Jack Urame noch einmal den Blick auf die bevorstehenden Wahlen im Jahr 2022. Er bestärkte die Leser*innen des Briefes darin, von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen, wählen zu gehen und sich dadurch in die Politik einzubringen. Aber er wies auch darauf hin, dass jede getroffene Entscheidung auf einer guten Grundlage basieren sollte.

„Lasst uns alle zusammen handeln und dazu beitragen, dass PNG ein besserer Ort zum Leben wird.“

Mit diesen Worten beendete der Bischof der ELC-PNG seine schriftliche Ansprache. (Facebook Account der ELCPNG 14.09.2021)

RÖM.–KATH. KIRCHE

Bischofsweihe in Aitape

Seit dem 26. September 2021 bekleidet in der Provinz Aitape in Papua-Neuguinea Herr Siby Mathew Peedikayil das Amt des Bischofs. Der 51-jährige, ehemalige Vize-General der Diözese Vanimo, feierte bereits im April 1995 seine Ordination zum Priester und wurde nun im September dieses Jahrs zum sechsten Bischof von Aitape ernannt. Dies geschah in einer feierlichen Zeremonie, die der katholische Erzbischof von Port Moresby, Sir John Kardinal Ribat, leitete.

Ebenso anwesend war der Erzbischof Fermin Emilio Sosa Rodriguez, der zu diesem besonderen Anlass Papst Franziskus vertrat. In seiner Predigt betonte er die Aufgaben eines Bischofs, nämlich das Wort Gottes zu verkünden und weiterzugeben. "[...] Sei Gott nahe

und er wird dir die nötigen Mittel geben, damit du deinen Dienst erfüllen kannst [...]“, mit diesen Worten hob Fermin nochmals das Bewusstsein Gott gegenüber als Notwendigkeit für die Verkündung seines Wortes zu den Menschen hervor. Dies geschah nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Mottos des neu gewählten Bischofs Siby, "caritas christi urget nos" (dt. "Die Liebe Christi treibt uns an"), welches sich im 2. Korintherbrief 5 wiederfindet.

Auch der Parlamentsvertreter des Bezirkes Aitape-Lumi meldete sich mit einem Appell an die Gemeindeglieder der Diözese zu Wort. Er betonte die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit der Diözesen-Mitglieder mit dem Bischof, um die Gemeinden voranzubringen. (Catholic Reporter 22.10.21)

Jugendliche zu Gemeindeleiter*innen ernannt

In Goglme (Papua-Neuguinea) fand in der Woche vom 20. September ein Jugendkongress statt unter dem Motto: „Die Jugend bringt gute Neuigkeiten und ist das Erbe der apostolischen katholischen Kirche.“ Es kamen über 3.000 Jugendliche aus vielen Orten der Region zusammen. Anlässlich dieses Kongresses wurden zwanzig Jugendliche von der Katholischen Diözese von Kundiawa zu neuen Gemeindeleiter*innen im Chimbu erklärt.

Bill Kuglme, der Generalvikar der Diözese von Kundiawa, sagte dazu Folgendes: „Als Jugendliche sollten wir unseren Kopf benutzen, um zwischen Gut und Schlecht zu unterscheiden. Wir sollten nicht nach unseren Emotionen, sondern nach unserem Herzen leben. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass unsere moralischen und ethischen Wertvorstellungen in unserem Leben erreicht und anerkannt werden.“

Der örtliche Abgeordnete Willie Gogl Onguglo meinte, dass das, „was ihr (die Jugendlichen) jetzt richtig macht, in die Geschichte eingehen wird.“ Er sprach den Jugendlichen seinen Zuspruch aus

und ermutigte auch die Eltern und die Kirchenleitenden, die neu ernannten Gemeindeleiter*innen zu unterstützen. Abschließend drückte er sein Vertrauen gegenüber der Kirche aus, die im Gegensatz zur Regierung, so Onguglo, Seite an Seite mit den Menschen lebt und sich darum kümmert, dass alle Dienste vor Ort am Laufen bleiben. (The National 29.09.21)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Gläubiger Präsident

Fidschi: Am 12. November 2021 wurde für eine Amtszeit von drei Jahren Ratu Williame Katonivere (geb. 20. April 1964) zum sechsten Präsidenten der Republik Fidschi ernannt und im Parlament vereidigt.

In der Berichterstattung über den neuen Präsidenten führten fidschianische Medien ins Feld, dass Katonivere eigentlich kein „richtiger“ traditioneller „chief“ sei. Bei seiner Ernennung zum chief im Dorf Naduri im Jahr 2013 hatte Katonivere bewusst auf die traditionelle Kava-Zeremonie („Yaqona Ceremony“) verzichtet und sich stattdessen von Zeremonienmeister Ratu Peni Sogia nach christlichem Ritus mit Öl salben lassen. Ratu Peni Sogia, ein Pastor der Pentekostalen Kirche, begründete die christliche Salbungzeremonie mit einem Wort aus dem Zweiten Buch Samuel, Kapitel 7, Vers 8, in dem Jesus als Vermittler zwischen Gott und dem Volk beschrieben wird. Er sehe in Katonivere einen solchen Vermittler und diese Rolle sei weitaus wichtiger, als darüber zu reden, ob eine Kava-Zeremonie nötig sei, um aus einem Mann einen fidschianischen „chief“ zu machen, so Ratu Peni.

Info: Ratu Williame Katonivere folgt auf Jioji Konrote, der von 2015 bis 2021 insgesamt zwei Amtszeiten lang das rein repräsentative Präsidentenamt innehatte. Er ist verheiratet mit Filomena, das Paar hat zwei Kinder und mehrere Enkelkinder.

Theologiestudium trotz Handicap

Fidschi: Obwohl Keleto Lawakeli seit einem Autounfall im Jahr 2016 vollständig gelähmt ist, absolvierte der 31-jährige Theologiestudent am 17. November 2021 erfolgreich sein Studium. Keleto begann 2014 mit einem Theologiestudium am katholischen „Pacific Regional Seminary“ in Suva (Fidschi). Seit dem Unfall, bei dem er als Fußgänger von einem fahrenden Auto mitgerissen wurde, steht er unter Vollzeitpflege und wird von seinen Eltern versorgt. Doch weil aufgrund der COVID-19 Pandemie alle Studiengänge online durchgeführt werden mussten, sah Keleto dies als Chance, um den Unterricht digital über Zoom mit zu verfolgen. Er selbst sagt über sich: „Auch wenn es Zeiten gibt, in denen es schwer fällt weiterzumachen, wollte ich nie, dass meine körperliche Verfassung meinen Träumen im Weg steht. Also übte ich mich darin, stets positiv zu bleiben.“

Nachdem er nun sein Diplom erhalten hat, möchte Keleto sein Studium noch mit einem Bachelor ergänzen. Damit möchte er eine Botschaft an andere Menschen mit Handicap weitergeben, nämlich niemals die Hoffnung aufzugeben, auch wenn es scheint, als ob sich alles gegen einen stellt. „Hört niemals auf, Gott zu loben! Nichts auf dieser Welt ist einfach [...], das Leben ist hart, aber wir müssen dranbleiben.“ (Fiji Sun 24.11.21)

Kirchen kritisieren Lockdown-Regeln in PNG

Bougainville: Die *Bougainville Churches Association (BCA)*, bestehend aus der katholischen Kirche, der United Church, den Siebenten-Tags-Adventisten und der Pentecostal Alliance, hat Mitte November einen Brief an den für Bougainville zuständigen Pandemie-Beauftragten Clement Totavun (Gesundheitsminister von Bougainville) geschrieben, um die kirchlichen Aktivitäten auch während des Corona-Lockdowns nicht ganz zu verbieten.

Der Präsident der BCA, Pastor Albert Magoi, und sein Stellvertreter Andrew Miriki erklärten, sie seien nicht einverstanden gewesen mit dem vom Pandemie-Beauftragten erlassenen Verbot von Gottesdiensten am Wochenende. Dies sei für die Gläubigen so, als würde man die „Türen des Himmels verschließen“, erklärten die Pastoren der Siebenten-Tags-Adventisten.

Auf das Schreiben hin erklärte sich der Pandemie-Beauftragte zu einem Gespräch bereit, in dessen Verlauf sich alle Beteiligten darauf einigten, dass auch während des Corona-Lockdowns Gottesdienste mit bis zu 100 Personen stattfinden dürfen. Zwar begrüßte die BCA die neue Regelung, sagte aber auch, zukünftig erwarte man eine engere Zusammenarbeit mit dem Pandemie-Beauftragten. Es gelte hier, die Balance zu finden zwischen dem Gesundheitsschutz und dem Recht des Einzelnen auf freie Religionsausübung. (New Dawn FM 17.11.21)

Katholische Priester fordern Ende der Gewalt

Westpapua: 194 katholische Pastoren aus ganz Westpapua haben ausdrücklich ein Ende der Militäroperationen in Westpapua gefordert. Die Pastoren hoffen, dass Dialog und Versöhnung die Lösung für den lang anhaltenden Konflikt in Westpapua sein werden.

Pastor Alberto John Bunai, sagte, dass die Regierung mehr als begeistert über den Erfolg der 20. Nationalen Spiele in Papua sei, aber das Volk sei zutiefst traurig über das, was die Gemeinden Gottes in Nduga, Intan Jaya, Puncak, Kiwirok und Maybrat erleiden müssten.

„Um das Problem an der Wurzel zu packen, bedarf es des Dialogs und Versöhnung in einer würdigen Art und Weise, um den Konflikt in Westpapua zu lösen“, sagte Pastor Alberto John Bunai auf einer Pressekonzferenz mit dem Titel „Moralischer Aufruf von 194 katholischen Pastoren“ (Original: *A moral calling for Papuan catholic priests from five dioceses in Papua and West Papua propinces in Indonesia for*

humanity, justice, truth and safety of original Papuan people on his ancient land) am Donnerstag, den 11. November in der Pfarrei *Bright World of Christ* in Waena, Jayapura Stadt, Papua.

Es sei die Pflicht der Kirche, die Schreie der Gemeinden Gottes zu artikulieren, die keine Stimme haben, fuhr Bunai fort. Die Regierung müsse die laufenden Militäroperationen einstellen, die zur Tötung von Zivilisten, zu Gewalt und der Vertreibung von Menschen in mehreren Teilen Papuas geführt haben. „*Stoppen Sie die Militäroperationen. Lassen Sie die Zivilisten frei, die in Maybrat zu Unrecht verhaftet wurden. In Kiwirok wurden hunderte von Häusern von Sicherheitskräften bombardiert. Raketen wurden mit Hilfe von Hubschraubern aus der Luft abgefeuert. Mehrere sind jedoch nicht explodiert. Hunderte von Zivilisten sollen nach Papua-Neuguinea geflohen sein. Es gibt noch keine Schätzungen über die Zahl der Toten und der zerstörten Häuser. Viele Menschen sind krank und sind in den Wäldern verhungert. Im Moment brauchen die Menschen humanitäre Hilfe*“, sagte er. Die Regierung sollte um der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, der Wahrheit und der Sicherheit der indigenen Bevölkerung Papuas willen Frieden schaffen, forderte der engagierte Geistliche. „*Die Hauptaufgabe der Kirche ist es, Frieden zu stiften und für Gerechtigkeit einzutreten. Sie kann angesichts dieser Realitäten nicht schweigen, wir müssen für diejenigen sprechen, die keine Stimme haben*“, so Pastor Bunai.

Die Geistlichen erklärten, dass sie sich für die Sicherheit und den Frieden einsetzen und nicht für die politischen Interessen von Einzelpersonen oder Gruppen. „*Wir melden uns zu Wort, weil wir uns nach einer Atmosphäre der Sicherheit sehnen, damit im Land Papua Frieden, Gerechtigkeit und Harmonie herrschen*“.

Die Pastoren schreiben in ihrem Brief weiter, dass aufgrund der Interessen einer Gruppe von Eliten, die in den Goldabbau in Papua involviert seien, indigene Papuas Opfer von Gewalt geworden seien und ihre kommunalen Landrechte

verloren hätten. „Die Papuas werden nur Opfer wegen der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ohne Gerechtigkeit und Transparenz. Das wissen wir aus den Forschungsergebnissen von YLBHI [Indonesian Legal Aid Foundation], JATAM [Mining Advocacy Network], ICW [Indonesian Corruption Watch], Kontras [Commission for Missing Persons and Victims of Violence], Walhi [Indonesian Forum for the Environment], Indonesian People's Fraction, Greenpeace Indonesia und des Sajogja Institute“, erklärte er.

Pastor Agustinus Yerwuan nutzte die Gelegenheit, um die Menschen daran zu erinnern, dass jeder Mensch von Gott nach seinem Ebenbild geschaffen wurde und auf verschiedenen Teilen der Erde, einschließlich Papua, lebe. „Aus diesem Grund müssen sich alle, die im Land Papua leben, und alle damit verbundenen Parteien daran erinnern, sowohl als religiöse Menschen als auch als Menschen, denen Frieden und Liebe am Herzen liegen“, sagte Yerwuan. (Aufruf der Pastoren, Westpapua Netzwerk online 18.11.21)

Kirchenrat veröffentlicht „moralischen Aufruf“

Westpapua: Am 21. November 2021 veröffentlichte der Kirchenrat von Westpapua (*West Papua Council of Churches*, WPCC) einen moralischen Aufruf, in dem Kirchenführer aus Papua ihre Besorgnis über die Verschlechterung des bewaffneten Konflikts und der Menschenrechtssituation in Westpapua zum Ausdruck brachten. Der WPCC beobachtet eine Verschärfung des bewaffneten Konflikts in Westpapua, der zur Binnenflucht von mehr als 60.000 Menschen in sechs Regionen geführt hat. Die überwiegende Mehrheit von ihnen sind indigene Papuas. Die Sicherheitsoperationen gegen die *Nationale Befreiungsarmee Westpapas* (TPN-PB) wurden von Menschenrechtsverletzungen gegen die lokale Bevölkerung und kirchliche Mitarbeiter begleitet. Die Kirchenführer verstehen diese Übergriffe als integra-

len Bestandteil des systemischen Rassismus, der durch die Politik der Zentralregierung aufgezwungen wird.

Sie kritisierten Jakartas Entscheidung, das Sonderautonomiegesetz zu überarbeiten, ohne die Papuas sowie politische und kulturelle Institutionen in Westpapua zu konsultieren, scharf. Ähnlich wie die Aufrufe zum friedlichen Dialog, um eine nachhaltige Lösung für den Westpapua-Konflikt zu finden, ignoriere die Zentralregierung weiterhin die Stimmen des Papua-Volkes, während sie ihre Interessen in Westpapua sichert.

Nach Ansicht des WPCC wurde das mangelnde Engagement der Regierung durch die jüngsten Besuche von Präsident Joko Widodo und Vizepräsident Ma'ruf Amin im Rahmen der Nationalen Sportspiele und Paralympischen Spiele in Westpapua deutlich. Beide verschlossen die Augen vor dem bewaffneten Konflikt und dem Leid Tausender Binnenvertriebener. Darüber hinaus finden die Sicherheitsoperationen in Westpapua weiterhin ohne Präsidialdekret und ohne die gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung des indonesischen Parlaments statt.

Die Kirchenleiter verurteilten die Kriminalisierung, Bedrohung und Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen in Indonesien, die über Menschenrechtsverletzungen, Militärgeschäfte und Investitionsinteressen von Regierungsbeamten, politischen Eliten und pensionierten TNI/Polizisten in Westpapua sprechen.

In einem weiteren Punkt zeigten die Kirchenführer sich besonders besorgt über die Zerstörung von Kirchen bei Sicherheitsoperationen im Hochland, die Präsenz zahlreicher islamischer Gruppen in Westpapua und die Konvertierung von Papua-Kindern in islamischen Internaten gegen deren freie, vorherige und informierte Zustimmung.

Die Kirchenleiter beendeten die öffentliche Erklärung mit 13 moralischen Aufrufen, die sie an verschiedene Interessensvertreter in dem Konflikt richteten, darunter auch an den UN-Menschenrechts-

rat und die indonesische Regierung.

Der Aufruf steht im Einklang mit einer früheren Erklärung von 194 katholischen Pastoren in Westpapua, die zu einem Waffenstillstand zwischen den indonesischen Sicherheitskräften und der TPN PB aufriefen und die internationale Gemeinschaft aufforderten, eine nachhaltige Lösung des Konflikts mit friedlichen Mitteln zu unterstützen.

Info: Der WPCC wird durch die vier größten Kirchen Westpapas vertreten: die Gemeinschaft Papuanischer Baptistenkirchen (PGBP), die Papuanische Tabernakelkirche (Kingmi Papua), die Evangelische Kirche in Indonesien (GIDI) und die Christliche Evangelische Kirche im Lande Papua (GKI-TP).

(https://www.westpapuanetz.de/aktuelles/1840-kirchenrat-von-westpapua-veroeffentlicht-moralischen-aufruf_eigene_recherche)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Jakob Renner (Jakob.Renner@Mission-EineWelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.

Evangelische Bank
IBAN: DE12520804100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und
Mission EineWelt

Einheit für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Eucharistisch-Katholischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de